

MAGAZIN FÜR
MENSCHENRECHTE

04/26
OKTOBER – DEZEMBER

AMNESTY JOURNAL

WWW.AMNESTY.DE/JOURNAL



Mensch gegen Maschine

Digitale Repression weltweit

Geschichte eines Rechtsbruchs
Gefährdete Afghan*innen kommen
trotz Zusage nicht nach Deutschland

Landraub im Paradies
Einheimische in Brasilien wehren sich
gegen den Ausverkauf ihrer Insel Boipeba

**AMNESTY
INTERNATIONAL**



TITEL: DIGITALE REPRESSION

Machtkonzentration: Einflussreiche IT-Firmen	14
Palantir: KI für Grenzbehörden und Polizei	18
China, Russland, Iran: Vernetzte Überwachung	20
Indonesien: Online-Rufmordkampagnen	22
NGO Women on Web: Im Kampf gegen Schranken im Netz	24
Leiter des Amnesty Security Lab: »Ich hatte direkten Einblick in einen laufenden Angriff«	26

POLITIK & GESELLSCHAFT

Geflüchtete Afghan*innen: Keine Aufnahme in Deutschland	30
Graphic Report: Siedler*innengewalt im Westjordanland	36
Georgien: Schauspieler Andro Chichinadze in Haft	38
Belarus: Freigelassene Nasta Loika über neues Leben	40
Globale Gesundheit: US-Neokolonialismus in Afrika	42
Brasilien: Investor*innen gegen Einheimische auf Boipeba	46
Türkei: Klima- und Umweltaktivist*innen unter Druck	50
Türkei: Şebnem Korur Fincancı über die Solidarität der Amnesty-Unterstützer*innen	52
Russland: Streng überwachte Migrant*innen	54
Polen: Die Frauenrechtsaktivistin Justyna Wydrzyńska	56
Jesid*innen in Deutschland: Überlebende abermals bedroht	60
Kosovo/Serbien: Hate Speech und die Folgen	62

KULTUR

Kindertheater in der Ukraine: Wenn die Bühne im Keller ist	66
Libanesische Filmgeschichte: »Do you love me« von Lana Daher	70
Kritische Kunst in Thailand: Majestätsbeleidigung als Trend	72
Repression in der DDR: Wie die Punkszene bespitzelt wurde	74
Album über Schwarze Bevölkerung in Kanada: Zwischen Gospel und Galgen	76
Buch: Zwei neue Bücher über Krieg und Frieden	78
Film: »Call Me Queen« von Emily Atef	80

RUBRIKEN

Panorama **04** Einsatz mit Erfolg **08** Briefe gegen das Vergessen **10** Spotlight: Äthiopien **44** Menschenrechte im Alltag **58** Porträt: Der Journalist Carlos Ernesto Choc aus Guatemala **64** Dranbleiben **65** Rezensionen: Bücher **79** Rezensionen: Film & Musik **81** Aktiv für Amnesty **82** Kolumne: Auf den Punkt **83** Impressum **83**

Die Tür im goldenen Käfig.

Die digitale Infrastruktur der Welt liegt in den Händen einiger weniger Konzernchefs, die bestimmen, wie wir uns informieren, wie wir uns austauschen und welche Ideen sich verbreiten. Können Regierungen und Zivilgesellschaft diese Übermacht noch brechen?



Zensiert, blockiert, verbannt.

Die kanadische Organisation Women on Web, die weltweit medizinische Beratung und Unterstützung bei Schwangerschaftsabbrüchen bietet, kämpft gegen Zensur durch Staaten und Tech-Konzerne.

Die Insel denen, die dort wohnen.

Reiche Brasilianer*innen und internationale Unternehmer haben die brasilianische Insel Boipeba als Ziel ihrer Begehrlichkeiten auserkoren. Doch Teile der Bevölkerung wehren sich gegen den Ausverkauf.



Der kleine Prinz im Bunker.

Das Kindertheater von Charkiw spielt sogar im Krieg weiter. Geprobt wird im Keller, aufgeführt auch an der Front.

Verfolgungsgrund: Haar.

Die DDR-Behörden betrachteten die Punkszene als dekadent und staatszersetzend. Punks wurden ausgespäht, schikaniert, inhaftiert. Die lesbische Kim aus Chemnitz berichtet heute als Zeitzeugin von ihrer zweifachen Diskriminierung.





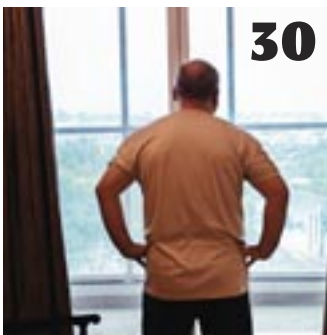
18

Mit KI aufs Schlachtfeld.

Das Datenanalyseunternehmen Palantir spielt eine zentrale Rolle bei der Jagd auf Migrant*innen in den USA. Seine Software wird auch von deutschen Polizeibehörden eingesetzt. Warum das menschenrechtlich problematisch ist.

Nichts als Warten.

Nach der Machtübernahme der Taliban versprach die deutsche Bundesregierung gefährdeten Afghan*innen und Ortskräften Schutz. Bundesinnenminister Dobrindt zog die Aufnahmezusagen zurück. Wie Hunderte andere sitzen Majid und seine Familie seither in Pakistan fest – und kämpfen vor deutschen Gerichten.



30



52

Wir sind nicht allein.

Die türkische Menschenrechtsverteidigerin und Gerichtsmedizinerin Şebnem Korur Fincancı beschreibt, wie wichtig die Solidarität der Amnesty-Unterstützer*innen für sie war und wie die Teilnahme an Appellaktionen die Welt verändern kann.

»Hier leben kann nur, wer das Risiko versteht.«

Der dokumentarische Filmessay »Do you love me« von Lana Daher macht eine Reise durch 100 Jahre libanesische Filmgeschichte. In einem Land, das seine gewaltvolle Geschichte lieber verdrängt, ist er auch ein Aufruf zu Aufarbeitung und Erinnerungskultur.



70



Unser Titelbild wurde gezeichnet von Anna Gusella.

EDITORIAL EINE NEUE SICHT AUF DIE WELT

Kleine Initiative, große Wirkung: Togo brachte im September eine Resolution namens »Correct the Map« in die Vollversammlung der Vereinten Nationen ein, und eine überwältigende Mehrheit stimmte für eine Korrektur der geografischen Weltkarte. Die UNO will künftig nur noch die im Jahr 2018 entwickelte Equal-Earth-Karte verwenden. Auf ihr werden einige Verzerrungen beseitigt, die Afrika stets kleiner und andere Weltregionen zum Teil deutlich größer darstellten als sie tatsächlich sind. Damit verliert die im 16. Jahrhundert entstandene Mercator-Karte weiter an Bedeutung. Das Amnesty Journal schließt sich gern an und verwendet ab sofort ebenfalls die Equal-Earth-Darstellung – auf den Seiten 8 und 9 können Sie bereits das Ergebnis sehen.

Wäre das Internet eine Karte, so stellten die großen Technologiekonzerne mit all ihren Online-Netzwerken, Suchmaschinen und anderweitigen Angeboten wohl die Kontinente dar. Ihre ökonomische Macht und digitale Vorherrschaft wachsen weiter, nicht zuletzt dank zunehmender Anwendungen aus dem Bereich der Künstlichen Intelligenz. Das bedeutet, dass die Überwachung und das Sammeln und Auswerten von Daten noch umfangreicher werden, während Algorithmen weiterhin das Nutzer*innenverhalten im Netz prägen. Unser Schwerpunkt »Mensch gegen Maschine« wirft ein Schlaglicht darauf. Wir sprechen aber auch darüber, dass wir in diesem Prozess nicht wehrlos sind und »Verzerrungen« durchaus korrigiert werden können (Seiten 12 bis 27).

Wie das gehen kann, beschreibt eindrücklich die türkische Menschenrechtsverteidigerin und Gerichtsmedizinerin Şebnem Korur Fincancı auf den Seiten 52/53. Als sie unter Anklage stand, erlebte sie die Solidarität von Amnesty-Unterstützer*innen. »Die Briefe, die sich auf meinem Schreibtisch türmen, sagen immer wieder dasselbe: Du bist nicht allein. Manchmal ist genau das der Satz, den ein Regime am meisten fürchtet.«



Maik Söhler
ist verantwortlicher Redakteur
des Amnesty Journals.

Foto: Gordon Welters

ANSCHLAG AUF DEN CSD BERLIN

Bei einem Anschlag auf die Kundgebung zum Christopher Street Day (CSD) in Berlin am 25. Juni 2026 tötete ein Mann eine Frau und verletzte 31 Personen zum Teil schwer. Einen Tag später wurde der mutmaßliche Täter von Polizeikräften erschossen. »Angriffe auf Pride-Veranstaltungen sind Angriffe auf queere Communities, ihre Sichtbarkeit und Rechte und damit auf Demokratie und Rechtsstaat«, stellte Amnesty International Deutschland klar. »Dieser furchtbare Anschlag hat uns gezeigt, dass leider niemand nirgends sicher ist, sei es vor queerfeindlichen oder anderen weltanschaulich getriebenen Hassverbrechen. Queeres Leben braucht Schutz: auf Demonstrationen für Menschenrechte und im Alltag. Es braucht staatliche Verantwortung für Bildung und Aufklärung über Gleichberechtigung, über Demokratie und die Menschenrechte – so früh wie möglich, am besten schon in Kita und Grundschule«, sagte Rupert Haag vom ehrenamtlichen Netzwerk Queeramnesty. Trauernde pflanzten am Ort des Attentats zum Gedenken an die Opfer einen Baum und malten eine Bank in den Farben des Regenbogens an. Beides wurde später von Unbekannten beschädigt. Im Bild: Trauerkundgebung am Brandenburger Tor in Berlin am Tag nach dem Anschlag.

Foto: Omer Messinger / Getty Images







FLÜCHTENDEN WURDE IN CEUTA SOGAR WASSER VERWEIGERT

Ende Juli und Anfang August 2026 überquerten innerhalb weniger Tage mehr als 60.000 Menschen die Grenze zwischen Marokko und der spanischen Exklave Ceuta. Dabei starben mindestens 72 Menschen, viele gelten als vermisst. Fast 50.000 Menschen kehrten kurze Zeit später wieder nach Marokko zurück, weil man ihnen in Ceuta jegliche Unterstützung und teils sogar Wasser und Nahrung verwehrte. Spanien entsandte die Armee und installierte eine 500 Meter lange schwimmende Sperre vor der Küste. Die Gründe für die Grenzüberquerung sind noch nicht geklärt. Die spanische Regierung sprach von einer Desinformationskampagne in den Online-Netzwerken. Amnesty International kritisierte die europäische Asyl- und Migrationspolitik. Anstatt sichere und reguläre Flucht- und Migrationswege zu ermöglichen, schließe die EU ihre Außengrenzen und treibe die Auslagerung von Asylverfahren in vermeintlich sichere Drittstaaten voran. Amnesty wird die Lage weiterhin beobachten und Menschenrechtsverletzungen an den Grenzen dokumentieren wie beispielsweise übermäßige Gewaltanwendung oder Verstöße gegen das Verbot der Zurückweisung. Im Bild: Geflüchtete campieren am Strand von Ceuta, 7. September.

Foto: Marcos Moreno / Europa Press / Abaca / Reuters

RUSSLAND BEGEHT MENSCHENHANDEL

Russland wirbt mit Täuschung, Zwang und Ausbeutung Menschen aus dem Ausland für seine Streitkräfte an und schickt sie in den Krieg gegen die Ukraine. In vielen Fällen erfüllt das den Tatbestand des Menschenhandels. Das belegt ein im September veröffentlichter Bericht von Amnesty International. Die Anwerber locken ihre Opfer häufig mit der Aussicht auf einen zivilen Job und ein hohes Gehalt nach Russland, nehmen ihnen dort Pass und Telefon ab und weisen sie Armeeeinheiten im Kampfgebiet zu. Betroffen sind vor allem Menschen aus einkommensschwachen Ländern des Globalen Südens. Amnesty sammelte zwischen 2024 und 2026 in ukrainischen Kriegsgefangenenlagern Aussagen von Betroffenen aus Ägypten, Brasilien, Kolumbien, Kuba, Sierra Leone, Sri Lanka, Somalia und Südafrika. Weitere Informationen erhielt Amnesty von Angehörigen sowie von Rechtsanwält*innen, Menschenrechtsverteidiger*innen und Journalist*innen. »Russlands Armee füllt ihre Reihen mit ausländischen Staatsangehörigen auf, die in wirtschaftlicher Not sind, und verheizt sie als Kanonenfutter im Angriffskrieg gegen die Ukraine«, sagte Julia Duchrow, Generalsekretärin von Amnesty International in Deutschland. Amnesty forderte Russland auf, diese missbräuchliche und menschenrechtswidrige Praxis sofort zu beenden (siehe auch Seite 54). Im Bild: Ehefrau eines getöteten ausländischen Soldaten, April 2026 in Ruaka, Kenia.

Foto: Ed Ram/Getty Images



EINSATZ MIT ERFOLG

Weltweit beteiligen sich Tausende Menschen an den **Urgent Actions**, den **Briefen gegen das Vergessen** und an Unterschriftenaktionen von Amnesty International. Dass dieser Einsatz Folter verhindert, die Freilassung Gefangener bewirkt und Menschen vor unfairen Prozessen schützt, zeigt unsere Weltkarte. Siehe auch: www.amnesty.de/erfolge

USA

Das Abschiebegefängnis **Alligator Alcatraz** im US-Bundesstaat Florida wurde im Juni 2026 geschlossen. Die Haftanstalt stand seit ihrer Eröffnung im Juli 2025 in der Kritik. Recherchen von Amnesty International hatten gezeigt, dass dort unmenschliche und unhygienische Bedingungen herrschten, wie überlaufende Toiletten, mit Fäkalien überflutete Böden sowie Mücken und Ungeziefer. Der Zugang zu den Duschen war eingeschränkt, das Essen minderwertig. Außerdem wurden Häftlinge gefesselt und waren Bestrafungspraktiken wie Schlafentzug ausgesetzt, die Folter darstellen. Die Inhaftierten wurden größtenteils in andere Haftanstalten verlegt. Amnesty forderte die USA auf, massenhafte Inhaftierungen und Abschiebungen zu beenden.

KUBA

Jonathan David Muir Burgos ist seit dem 24. Juni 2026 wieder frei. Der 16-Jährige hatte im März in der Stadt Morón gegen Stromausfälle und Lebensmittelknappheit protestiert. Daraufhin wurde er festgenommen und wegen »Sabotage« angeklagt, eine der schwersten Anschuldigungen im kubanischen Strafrecht, die mit 15 Jahren Haft bestraft werden kann. Jonathan David Muir Burgos ist nach mehr als drei Monaten willkürlicher Haft zurück bei seiner Familie, unterliegt allerdings Auflagen. Nach Angaben seiner Familie war er in der Haft Misshandlungen ausgesetzt. Amnesty International wird seine Lage weiter beobachten.

ANGOLA

Serrote José de Oliveira, auch bekannt als General Nila, ist seit Juli 2026 wieder frei. Ein Berufungsgericht kam zu dem Schluss, dass seine Inhaftierung nicht den rechtlichen Anforderungen entsprach. Er verbrachte fast ein Jahr in Untersuchungshaft. Der Aktivist war am 28. Juli 2025 festgenommen worden, als er für einen Livestream in Online-Netzwerken eine Protestveranstaltung von Taxifahrer*innen in Luanda filmte. Bei der Festnahme wurde er angeschossen, seine Wunden wurden in der Haft nicht angemessen versorgt. Derzeit ist er auf Krücken angewiesen. Das Verfahren gegen Serrote José de Oliveira läuft jedoch weiter, er ist nur unter Auflagen frei. So muss er sich alle 15 Tage bei den Behörden melden und darf Angola nicht verlassen.

GRIECHENLAND

Eine Berufungskommission hat im Juli 2026 entschieden, **Javed Aslam** wieder den legalen Flüchtlingsstatus zu gewähren, der ihm zuvor aberkannt worden war. Javed Aslam setzt sich als Vorsitzender des Verbands Pakistani Unity Organization seit 20 Jahren für die Rechte von Migrant*innen und Arbeitnehmer*innen in Griechenland ein. Die Behörden versuchten wiederholt, ihm sein Aufenthaltsrecht zu entziehen, ohne zu berücksichtigen, dass er in Pakistan Gefahr ausgesetzt und seit Langem in Griechenland verwurzelt ist. Amnesty International hatte die griechischen Behörden aufgefordert, seinen Status wiederherzustellen und jegliches Abschiebeverfahren einzustellen.

LIBANON

Als erstes Land im Nahen Osten hat der Libanon **die Todesstrafe abgeschafft**. Am 11. August 2026 verabschiedete das Parlament ein Gesetz, das die Todesstrafe untersagt und Todesurteile durch lebenslange Freiheitsstrafe mit Zwangsarbeit ersetzt. Seit Januar 2004 wurden im Libanon keine Hinrichtungen mehr vollstreckt. Nach Angaben des Justizministeriums befanden sich Ende Januar 2026 noch 85 Personen im Todestrakt. »Die Entscheidung des Libanon, die Todesstrafe abzuschaffen, ist ein Meilenstein und ein Sieg für die Menschenrechte im Land«, sagte Heba Morayef, die Regionaldirektorin von Amnesty International für den Nahen Osten und Nordafrika.

CHINA

Der uigurische Liedermacher und Musiker **Yashar** wurde am 10. August 2026 nach Verbüßung seiner dreijährigen Haftstrafe freigelassen. Er war im August 2023 festgenommen und später wegen »Förderung des Extremismus« und des »illegalen Besitzes extremistischen Materials« verurteilt worden, weil er uigurische Musik veröffentlichte und uigurische Bücher besaß. Yashar wurde allein deshalb inhaftiert, weil er friedlich sein Recht auf Meinungsfreiheit wahrgenommen und am kulturellen Leben teilgenommen hat. Ähnliche Fälle von Uigur*innen aus der Region Xinjiang lassen befürchten, dass ihm nach seiner Freilassung Einschränkungen seiner Rechte drohen.

SOMALIA

Am 12. August 2026 hob ein Berufungsgericht das Urteil gegen **Sadia Moalim Ali** auf. Die Menschenrechtsverteidigerin kam nach 123 Tagen Haft frei. Sadia Moalim Ali hatte in Online-Netzwerken und bei friedlichen Protesten gesellschaftliche Missstände und Korruption in Somalia kritisiert. Am 12. April 2026 nahmen Sicherheitsbehörden sie in Mogadischu fest, im Juni wurde sie wegen »Beleidigung öffentlicher Institutionen« zu einer dreijährigen Haftstrafe verurteilt. Amnesty International bezweifelte, dass das Strafverfahren internationalen Standards genüge, und setzte sich mit einer Eilaktion für Sadia Moalim Ali ein. »Meine Botschaft an alle Somalier*innen lautet: Wehrt euch gegen Ungerechtigkeit und akzeptiert sie niemals«, sagte sie nach der Freilassung.

PAKISTAN

Der Aktivist **Jiand Baloch** ist seit dem 3. August 2026 wieder frei und konnte zu seiner Familie zurückkehren. Der Vorsitzende einer Studierendenorganisation in der Provinz Belutschistan war ab dem 24. Juli dem Verschwindenlassen zum Opfer gefallen. Es war bereits das dritte Mal, dass Polizeikräfte Jiand Baloch verschwinden ließen, weil er sich friedlich für belutschische Studierende einsetzt. Die Sicherheitskräfte nannten keine Gründe für seine Inhaftierung und verweigerten seiner Familie Informationen über seinen Aufenthaltsort. Während seines elftägigen Verschwindens wurde Jiand Baloch nach eigenen Angaben zwei Tage lang gefoltert, unter anderem mit Elektroschocks. Er dankte allen, die sich für ihn eingesetzt haben.

Unsere Arbeit für die Menschenrechte braucht Ihre Unterstützung:
amnesty.de/spenden



BRIEFE GEGEN DAS VERGESSEN



Foto: Kurdistan Human Rights Network

IRAN: VERISHEH MORADI

Verisheh Moradi gehört der kurdischen Minderheit in Iran an und ist Mitglied der Gemeinschaft der freien Frauen Ostkurdistans (KJAR). Das Teheraner Revolutionsgericht verurteilte sie Anfang November 2024 in einem grob unfairen Verfahren zum Tode. Aufgrund mutmaßlicher Verbindungen zu kurdischen Oppositionsgruppen wurde sie der »bewaffneten Rebellion gegen den Staat« für schuldig befunden. Im Dezember 2025 hob der Oberste Gerichtshof das Urteil wegen Verfahrensfehlern auf und ordnete eine Neuverhandlung an. Ihr droht aber auch in diesem Verfahren die Todesstrafe.

Nach ihrer Festnahme im August 2023 war Verisheh Moradi fast vier Monate lang dem Verschwindenlassen zum Opfer gefallen. Ihren Angaben zufolge wurde sie bei der Festnahme gefoltert und anderweitig misshandelt. Danach wurde sie in einer Haftanstalt des Geheimdienstministeriums 13 Tage lang in Einzelhaft gehalten und war

geschlechtsspezifischer Gewalt ausgesetzt. Später verlegte man sie in das Teheraner Evin-Gefängnis, hielt sie mehr als vier Monate lang in Einzelhaft und verhörte sie ohne Rechtsbeistand. Sie berichtete außerdem, dass sie durch Folter zu dem »Geständnis« gezwungen wurde, mit Waffengewalt für kurdische Gruppen gegen die Islamische Republik Iran gekämpft zu haben.

Bitte schreiben Sie bis 30. November 2026 höflich formulierte Briefe an die Oberste Justizautorität und bitten Sie ihn, dafür zu sorgen, dass Verisheh Moradi freigesprochen wird. Sie muss umgehend aus der Haft entlassen werden. Fordern Sie zudem, dass sie bis zu ihrer Freilassung angemessen medizinisch versorgt wird und regelmäßig Besuch von ihrer Familie und ihrem Rechtsbeistand erhalten darf. Dringen Sie darauf, dass sie vor weiterer Folter und Misshandlung geschützt wird und ihre Foltervorwürfe unabhängig

und unparteiisch untersucht werden. Bitten Sie abschließend um die Verhängung eines offiziellen Hinrichtungsmoratoriums.

Schreiben Sie in gutem Persisch, Englisch oder auf Deutsch an:

Oberste Justizautorität
Gholamhossein Mohseni Ejei
c/o Embassy of Iran to the European Union
Avenue Franklin Roosevelt No. 15
1050 Bruxelles, BELGIEN
(Anrede: Dear Mr Gholamhossein Mohseni Ejei / Sehr geehrter Herr Ejei)
(Standardbrief Luftpost bis 20 g: 1,25 €)

Senden Sie bitte eine Kopie Ihres Schreibens an:

Botschaft der Islamischen Republik Iran
S. E. Herrn Majid Nili Ahmadabadi
Podbielskiallee 67, 14195 Berlin
Fax: 030-84353133
E-Mail: info@iranbotschaft.de
(Standardbrief: 0,95 €)

Sollten Sie eine Antwort auf Ihr Appellschreiben erhalten, schicken Sie sie bitte an:
info@amnesty.de



Online mitmachen! Weitere Informationen, Adressen und vorformulierte Briefe zu allen Fällen finden Sie hier:
amnesty.de/briefe

Menschen werden gefoltert, sie werden wegen ihrer Ansichten, Herkunft oder aus rassistischen Gründen inhaftiert, ermordet, verschleppt, oder man lässt sie verschwinden. **Amnesty International** setzt sich mit den **Briefen gegen das Vergessen** dafür ein, dass Folter gestoppt, ein Todesurteil umgewandelt oder ein Mensch aus politischer Haft entlassen wird. **Machen Sie mit! amnesty.de/briefe**

Foto: privat



Saudi-Arabien: Abdulrahman al-Sadhan

Abdulrahman al-Sadhan befindet sich zu Unrecht in Haft und hat keinen Kontakt zur Außenwelt. Der Mitarbeiter des Roten Halbmonds wurde im März 2018 festgenommen. Am 5. April 2021 wurde er zu 20 Jahren Gefängnis verurteilt, gefolgt von einem 20-jährigen Reiseverbot. Grundlage für die Verurteilung waren humoristische Tweets. Er ist offenbar im Al-Ha'ir-Gefängnis in Riad inhaftiert. Seine Familie darf keinerlei Kontakt zu ihm aufnehmen und weiß nichts über sein Schicksal. Abdulrahman al-Sadhan hat lediglich sein Recht auf freie Meinungsäußerung wahrgenommen.

Eritrea: Dawit Isaak

Der schwedisch-eritreische Journalist Dawit Isaak wurde im September 2001 in Eritrea festgenommen. Er hatte sich beim Informationsministerium über die Schließung unabhängiger Medienkanäle beschwert. Seither halten ihn Eritreas Behörden ohne Kontakt zur Außenwelt fest. Im Dezember 2025 reiste die schwedische Außenministerin Maria Malmer Stenergard nach Eritrea. Der eritreische Informationsminister Yemane Ghebremeskel erklärte ihr, im Fall Dawit Isaak gehe es um seine Verbindung zu einer Oppositionsgruppe, der vor Jahrzehnten Landesverrat vorgeworfen wurde. Dawit Isaak wurde nie angeklagt oder vor Gericht gestellt.

Thailand: Le Chi Thanh

Am 6. März 2026 nahmen thailändische Einwanderungsbehörden den vietnamesischen Aktivisten Le Chi Thanh fest. Es wird befürchtet, dass ihm die Abschiebung nach Vietnam droht. Le Chi Thanh war in Vietnam Polizist und prangerte Korruption und Machtmissbrauch an. Im Januar 2022 wurde er zu zwei und im Juni 2022 zu weiteren drei Jahren Haft verurteilt. Nach seiner vorzeitigen Freilassung reiste er legal nach Thailand ein und bekam eine Arbeitserlaubnis. Später erklärten thailändische Behörden diese für nichtig, weil Vietnam seinen Reisepass annulliert habe. Während der Untersuchungshaft in Vietnam wurde Le Chi Thanh offenbar von Polizeikräften gefoltert. Dies lässt befürchten, dass ihm dort Menschenrechtsverletzungen drohen. Thailand darf ihn nicht nach Vietnam abschieben!

Foto: privat



Marokko: Ibtissame »Betty« Lachgar

Die marokkanische Feministin Ibtissame »Betty« Lachgar ist in Marokko zu Unrecht inhaftiert und angeklagt worden. Weil sie auf Social Media ein Foto von sich veröffentlicht hatte, auf dem sie ein T-Shirt mit der Aufschrift »Allah ist lesbisch« trägt, wurde sie im August 2025 inhaftiert und wenig später zu zweieinhalb Jahren Haft und einer Geldstrafe verurteilt. Ihr wird »Beleidigung des Islams« vorgeworfen. Der Inhalt ihres Social-Media-Posts fällt unter das Recht auf freie Meinungsäußerung. Die Aktivistin befindet sich in Einzelhaft, und ihr Gesundheitszustand ist schlecht. Sie muss dringend operiert werden. Die Behörden haben jedoch mehrere Anträge auf eine vorläufige Freilassung aus medizinischen Gründen abgelehnt.

NICHT VERGESSEN

Sie und wir haben uns mit den Briefen gegen das Vergessen für diese Betroffenen von Menschenrechtsverletzungen eingesetzt. **Das hat sich seither getan:**

SAMBIA



Foto: privat

Dr. Suwilanji Situmbeko, genannt Stukie, wurde am 5. Juni 2026 nach einer Begnadigung durch den sambischen Präsidenten vorzeitig aus der Haft entlassen. Nach seiner Freilassung schrieb er an Amnesty International: »Vielen Dank für euer unerschütterliches Engagement, als ich mich am einsamsten fühlte.« Suwilanji Situmbeko war bei einvernehmlichem Sex mit einem Mann beobachtet worden. Weil gleichgeschlechtliche Handlungen in Sambia streng verboten sind, erpresste der Zeuge Situmbeko. Als dieser sich weigerte, zu bezahlen, zeigte ihn der Zeuge an. Situmbeko wurde am 6. Dezember 2022 zu 15 Jahren Gefängnis mit Zwangsarbeit verurteilt. (BgdV August 2024)

CHINA

Der chinesische Künstler **Gao Zhen** wurde am 25. August 2026 wegen »Beleidigung von Chinas Helden und Märtyrern« zur Höchststrafe von drei Jahren Haft verurteilt. Die von ihm bereits im Gefängnis verbrachte Zeit soll angerechnet werden. Gao Zhen hätte aus Sicht von Amnesty International gar nicht vor Gericht gestellt werden dürfen, weil er lediglich sein Recht auf Meinungsfreiheit wahrgenommen hat. Der Künstler wurde im August 2024 inhaftiert. Außerdem wurden seine Frau und sein Sohn daran gehindert, in die USA auszureisen. Amnesty fordert, Gao Zhen unverzüglich und bedingungslos freizulassen und alle Reisebeschränkungen für seine Frau und seinen Sohn aufzuheben. (UA Dezember 2024, UA August 2025, BgdV Juli 2025)

KUBA

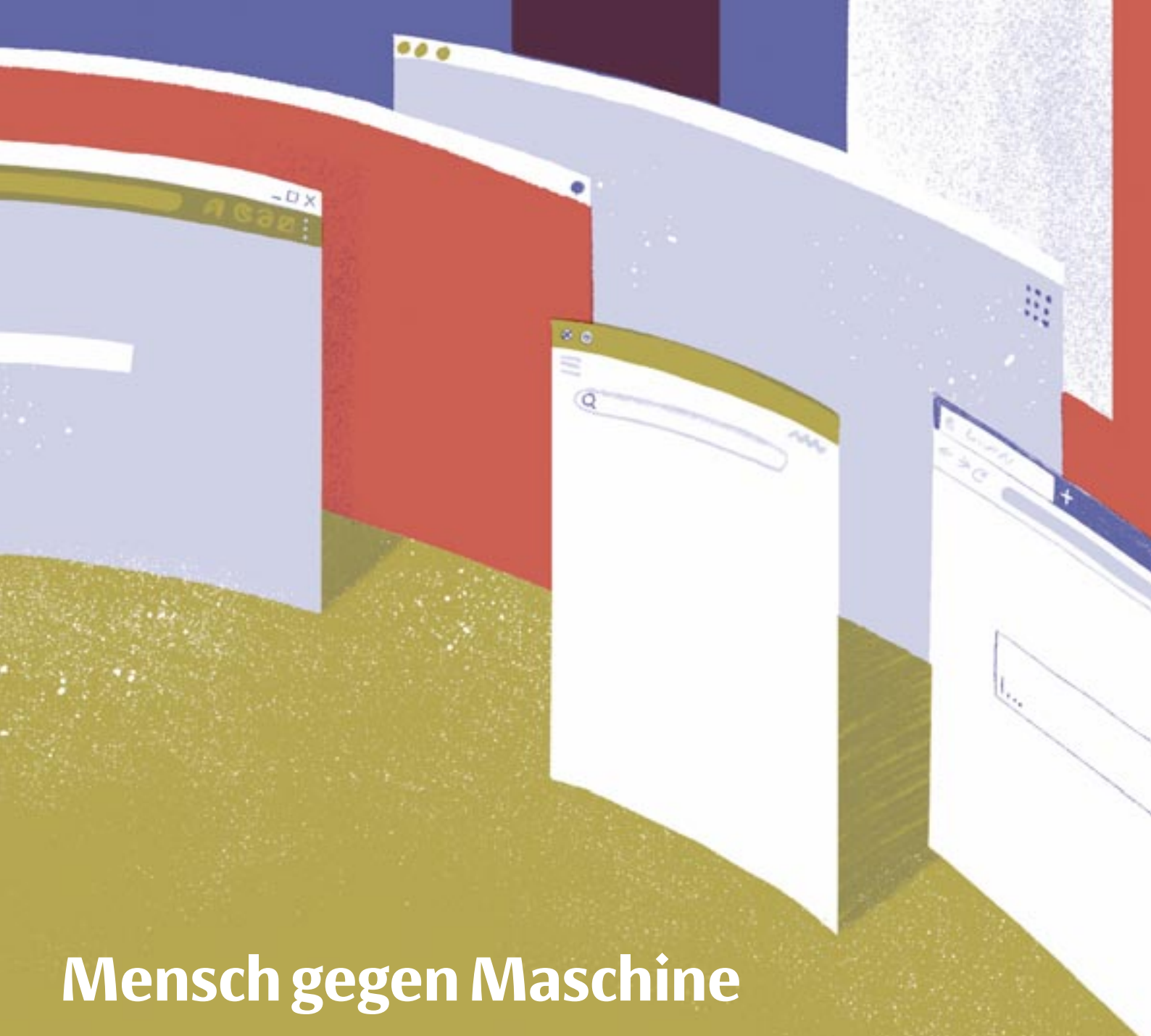


Foto: privat

Nach fünf Jahren unrechtmäßiger Haft wurde der Afrokubaner **Luis Manuel Otero Alcántara** am 18. Juli 2026 freigelassen und gezwungen, ins US-Exil zu gehen. Der Künstler war festgenommen worden, nachdem er öffentlich angekündigt hatte, am 11. Juli 2021 an einer geplanten Massendemonstration teilnehmen zu wollen, die sich gegen die schlechte Wirtschaftslage richtete. In einem unfairen Prozess hinter verschlossenen Türen wurde Alcántara wegen »öffentlicher Unruhe«, »Verachtung« und »Beleidigung nationaler Symbole« zu fünf Jahren Haft verurteilt. Sein Gesundheitszustand hatte sich in der Haft erheblich verschlechtert. Er erhielt keine angemessene medizinische Versorgung und trat deshalb mehrmals in den Hungerstreik. (BgdV Januar 2023)

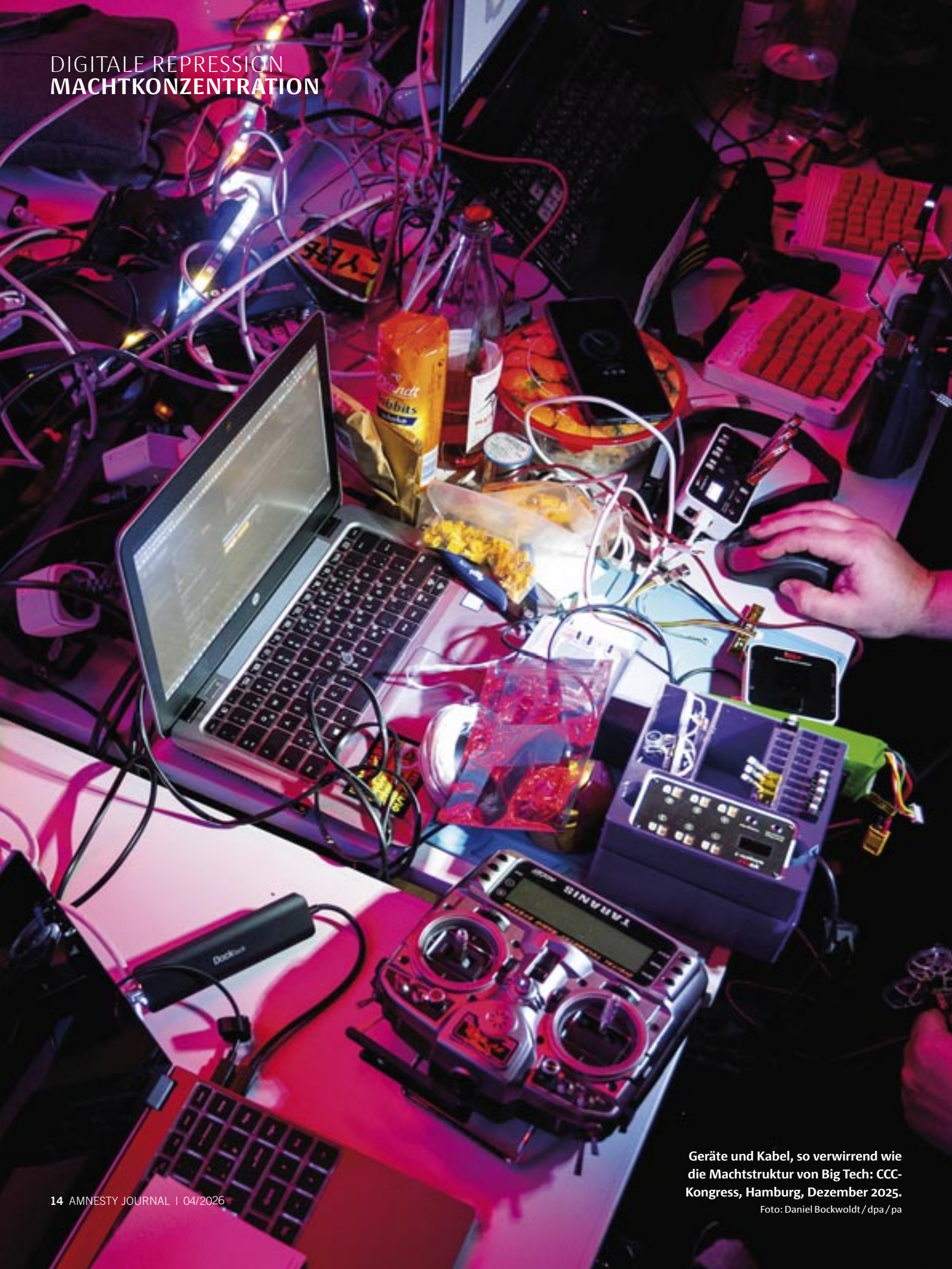
TITEL





Mensch gegen Maschine

Die großen Tech-Unternehmen kontrollieren längst die digitale Welt. Nach dem Willen der US-Regierung soll ihre ökonomische und politische Macht weiter wachsen. Künstliche Intelligenz treibt die Datenverwertung und Möglichkeiten zur Überwachung auf die Spitze. Während autoritäre Staaten und Regierungen digitale Repression ausüben, wehren sich Bürger*innen und Organisationen der Zivilgesellschaft.

A photograph of a cluttered desk under warm, orange lighting. In the center-left, a silver laptop is open, displaying a webpage. To its right, a hand rests on a black computer mouse. The desk is covered with a dense network of black and white cables. Various items are scattered around: a clear glass bottle, a yellow packet of snacks, a bowl of orange snacks, a clear plastic container with red and yellow items, a black smartphone, a small electronic device with a screen, and a large, complex electronic device with multiple buttons and a screen in the foreground. The overall scene suggests a busy, tech-oriented workspace.

DIGITALE REPRESSION MACHTKONZENTRATION

Die Tür im goldenen Käfig

Die digitale Infrastruktur der Welt liegt in den Händen einiger weniger Konzernchefs: Die Bürger*innen, die demokratischen Institutionen, die Wirtschaft und auch die kritische Zivilgesellschaft sind von denselben Unternehmen abhängig, die bestimmen, wie wir uns informieren, wie wir uns austauschen, welche Ideen sich verbreiten. Können Regierungen und Zivilgesellschaft diese Übermacht noch brechen? **Von Julia Lauter**

Es ist ein warmer Sommersonntag, die Straßen sind leer, die Parks und Freibäder voll. In einem schummrigen Raum eines Hamburger Kulturzentrums im Westen der Stadt schimmern LED-Lichter in allen Regenbogenfarben, stehen Regale voller Kabel und Kisten gefüllt mit kompliziert aussehenden Projekten, an den Wänden hängen Fahnen mit politischen Botschaften. Es sind die Räume des Chaos Computer Clubs (CCC) Hamburgs, und die 20 Personen, die sich dort eingefunden haben – sie sind zwischen Mitte 20 und Mitte 50 – trotzten den Verheißungen des Sommers, um digital unabhängiger zu werden. Ein großes Vorhaben, das in diesem Fall bedeutet: Sie informieren sich über den Wechsel zu einem sicheren Passwortmanager.

Passwortmanager können dabei helfen, die unübersichtliche Anzahl an digitalen Login-Daten, die wir im Alltag benötigen, zu organisieren. Ein Tool, das uns das Leben einfacher macht. Doch dort, wo alle unsere Passwörter zusammengeführt werden, liegt auch viel Macht über uns. Die Angebote großer Anbieter wie Google oder Apple seien wie goldene Käfige, erklärt der Vortragende: Wenn man drin ist, ist es angenehm, aber sollte man je raus wollen – etwa, weil sich das Land, in dem der Server steht, in eine Autokratie verwandelt – ist das kaum möglich. Die Anbieter wollen keine Aussteiger.

Der Passwortmanager bildet nur einen kleinen Teil unseres digitalen Lebens, macht aber das ganze Dilemma deutlich: Digitalkonzerne sind omnipräsent und haben Monopolstellungen errungen. Was

zu Beginn Komfort, Freiheit und globale Vernetzung versprach, ist heute ein Geschäft, das einige wenige sehr reich macht – im Fall von Elon Musk so reich, wie nie zuvor ein Mensch in der Geschichte der Menschheit. Die Unternehmen spielen ihre Macht konsequent aus, indem sie die Nutzungsbedingungen immer restriktiver machen, indem sie unverhohlen demokratische Meinungsbildung beeinflussen und indem sie die Rechtsstaatlichkeit unterwandern. Inzwischen ist auch gutgläubigen Nutzer*innen klar: Das Geschäftsmodell der Big Tech, der größten IT-Konzerne der Welt, ist eine Überwachungswirtschaft, die auf der Auswertung und Verwertung öffentlicher und privater Daten beruht.

Der Hype um die Künstliche Intelligenz (KI) treibt die kapitalistische Datenverwertung auf die Spitze: Generative KI, wie sie in großen Sprachmodellen wie GPT (Open AI), Gemini (Google/Alphabet), Claude (Anthropic) oder Grok (xAI) eingesetzt wird, nutzt all die Daten, die wir den Digitalkonzernen jahrelang bereitwillig zur Verfügung gestellt haben. Die Hersteller machen daraus Produkte, die wiederum noch größere Datenmengen auswerten und nutzen können – ein datenschutzrechtlicher Teufelskreis. Die zentralen Fragen lauten: Wie stark werden unsere Grundrechte schon heute durch Big Tech verletzt? Und was können wir als Gesellschaft dagegen tun?

Dass staatliche und völkerrechtliche Institutionen bereits erpressbar sind, wurde im Februar 2025 deutlich: Nachdem der Internationale Strafgerichtshof (IStGH) gegen den israelischen Minister-

präsidenten Benjamin Netanyahu und dessen ehemaligen Verteidigungsminister Yoav Gallant Haftbefehle ausgestellt hatte, belegte die US-Regierung den Chefankläger des IStGH, Karim Khan, mit Sanktionen. Sie fror sein Vermögen ein, verweigerte ihm die Einreise und nahm Unternehmen und Organisationen ins Visier, die ihm »finanzielle, materielle oder technische Unterstützung leisten oder Dienstleistungen gewähren«. Microsoft sperrte daraufhin die E-Mail-Konten von Karim Khan. Mitarbeiter*innen des IStGH erklärten, die Sanktionen hätten es dem Gerichtshof erschwert, grundlegende Aufgaben zu erfüllen – ein Angriff also auch auf die Vertragsstaaten des Gerichtshofs und die auf Rechtsstaatlichkeit basierende internationale Ordnung insgesamt.

Technologische Abhängigkeit

Ein Warnschuss – auch für die EU, denn während ihre politischen Konflikte mit den USA zunehmen, läuft in den Mitgliedstaaten fast nichts ohne US-Software. So bezahlten zum Beispiel deutsche Bundesministerien und Behörden laut Bundesregierung allein im Jahr 2024 mehr als 204 Millionen Euro an Microsoft. Neben Software spielen Cloud-Dienste eine wichtige Rolle: Amazon, Microsoft und Alphabet dominieren das europäische Cloud-Geschäft mit einem Anteil von 70 Prozent. Ob die Daten dort sicher sind, ist zu bezweifeln: Bei einer Anhörung im französischen Senat erklärte der

Frankreich-Direktor von Microsoft, das Unternehmen gebe keine Garantie, dass EU-Daten nicht an die US-Regierung weitergegeben würden.

Der österreichische Datenschutzaktivist Max Schrems will daher mit einer Klage beim Europäischen Gerichtshof (EuGH) verhindern, dass europäische Unternehmen weiter Daten in US-Clouds lagern und von US-Firmen verarbeiten lassen.

Die Abhängigkeit von den Tech-Konzernen aus den USA hat enorme Folgen: Eine Handvoll Konzerne entscheidet darüber, welche Informationen weltweit verfügbar sind, welche Meinungen im öffentlichen Raum gehört werden und welche nicht. Für viele Menschen weltweit sind die Suchmaschine Google und die Plattform Facebook das Internet schlechthin. Der Medienwissenschaftler Martin Andree und Timo Thomsen von der Gesellschaft für Konsumforschung legen in ihrem Atlas der digitalen Welt dar, dass Google (bzw. Alphabet) und Facebook mehr als ein Drittel der gesamten digitalen Aufmerksamkeit bündeln.

Es gibt Alternativen zu den Sprachmodellen der großen US-Konzerne. So hat etwa das europäische Unternehmen Mistral AI den kostenlosen, öffentlich zugänglichen KI-Chatbot »Le chat« entwickelt, auch Modelle chinesischer Anbieter wie DeepSeek und Qwen sind open-source verfügbar. Doch wird der Markt von den US-Anbietern dominiert, die zugleich den Diskurs über KI verengen: Alternative Ansätze wie die symbolische KI, deren Antworten nicht auf angewandter Statistik beruhen, sondern logik- und regelbasiert sind, finden bisher kaum Eingang in den öffentlichen Diskurs. Das Silicon Valley setzt auf generative KI, und weltweit ziehen Regierungen mit: Sie fordern

mehr Rechenzentren, nicken unkritisch deren gigantischen Energiebedarf ab und reglementieren den Markt nur zögerlich oder gar nicht. Immerhin: Die Proteste gegen geplante KI-Rechenzentren und bestimmte KI-Anwendungen wie Kennzeichenerfassung häufen sich in den USA.

Wozu technische Monopole im schlimmsten Fall führen können, zeigte sich in Myanmar. Dort kam es 2017 zu Ausschreitungen gegen die muslimische Minderheit der Rohingya, bei denen Schätzungen zufolge 10.000 Menschen getötet und viele weitere gefoltert und vergewaltigt wurden. Mehr als 750.000 Menschen flohen innerhalb weniger Wochen ins benachbarte Bangladesch, wo sie bis heute unter widrigsten Bedingungen leben. Ein Amnesty-Bericht belegte, dass Mechanismen von Meta die Gräueltaten befeuerten, denn die Algorithmen priorisieren Inhalte, die starke Reaktionen hervorrufen, um Nutzer*innen länger auf der Plattform zu halten. Militäranghörige und nationalistische Gruppen nutzten Facebook als Megafon für Hass. Die Aufrufe zur Gewalt und die entmenslichende Rhetorik gegen die muslimische Minderheit wurden nicht moderiert und genau an die Zielgruppe ausgespielt, die darauf reagierte. Massenmedien waren bereits früher Sprachrohre für Gewalt, wie etwa das Radio während des Völkermords in Ruanda. Neu sind die technischen Möglichkeiten, die den Hass zielgenau adressieren. Auch in Äthiopien, Indien, Sri Lanka, Indonesien, Libyen oder im Irak beschleunigten digitale Plattformen die Verbreitung von menschenverachtenden Nachrichten und trugen in zahlreichen Fällen zu Gewalt bei.

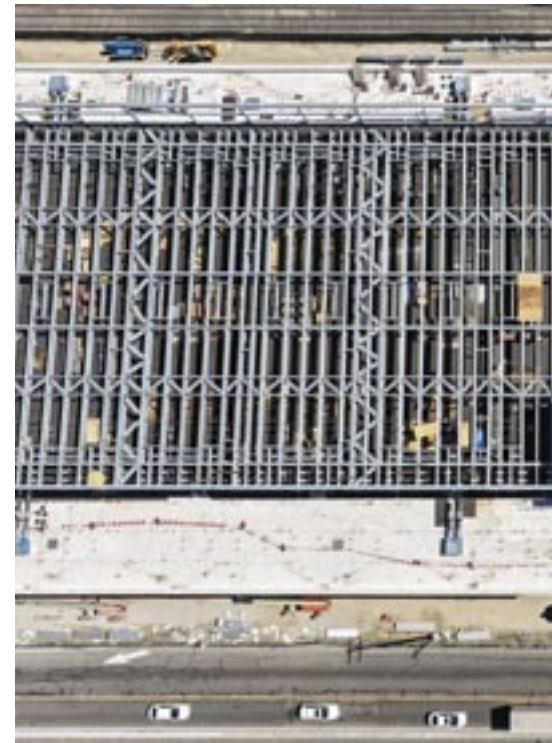
Wenn – wie im vergangenen Bundestagswahlkampf – Algorithmen emotional aufgeladene oder polarisierende Inhalte überproportional auf digitalen Plattformen sichtbar machen, unterwandert das auch den demokratischen Meinungsbildungsprozess. Diese Entwicklung wird durch KI-Anwendungen noch verstärkt. Seit Google 2024 mit AI Overview eine Funktion einführte, die Suchergebnisse von KI zusammenfassen lässt, klicken die Nutzer*innen kaum noch auf die zitierten Quellen, wie eine Analyse des US-Thinktanks PEW bestätigt. Ihr Wissensdurst wird direkt vom Konzern Alphabet gestillt, der gleichzeitig aber keine Haftung für die angezeigten Inhalte übernehmen will.

Auf politischer Ebene erfahren Big Tech-Unternehmen kaum Widerstand, denn ihr Einfluss ist zu groß. Wenn solche Firmen aushandeln, kaum Steuern zu bezahlen, und ihre Medien dazu nutzen, ihre Forderungen bezüglich Besteuerung

und Regulierung ständig zu wiederholen, führt das zu einer Nähe zwischen Regierung und Milliardären, die Reiche immer mächtiger und reicher macht. »Die Superreichen kapern den politischen Prozess«, konstatierte der Ökonom Thomas Piketty. Die Bilder der Amtseinführung von Donald Trump mit Jeff Bezos (Amazon), Mark Zuckerberg (Meta) und Tim Cook (Apple) wurden zum Sinnbild des Rechtsrucks in den USA und im Silicon Valley. Dass Macht über Daten reale Macht ist, zeigte bereits der Cambridge-Analytica-Skandal. Das Beratungsunternehmen soll die Daten von bis zu 87 Millionen Facebook-Nutzer*innen dazu missbraucht haben, die Wahlergebnisse der US-Präsidentenwahl 2016 und des Brexit-Referendums beeinflusst zu haben.

EU: Rechte auf dem Papier

Die gute Nachricht ist, dass die EU diese Probleme erkannt hat. Es gibt eine Reihe



Hier entsteht ein Rechenzentrum für Künstliche Intelligenz: Vernon, USA, Juli 2026.

Foto: Mario Tama / Getty Images

von Instrumenten, um die strukturelle Marktmacht von Big Tech zu begrenzen, die Grundrechte der Nutzer*innen im digitalen Raum zu schützen und Sicherheit, Datenzugang und technische Souveränität zu gewährleisten. So soll der Digital Markets Act die Gatekeeper-Stellung der mächtigen Digitalkonzerne regulieren. Der Digital Services Act soll Plattformen verpflichten, illegale Inhalte und systemi-

»Statt an einer digitalen Zukunft für alle zu arbeiten, verkauft die Kommission unsere Grundrechte und überlässt Tech-Konzernen die Kontrolle.«
Elina Eickstädt,
Chaos Computer Club

sche Risiken für ihre Nutzer*innen zu begrenzen. Die Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) soll Datenmissbrauch begrenzen, der Data Act die Abschottung von Daten verhindern, die KI-Verordnung (KI-VO) soll Grundrechte vor KI-Systemen schützen und der Cyber Resilience Act sowie die NIS2-Richtlinie sollen den Schutz der digitalen Infrastruktur sowie einen Mindeststandard an Cybersicherheit garantieren.

Die schlechte Nachricht ist, dass die Rechte auf dem Papier nicht immer zu wirksamem Schutz führen. So wurden etwa gegen Meta seit 2019 auf Grundlage der DSGVO Bußgelder in Höhe von mehr als 2,5 Milliarden Euro verhängt, gegen Amazon 780 Millionen Euro und gegen Google 215 Millionen Euro. Angesichts der Umsätze der Konzerne sind die Strafen gering und wirken sich bisher kaum auf deren Gebaren aus, wie der Amnesty-Bericht »Breaking up with big tech« zeigt.



Die derzeitige Überarbeitung der Regeln in der EU lässt in Hinblick auf den Schutz der digitalen Grundrechte wenig Gutes erwarten. Der sogenannte »Digitale Omnibus« soll vorgeblich die DSGVO und die KI-Verordnung vereinfachen, um die Wirtschaft zu entlasten. Kritik daran kommt von zivilgesellschaftlichen Organisationen wie dem CCC: »Bürger*innen sollen entmachtet, sensible Daten freigegeben und die fragwürdigen Praktiken der KI-Industrie legalisiert werden«, warnt Elina Eickstädt, Sprecherin der Organisation. »Statt an einer digitalen Zu-

kunft für alle zu arbeiten, verkauft die Kommission unsere Grundrechte und überlässt Tech-Konzernen die Kontrolle.« Derzeit laufen die Omnibus-Verhandlungen noch. Mit am Tisch sitzen – zumindest mittelbar – die Konzerne: Laut Analysen von Lobby Control und dem Corporate Europe Observatory (CEO) übernahm die Kommission in mindestens sieben Fällen Forderungen großer Digitalkonzerne fast wortgleich. Bram Vranken von CEO stellte bereits Ende 2025 fest: »Der Digital-Omnibus ist das größte Weihnachtsgeschenk, das sich Big Tech hätte wünschen können.« Die Ausgaben der Digitalindustrie für Lobbyarbeit in Brüssel haben sich also gelohnt. Nach Angaben von Lobby Control stiegen sie von 113 Millionen Euro im Jahr 2023 auf 151 Millionen Euro im Jahr 2025.

Der technologische Ansatz »anything goes« setzt sich auf nationaler Ebene fort: So veröffentlichte Netzpolitik Anfang Juli 2026 einen Referentenentwurf aus dem Bundesinnenministerium, der den Einsatz von KI bei Verfahren erlauben soll, die Visa, Aufenthaltsrecht und Asyl betreffen. Behörden sollen personenbezogene Daten für das Trainieren und Testen von KI-Systemen verwenden dürfen; automatisierte Systeme sollen öffentlich zugängliche Internetdaten auswerten; und die Erkenntnisse aus dem Monitoring sollen in die spätere Prüfung einzelner Anträge einfließen können. Selbst wenn am Ende noch ein Mensch formal entscheidet, werden so Datenschutz- und Grundrechtsanforderungen missachtet, weil sensible Daten nicht ausreichend geschützt sind und das Recht auf ein faires Verfahren für den Einzelnen in Gefahr ist.

»Vor allem im Bereich Asyl, im Militär, bei den Polizeibehörden, wo Entscheidungen über Schutz, Sicherheit und existenzielle Lebensfragen getroffen werden, ist der Einsatz von automatisierten Systemen, die erwiesenermaßen Diskriminierung und Verzerrungen verstärken können, besonders gefährlich«, sagt Lena Rohrbach, Referentin für Menschenrechte im digitalen Zeitalter bei Amnesty International. »Auch wenn ein Mensch die KI-Empfehlung überprüft: Zahlreiche Studien belegen, dass wir technischen Systemen zu stark Glauben schenken und unsere eigene Meinung anpassen.« Durch KI sollen außerdem gigantische Datenmengen verarbeitet werden, die weder Nutzende noch Betroffene der Systeme überblicken und selbstständig überprüfen können. Dabei dürfen die Behörden nach den aktuellen Geszentwürfen sogar im Einsatz selbstlernende KI verwenden, die eine Blackbox darstellt. »Ohne starke

»Ohne starke Schutzregeln bringt diese Entwicklung unververtretbare Risiken für Menschen und ihre Rechte.«

**Lena Rohrbach,
Amnesty International**

Schutzregeln bringt diese Entwicklung unververtretbare Risiken für Menschen und ihre Rechte«, sagt Rohrbach. Recherchen von Amnesty haben bereits in Frankreich, den Niederlanden, Serbien, Schweden, den USA und mehreren anderen Ländern Menschenrechtsverletzungen beim Einsatz von KI durch Behörden nachgewiesen. Zugleich wird der Einsatz von KI zur Überwachung des öffentlichen Raums ausgeweitet: durch Gesichtserkennung und KI-Verhaltensscanner auf deutschen Straßen und Plätzen.

Unabhängigkeit ist möglich

Ohne öffentliche Aufmerksamkeit für das Repressionspotenzial von Big Tech gibt es kein Aufbegehren. Und ohne öffentliches Interesse hat auch die Politik nicht die Macht, effektive Regulierung gegen den Willen der Digitalkonzerne durchzusetzen.

Das alles hat mehr mit der Installation eines neuen Passwortmanagers zu tun als man denken könnte. Denn das anfangs beschriebene Sonntagstreffen in Hamburg war nur eine von Tausenden Veranstaltungen in den kommenden Monaten, in kleinen Orten und Großstädten in Deutschland, online und offline, in der Schweiz, Österreich, auch in Portugal. Der CCC und andere zivilgesellschaftliche Initiativen haben den »Digital Independence Day« ausgerufen. Jeden ersten Sonntag im Monat bieten sie Hilfe an, etwa beim Umzug von Microsoft Windows, WhatsApp oder Gmail zu einem vertrauenswürdigen Anbieter. Der Digital Independence Day solle den Nutzer*innen klarmachen, dass es ein Internet abseits von Alphabet, Microsoft, Meta, Amazon und Apple gibt, schreibt der CCC. Und dass der Ausbruch aus dem goldenen Käfig gemeinsam leichter gelingt. ♦

Informationen zum Digital Independence Day:
di.day

Mit KI aufs Schlachtfeld

Das Datenanalyseunternehmen Palantir spielt eine zentrale Rolle bei der Jagd auf Migrant*innen in den USA und wird auch von deutschen Polizeibehörden eingesetzt. Warum das menschenrechtlich problematisch ist. **Von Annette Jensen**

Palantir liefert in den USA die digitale Infrastruktur für die Jagd auf Migrant*innen. Seine KI füttert das Unternehmen mit riesigen Datenmengen aus staatlichen und privaten Quellen. Verbindungen, Muster und Trends, für deren Recherche menschliche Teams Tage oder gar Monate bräuchten, erkennt die Software in kürzester Zeit. Sie kombiniert Informationen aus dem Gesundheitsministerium mit aktuellen Handy-Standorten, Flugreservierungen, Paketlieferungen oder Gruppen-Chats auf digitalen Plattformen. Wie das journalistische Portal 404 Media herausgefunden hat, erstellt die US-Einwanderungsbehörde Karten, auf denen die Adressen potenzieller Deportationskandidat*innen verzeichnet sind. Das System meldet, wenn sich mehrere gesuchte Personen am selben Ort befinden, und ermöglicht so Massenfestnahmen.

Amnesty International hat zu den Vorgängen in den USA recherchiert und dabei auch die Rolle von Palantir untersucht. Geflüchtete, Migrant*innen und internationale Studierende, die sich gegen die israelische Kriegsführung und für die Rechte von Palästinenser*innen engagieren, werden durch die KI-gestützten Überwachungstechniken identifiziert. Das System leitet aus Verhalten, Aufenthaltsorten, Posts in Online-Netzwerken und vielen anderen Daten eine angebliche »Gefährlichkeit« von Personen ab und liefert damit die Grundlagen für die automatisierte Abschiebep Praxis. Das

Vorgehen ist hochgradig diskriminierend, fehleranfällig und intransparent, so das Ergebnis der Amnesty-Recherche.

Nicht nur bei den Deportationen selbst erfolgen Menschenrechtsverletzungen. Die Verfahren verletzen auch die Rechte auf Protest, freie Meinungsäußerung und informationelle Selbstbestimmung. »Palantir verstößt eindeutig gegen die UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte, die es Unternehmen verbieten, in Menschenrechtsverletzungen involviert zu sein, und die verlangen, diese zu stoppen, wenn sie davon Kenntnis erlangen,« sagt Lena Rohrbach, Amnesty-Fachreferentin für Menschenrechte im digitalen Zeitalter. Vor Gericht einklagbar sind die UN-Leitprinzipien allerdings nicht.

Geheime Algorithmen und Quellen

Gegründet wurde Palantir nach den Anschlägen vom 11. September 2001 mit Fördergeld des US-Auslandsnachrichtendienstes CIA und dem Ziel, das Land vor Terror zu schützen. Gerüchten zufolge soll das Unternehmen 2011 entscheidend daran beteiligt gewesen sein, den Al-Qaida-Anführer Osama Bin Laden in Pakistan aufzuspüren und zu töten. »Wir glauben, dass es nicht übertrieben ist, zu behaupten, dass nahezu alle KI-Workflows mit Mehrwert – insbesondere auf dem Schlachtfeld – auf Palantir basieren«, wirbt der Geschäftsführer Alex Karp für sein Unternehmen. Binnen eines Jahres erzielte es ein Umsatzwachstum von 93 Prozent. Nach verlustreichen Anfangsjahren nimmt Palantir inzwischen Milliarden ein. Viele Menschen sind finanziell an dem Unternehmen beteiligt, wohl

häufig, ohne es zu wissen: Private Rentenversicherungen, die den MSCI World-Index nutzen, haben Palantir-Aktien im Depot.

Welche Algorithmen und welche Datenquellen jeweils zum Einsatz kommen, ist geheim. Aber an seiner Mission lässt das Unternehmen keinen Zweifel: die Kontrolle von Bevölkerung und Weltlage. Zu den Gründern von Palantir gehört Peter Thiel, der sich bereits in der ersten Amtszeit von US-Präsident Trump hinter diesen stellte. Palantir-Mitarbeiter*innen sollen zudem in den Cambridge-Analytica-Skandal verwickelt gewesen sein, bei dem Facebook-Daten gezielt genutzt wurden, um den Wahlkampf im Sinne Trumps zu beeinflussen.

Von gleichen Rechten für alle Menschen hält Thiel nichts: »Ich glaube nicht, dass Freiheit und Demokratie miteinander vereinbar sind.« Vielmehr geht er von einer klaren Überlegenheit weißer Tech-Eliten aus, die er schützen will. Zwar ist Thiel inzwischen nur noch Minderheitsaktionär, aber an der Ausrichtung von Palantir hat sich nichts geändert, wie auf der Unternehmensseite nachzulesen ist: »Der Moment der Wahrheit ist gekommen. (...) Wir haben Palantir gegründet, um die Zukunft des Westens zu sichern: In der Fabrikhalle. Im Operationssaal. Auf dem Schlachtfeld.«

An seiner Mission lässt Palantir keinen Zweifel: Kontrolle von Bevölkerung und Weltlage.



**Palantir macht's möglich:
ICE-Mitarbeiter*innen nehmen einen
Mann aus Ecuador vor den Augen seiner
Töchter fest. New York, August 2025.**

Foto: Carol Guzy / Zuma Press / Reuters

Nicht nur das US-Militär und zahlreiche Geheimdienste, darunter der israelische Mossad, gehören zur Kundschaft Palantirs. Auch viele Behörden weltweit nutzen die Software. Darüber hinaus arbeitet die Firma für Hunderte Unternehmen von Amazon über IBM bis Exxon Mobile. In Deutschland ist die Polizei in Bayern, Hessen und Nordrhein-Westfalen mit Palantir-Programmen ausgestattet. Baden-Württemberg hatte ebenfalls einen 25-Millionen-Vertrag mit dem US-Unternehmen abgeschlossen, an dem die regierenden Grünen trotz Ablehnung durch ihre Basis festhalten.

Die Gesellschaft für Freiheitsrechte (GFF) hat vor dem Bundesverfassungsgericht gegen mehrere Landespolizeigesetze geklagt und 2023 einen ersten Sieg errungen: Die damaligen Regelungen in Hessen und Hamburg wurden für verfassungswidrig erklärt. Zurzeit sind noch Verfassungsbeschwerden gegen Bayern und erneut gegen Hessen anhängig. »Eine weitgehende Datenanalyse darf nur bei konkreten Gefahren für besonders wichtige Rechtsgüter wie Leib und Leben oder die Sicherheit des Staates eingesetzt werden«, fasst die GFF-Juristin Franziska Görlitz die Stellungnahme des obersten Gerichts zu den ersten Beschwerden zusammen und schlussfolgert: »Der Gesetzgeber muss die Polizei klar anleiten, was

sie darf und was nicht.« Görlitz argumentiert mit der einschüchternden Wirkung auf die Gesamtbevölkerung, wenn unklar ist, was registriert und gespeichert wird.

Amnesty lehnt Gesetzesvorhaben ab

Derzeit strebt die Bundesregierung Gesetze an, die die digitalen Ermittlungsbefugnisse von Verfassungsschutz, Bundeskriminalamt und Bundespolizei regeln sollen. Auch die Bundeswehr will digital aufrüsten. Amnesty-Expertin Lena Rohrbach weist auf zwei Aspekte hin. Zum einen gehe es darum, welche Unternehmen als Vertragspartner infrage kommen. Hier müssten Firmen wie Palantir, die klar gegen die UN-Leitprinzipien verstoßen, ausgeschlossen werden. Zweitens müsse eindeutig geregelt werden, dass die neuen digitalen Werkzeuge Menschenrechte achten, unabhängig davon, welches Unternehmen die Software bereitstellt. Dazu müssen die analysierten Datenmengen ebenso wie die Analysemethoden streng begrenzt sein. Die Systeme dürfen keine Blackbox sein, und es muss nachvollziehbar bleiben, wie Ergebnisse erzielt wurden. Notwendig sei auch, die fast zwangsläufig mit der Technik einhergehenden Diskriminierungsrisiken zu vermindern. Wie gefährlich teilautomatisiert getroffene Entscheidungen sein können, belegt etwa der niederländische

Kinderbeihilfenskandal, bei dem migrantische Familien zu Unrecht des Sozialbetrugs bezichtigt wurden.

In einer Stellungnahme haben Amnesty und andere Menschenrechtsorganisationen die gesetzlichen Vorhaben der Bundesregierung aus »grundsätzlichen verfassungs- und menschenrechtlichen Erwägungen« abgelehnt. Denn in die Analysen würden viele Daten einfließen, die zu einem ganz anderen Zweck entstanden sind. Dazu zählen Fotos im Internet oder Informationen über Zeug*innen oder Personen, die etwa bei einer Stadionkontrolle registriert wurden oder deren Fahrrad gestohlen wurde. Eine flächendeckende Verfolgbarkeit der Bevölkerung widerspricht dem Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung und dem Schutz personenbezogener Daten.

Inzwischen hat Palantir europäische Konkurrenz bekommen: Chapsvision aus Frankreich und die deutsche Kooperation von Celonis und Deepset. Doch solange es keine klaren gesetzlichen Grenzen für den Einsatz von KI in Behörden gibt, ist das Ganze eine »Entwicklung, die eigentlich nur zu totalitären Systemen passt«, lautet das Urteil der Organisation Netzpolitik.org. ♦

Vernetzte Repression

China, Russland, Iran – drei Länder, drei digitale Überwachungssysteme. **Felix Lee** über Gemeinsamkeiten, Unterschiede und Verbindungen.

Überwachung war in autoritären Systemen schon immer ein zentrales Instrument der Machtsicherung. Lange blieb sie jedoch von Willkür geprägt, weil eine lückenlose Kontrolle technisch kaum möglich war. Mit der fortschreitenden Digitalisierung hat sich das grundlegend verändert: Staaten können ihre Bevölkerung heute präziser, umfassender und zugleich unauffälliger überwachen. Besonders deutlich zeigt sich diese Entwicklung in China, Russland und Iran, deren Systeme häufig auch exportiert werden.

Digitale Überwachung ist in diesen Ländern längst nicht mehr nur eine Aufgabe von Geheimdiensten. Alle drei Regierungen vertreten offiziell das Konzept der »digitalen Souveränität«, das die staatliche Kontrolle über das Internet legitimiert. Entsprechend haben sie ihre Machtapparate ausgebaut und gesetzliche Grundlagen geschaffen, die Telekommunikationsanbieter zur Speicherung und Weitergabe von Daten verpflichten. In Russland etwa schreibt das »Jarowaja-Gesetz« eine umfassende Datenspeicherung vor.

Global führend im Bereich der digitalen Überwachung ist China. Schätzungen des britischen Sicherheitsunternehmens Comparitech zufolge sind dort mehr als 700 Millionen Überwachungskameras im Einsatz, viele davon mit Gesichtserkennungssoftware, die wiederum mit Künstlicher Intelligenz (KI) verbunden ist. Besonders drastisch ist die Situation in der

Provinz Xinjiang: Amnesty International dokumentierte 2021, wie Angehörige der uigurischen Minderheit durch biometrische Daten, Bewegungsprofile und Verhaltensanalysen erfasst werden. Human Rights Watch wies bereits 2019 Massenüberwachung in Xinjiang nach und beschrieb zudem eine »Integrated Joint Operations Platform«, die Daten zu 36 Personentypen analysiert, zum Beispiel Menschen ohne Smartphone oder solche, die Geld für Moscheen sammeln, und sie automatisiert als potenziell »gefährlich« einstuft. Selbst alltägliche Faktoren wie die Nutzung von Hintereingängen, ein ungewöhnlicher Stromverbrauch oder häufige Tankstellenbesuche können dabei relevant sein.

Aber auch in anderen chinesischen Regionen greift die Kontrolle tief in den Alltag der Menschen ein. Digitale Bezahlssysteme und Plattformen liefern umfangreiche Daten. Das Nationale Sicherheitsgesetz und andere Vorgaben verpflichten die Betreiber dieser Plattformen, Daten an die staatlichen Behörden weiterzugeben. Die chinesische Regierung führte vor einigen Jahren sogenannte Sozialkreditsysteme ein, die das Verhalten der Bevölkerung bewerten und sanktionieren

*Anders als in China ist es
Russland und Iran nicht
gelingen, eine eigene
allumfassende
technische Infrastruktur
zu entwickeln.*



Alles im Blick? Dali, China, 2017.

Foto: Kai Loeffelbein/laif



sollen. Dies geschah aber nicht flächendeckend, sondern mit einigen Pilotprojekten. »Viel Überwachung läuft stattdessen über Handykontrolle, etwa über QR-Codes«, sagt die auf China spezialisierte Politikwissenschaftlerin Genia Kostka von der Freien Universität Berlin. Inzwischen habe sich vieles auf KI-Systeme verlagert: »Dadurch ist es für den Staat einfacher geworden, weil die Kontrolle stärker über die Tech-Firmen läuft.« Neben direkter Kontrolle setzt China verstärkt auf Informationssteuerung: Anstatt Inhalte nur zu löschen, werden sensible Themen gezielt mit regierungstreuen Inhalten überflutet. »Das ist inzwischen sehr effizient«, sagt Kostka.

Russland und Iran orientieren sich an China

Russland hat seine digitale Repressionsarchitektur im Lauf der Jahre, vor allem aber seit seinem Angriffskrieg auf die Ukraine 2022, immer weiter ausgebaut. Zentrale Instrumente sind das Überwachungssystem SORM, das einen direkten Zugriff auf Daten aus Online-Netzwerken ermöglicht, sowie das 2019 verabschiedete Gesetz zum »souveränen Internet«, das eine umfassende Kontrolle erlaubt. In der Folge wurden Tausende Websites blockiert und unabhängige Medien eingeschränkt. Plattformen wie Facebook und Instagram sind seit Kriegsbeginn verboten. Außerdem nutzt auch der russische Staat Gesichtserkennung. Früher sei das größte Risiko gewesen, während einer Demonstration verprügelt und festgenommen zu werden, berichtete eine russische Aktivistin Amnesty. »Heute kann man sich nicht einmal mehr sicher fühlen, wenn man es nach der Demo nach Hause geschafft hat.« Der Staat wisse inzwischen immer über einen Bescheid.

Iran kombiniert digitale Überwachung mit drastischen Eingriffen in die Infrastruktur. Während aller großen Protestwellen zwischen 2019 und 2026 wurde das Internet nahezu vollständig abgeschaltet, mehr als 80 Millionen Menschen waren betroffen. Ferdinand Gehringer, Experte für Cybersicherheit im Nahen Osten, weist darauf hin, dass Iran spätestens seit 2009 systematisch auf digitale Kontrolle setzt, nachdem Online-Netzwerke eine zentrale Rolle bei der Mobilisierung von Protesten spielten. Ein weiterer Wendepunkt war der Stuxnet-Cyberangriff auf iranische Urananreicherungsanlagen im Jahr 2010. Daraufhin rüstete Iran im digitalen Raum drastisch auf. Institutionell stützt sich die Regierung unter anderem auf die Basidsch-Miliz, die auch für Desinformation und

digitale Angriffe eingesetzt wird. Gehringer verweist zudem auf Gruppen wie »Charming Kitten«, die vor allem im Ausland Oppositionelle unter Druck setzen, auch in Deutschland.

Aber weder in Iran noch in Russland ist die digitale Repression institutionell so ausgeprägt und technisch so perfektioniert wie in China. Russland fehlt es laut Kostka an den Parteistrukturen, über die Chinas kommunistische Führung verfügt. Und anders als China ist es Russland und Iran nicht gelungen, eine eigene allumfassende technische Infrastruktur zu entwickeln. Zwar hat Iran damit begonnen, eigene Cloud-Strukturen zu schaffen und das Netz zu segmentieren, um Zugänge gezielt steuern zu können. Doch muss die Regierung immer noch zu Maßnahmen wie vollständigen Netzabschaltungen greifen, die die Wirtschaft beeinträchtigen.

Export von Überwachungstechnologie

Gleichzeitig kooperieren die drei Staaten eng. Der Iran nutzt chinesische Gesichtserkennung, um Verstöße gegen die Kopftuchpflicht zu verfolgen. Kameras und Verkehrssysteme erfassen Kennzeichen und lösen automatisiert Sanktionen aus. Intensive Kooperationen mit Russland und China sind seit 2015 dokumentiert. Untersuchungen des Australian Strategic Policy Institute zeigen, dass chinesische Firmen Überwachungstechnologie auch in viele andere Länder exportieren.

Für Menschenrechtsorganisationen ergibt sich daraus eine doppelte Herausforderung. Neben der Dokumentation von Verstößen geht es zunehmend darum, politische Regulierung einzufordern. Denn ohne internationale Standards droht eine weitere Verbreitung dieser Technologien. Systeme, die heute in China, Russland und Iran eingesetzt werden, könnten morgen auch in anderen Zusammenhängen Anwendung finden – mit weitreichenden Folgen für die Menschenrechte weltweit. Amnesty fordert deshalb globale Regeln für Überwachungstechnologien. »Analog zum Vertrag über den Waffenhandel (Arms Trade Treaty) für Rüstungsgüter muss es Abkommen zu Überwachungssystemen und anderen Technologien geben«, sagt Lena Rohrbach, Amnesty-Referentin für Menschenrechte im digitalen Zeitalter. Die EU habe mit ihrer Dual-Use-Verordnung bereits einen Rahmen geschaffen. Dies sei auch auf globaler Ebene erforderlich. ♦

Eingebildete Agentinnen und Agenten

Seit Prabowo Subianto Indonesien regiert, tendiert das Land in Richtung Autokratie. Die Regierung setzt dabei auf digitale Verleumdungskampagnen und konstruiert imaginäre Feinde.
Von Felix Lill



Solidarität mit dem angegriffenen Andrie Yunus:
Kundgebung in Jakarta, Indonesien, April 2026.

Foto: Bay Ismoyo / AFP / Getty Images

»Die Lage wird für uns
noch schwieriger.
Aber schweigen
werden wir nicht.«
Nurina Savitri,
Amnesty Indonesien

In den vergangenen zwei Jahren war die Arbeit von Ayu Sitompul* ernüchternd. »Regierungsvertreter fordern immer wieder, über dieses oder jenes nicht zu berichten«, sagt die Journalistin. Anders als bei anderen Medienhäusern habe der Staat bei ihrem Arbeitgeber zwar noch nicht direkt eingegriffen, aber manchmal müsse er das auch gar nicht: »Bei heiklen Themen wie Energiepolitik oder Korruption merke ich, wie Redakteurinnen und Redakteure sich selbst zensieren.« Kritik an der Regierung sei schwieriger geworden, berichtet die Journalistin, die zu ihrer eigenen Sicherheit ihren Namen geändert hat. Denn mit Indonesiens Präsident Prabowo Subianto, der seit Herbst 2024 im Amt ist, sei nicht zu spaßen. »Wenn irgendeine Story die Regierung reizt, kann ein Anruf von einem Beamten kommen. Dann wird der Artikel von der Website genommen.« Ansonsten laufe man Gefahr, als »ausländischer Agent« diskreditiert zu werden. Und das werde schnell sehr unangenehm.

Der gegen unbequeme Stimmen erhobene Vorwurf, »ausländischer Agent« zu sein, erwies sich in den vergangenen zwei Jahren als häufig eingesetztes Werkzeug zum Machterhalt und -ausbau. Das dokumentiert auch ein 160-seitiger Bericht von Amnesty International mit dem Titel »Building up imaginary enemies« (»Die Erfindung eingebildeter Feind*innen«). Die Regierung nutzt den Vorwurf, Agent eines fremden Staates zu sein, um öffentlich und insbesondere in digitalen Kanälen Stimmung zu machen, was wiederum häufig in Gewalt mündet. Ein wichtiges Werkzeug sind Beiträge in Online-Netzwerken, in denen teils Unbekannte Behauptungen verbreiten, die teilweise oder komplett ausgedacht sind und dazu dienen, Regierungskritiker*innen zu diskreditieren.

Ein Beispiel für eine derartige Rufmordkampagne ist der Fall des Menschenrechtsaktivisten Andrie Yunus. Er arbeitet für die in Indonesien bekannte Nichtregierungsorganisation Kontras, die sich für den Schutz von Gewalt- und Entführungsoffern einsetzt. »Yunus hat sich offen gegen ein von der Regierung geplantes Gesetz gestellt, das es aktiven Mitgliedern des Militärs erlaubt, Positionen in zivilen Behörden zu übernehmen, inklusive der Staatsanwaltschaft«, erklärt Nurina Savitri von Amnesty Indonesien, die an dem Bericht mitgearbeitet hat. Seit geraumer Zeit werden immer mehr Militärs im Staatsdienst untergebracht.

Im März 2025 hatte Yunus gegen das damals noch nicht beschlossene Gesetz öffentlichen Protest organisiert. Einige Tage tauchte auf Instagram und anderen Plattformen ein Video auf, das ihn als »ausländischen Agenten« bezeichnete. »Der Account ließ sich der Partei des Präsidenten zuordnen«, sagt Nurina Savitri. Mindestens 31 weitere Benutzerkonten konnten mit verschiedenen Militäreinheiten in Verbindung gebracht werden. Es blieb nicht bei verbalen Vorwürfen. Im März 2026 wurde Yunus angegriffen: Zwei Personen auf einem Moped überschütteten ihn mit Säure. Yunus erlitt starke Verätzungen, die 20 Prozent seines Körpers betrafen. Der Aktivist überlebte, die Täter wurden festgenommen. Dennoch hatte der Vorfall einen einschüchternden Effekt auf die gesamte Zivilgesellschaft, sagt Nurina Savitri.

Schwiegersohn Suhartos

Der – häufig digital verbreitete – Vorwurf, jemand sei ausländischer Agent, habe unter Prabowo Konjunktur, bestätigt auch die Journalistin Ayu Sitompul. »Es ist ein auffallendes Muster.« Amnesty zählte bis Februar 2026 mindestens 25 Reden, in denen der Präsident diesen Vorwurf erhob. »Prabowo sagt nie, welcher fremde Staat das denn sein soll. Konkret wird er nicht«, erläutert Sitompul.

Womöglich, weil es gar keinen konkreten Feind gibt? Außenpolitisch betont Indonesien gern Gemeinsamkeiten, um mit möglichst vielen Ländern möglichst viel Handel zu treiben. Das Konzept der Außenpolitik laute »Tausend Freunde, Null Feinde«, sagt Gilang Kembara, Sicherheitsexperte an der Nanyang Technological University in Singapur. Nurina Savitri von Amnesty kritisiert die Doppelmoral der Regierung: »Es wird oft behauptet, Vertreter der Zivilgesellschaft seien aus dem Ausland finanziert und dienten nicht den Interessen Indonesiens. Dabei erhält der indonesische Staat in Form von Entwicklungszusammenarbeit ebenfalls Geld aus dem Ausland!«

Vieles von dem, was der Amnesty-Bericht dokumentiert, ist wenig überraschend, wenn man sich Prabowos Werdegang genauer ansieht. Ausgebildet wurde er im indonesischen Militär, wo er schon früh in Führungspositionen aufstieg. 1983 heiratete er die Tochter des damaligen Autokraten Suharto. 2019 wurde Prabowo vom langjährigen Präsidenten Joko Widodo, gegen den er zuvor erfolglos kandidiert hatte, zum Verteidigungsminister

ernannt. Ende 2025 erklärte Prabowo, mittlerweile Präsident, Suharto posthum zum Nationalhelden. Dass zu Beginn der Regierungszeit des Autokraten im Jahr 1965 Hunderttausende Menschen als vermeintliche Kommunist*innen ermordet wurden und deren Angehörigen bis zu seinem Rücktritt im Jahr 1998 keine Gerechtigkeit widerfuhr, war kein Hindernis für diese Auszeichnung.

Auch Prabowo machte sich schon früh mit Repression einen Namen. Bereits zu Zeiten Suhartos war er als Leiter einer Militäreinheit für Angriffe auf das heute unabhängige Osttimor und die Niederschlagung von Studierendenprotesten verantwortlich. Auch Überfälle auf die chinesischstämmigen Gemeinden Indonesiens fielen in seine Zeit beim Militär, damals war er General. Prabowo wurde dafür ebenso wenig zur Rechenschaft gezogen wie Suharto, der 2008 starb.

Das südostasiatische Land hat von Mitte der sechziger bis Ende der neunziger Jahre mehr als drei Jahrzehnte autoritäre Herrschaft hinter sich. Seit 1998 wird Indonesien wieder demokratisch regiert, die Einschüchterung kritischer Stimmen aber blieb. Geht es nun wieder in Richtung Autokratie? Nurina Savitri sagt: »Ich befürchte, die Lage wird für uns in nächster Zeit noch schwieriger. Aber schweigen werden wir nicht.« Der Amnesty-Bericht fordert Gesetzesänderungen, um das Recht auf Meinungsfreiheit zu schützen. Auch Plattformanbieter, die wie im Fall von Andrie Yunus Unterstellungen verbreiten, sollten in die Pflicht genommen werden. Der Bericht fordert, die Verbreitung stigmatisierender Informationen zu unterbinden und staatlich zu sanktionieren, wenn dies nicht geschieht. ♦

*Name geändert

Der Bericht:
[www.amnesty.org/en/
documents/asa21/0931/
2026/en/](https://www.amnesty.org/en/documents/asa21/0931/2026/en/)



Zensiert, blockiert, verbannt

Die kanadische Organisation Women on Web, die weltweit medizinische Beratung und Unterstützung bei Schwangerschaftsabbrüchen bietet, kämpft gegen Zensur durch Staaten und Tech-Konzerne.

Von Dana Müller

Seit mehr als 20 Jahren hilft Women on Web (WoW) Schwangeren weltweit. Bereits mehr als 100.000 Menschen wurde durch telemedizinische Betreuung der NGO ein Zugang zu einem sicheren Schwangerschaftsabbruch mit Medikamenten ermöglicht. »Jedes Jahr unterstützen wir mehr Menschen, die Hilfe suchen«, sagt Geschäftsführerin Venny Ala-Siurua. In manchen Ländern ist das Angebot der NGO die einzig sichere und erschwingliche Möglichkeit für einen Schwangerschaftsabbruch. Anderen Hilfesuchenden geht es um ihre Privatsphäre oder Anonymität. Nach einer professionellen Beratung können innerhalb kürzester Zeit Abtreibungspillen weltweit verschickt werden. Mithilfe der deutschsprachigen Webseite untersucht die gemeinnützige Organisation seit 2021, welche Hindernisse es in Deutschland beim Zugang zu Schwangerschaftsabbrüchen gibt. Das Ergebnis: Viele greifen aus Wunsch nach Geheimhaltung und Privatsphäre auf eine Online-Anfrage zurück. Meist kann WoW dann auf örtliche Einrichtungen verweisen.

Doch die Organisation beschäftigt sich auch mit Problemen in eigener

Sache: staatliche Sperrungen ihrer Webseiten sowie Account-Blockaden und sogenanntes Shadow Banning auf digitalen Plattformen oder in Suchmaschinen, also die versteckte Beschränkung ihrer Reichweite.

Staatliche Zensur nachgewiesen

Aktuell konnte sie acht Staaten das Zensieren der Webseiten nachweisen, darunter neben Iran, Philippinen, Kuwait und Argentinien seit Kurzem auch Italien. Derzeit führt Women on Web außerdem Prozesse in Spanien, der Türkei und Südkorea. »Strategische Rechtsstreitigkeiten sind ein wesentlicher Bestandteil unserer Arbeit«, erklärt Ala-Siurua.

Bereits seit 2019 arbeitet Women on Web mit dem freien Software-Projekt Open Observatory of Network Interference (OONI) zusammen, um internationale Webdaten auszuwerten und Internetzensur nachzuweisen. Der diesjährige

»Themen wie Abtreibung sind zunehmend unerwünscht.«

Tom Jennissen,
Digitale Gesellschaft



Bericht kommt unter anderem zu dem Schluss, dass die Sperre in Spanien weiterhin besteht, obwohl der Oberste Gerichtshof des Landes ihre Aufhebung in Teilen bereits im Oktober 2022 anordnete. Die WoW-Geschäftsführerin fordert: »Regierungen sollten Informationen zum Thema Abtreibung nicht zensieren und damit die Meinungs- und Informationsfreiheit nicht verletzen.«

Versteckte Beschränkung der Reichweite entdeckt

Zur staatlichen Zensur kommen eklatante Hürden bei Social Media-Plattformen und Suchmaschinen hinzu. So stellte WoW vor drei Jahren fest, dass die Suchmaschine Bing den englischen Begriff »abortion« (Abtreibung) als Schlüsselwort so filtert, dass vor allem Schwangerschaftsberatungscentren von Abtreibungsgegner*innen angezeigt werden. Eine falsche Schreibweise wie etwa ein Buchstabendreher führt hingegen zu neutralen Beratungsangeboten.

Die Betreiber von Social Media-Plattformen entscheiden nach bisher nicht einsehbaren Prinzipien über die Sicht-



Führt strategische Prozesse für
Freiheit im Netz: Venny Ala-Siurua,
Geschäftsführerin von Women on Web.

Foto: Christine Muschi/The Canadian Press/pa

barkeit von Beiträgen und Löschungen von Accounts. Mittels Shadow Banning werden Themen unsichtbar gemacht. Dagegen richtet sich der europäische Digital Services Act (DSA) aus dem Jahr 2024. Er soll die Rechte von Nutzer*innen schützen und mehr Transparenz liefern. Der DSA nimmt explizit die größten privatwirtschaftlichen Anbieter von Plattformen und Suchmaschinen in die Pflicht und schreibt unter anderem einen »Forschungsdatenzugang« fest. Demnach können zivilgesellschaftliche sowie journalistische Organisationen Auswertungsdaten abfragen. Vor fast einem Jahr hat AlgorithmWatch eine solche Massenzugangsanfrage zu Inhalten auf den sechs größten Plattformen, darunter Meta, YouTube, X und LinkedIn, gestellt. Doch bislang blieben die Konzerne die Antwort schuldig. »Wir wissen also immer noch nicht, welche Inhalte viral gehen und warum«, sagt Eva Lejla Podgoršek, die bei AlgorithmWatch für Plattformregulierung zuständig ist. »Wir haben keinen Einblick, wie bestimmte Ergebnisse für uns gefiltert werden, wie wir diese angezeigt bekommen und vor allem, wie wir uns dagegen

wehren können, damit wir tatsächlich die Inhalte erhalten, die vertrauenswürdig sind und nicht Falschinformationen oder Desinformationskampagnen.«

Meinungsfreiheit vs. Big Tech

Die digitale Zensur betrifft nicht nur WoW. »Politisch umstrittene Inhalte, insbesondere solche, die mit Themen wie Abtreibung, Umweltaktivismus oder Antifaschismus in Verbindung gebracht werden, sind zunehmend unerwünscht«, sagt Tom Jennissen, Co-Leiter der Geschäftsstelle der Digitalen Gesellschaft, eines gemeinnützigen Vereins für Bürgerrechte im Bereich Netzpolitik. »Das hat zum einen mit einem globalen Rechtsruck zu tun, aber auch damit, dass solche Themen nicht gerade als Goldesel gelten dürften.« Denn das zentrale Interesse der Konzerne sei Gewinnmaximierung. »Die von diesem Geschäftsmodell getragenen Plattformen könnten nicht weiter von dem Ideal eines freien Meinungsaustauschs entfernt sein«, warnt der Jurist. »Im Gegenteil – sie sind im Kern auf Überwachung und Manipulation ausgerichtet.«

So falle ihm auf, dass es bei zivilgesell-

schaftlichen Initiativen schneller zu Sperren und Kontokündigungen komme als bei konservativen oder rechten Influencer*innen. Nicht nur WoW ist von diesen Maßnahmen betroffen. Nach Angaben des Center for Intimacy Justice, einer Online-Initiative, die sich gegen Zensur weiblicher Gesundheitsthemen einsetzt, werden 76 Prozent der Werbung, die entsprechende NGOs auf Meta beantragen, abgelehnt. Bei TikTok sind es der Untersuchung zufolge 48 Prozent.

Lena Rohrbach, Amnesty-Fachreferentin für Menschenrechte im digitalen Zeitalter, beobachtet, »wie Tech-Konzerne aus den USA zum verlängerten Arm der autoritären Trump-Regierung werden«. Das treffe gerade Themen wie reproduktive Rechte, Sexualität, Verhütung und Geschlecht. Rohrbach warnt: »Big Tech-Unternehmen wie Meta, X oder Google entscheiden durch ihre Monopolstellung faktisch, wie wir unsere Meinungs- und Informationsfreiheit im digitalen Zeitalter wahrnehmen.« Dabei ist der Zugang zu verlässlichen Informationen auch bei sexueller und reproduktiver Gesundheit Teil der Menschenrechte. »Wenn Plattformen, Suchmaschinen oder Regierungen den Zugang beschränken, ist das aus Sicht von Amnesty International eine Menschenrechtsverletzung.«

Women on Web setzt der digitalen Zensur inzwischen ein eigenes Angebot entgegen: »The A-Line« bietet anderen Aktivist*innen Erfahrungen, Taktiken und Tipps bei digitalen Hürden. ♦

www.the-a-line.org

WOMEN ON WEB

Weltweit leben geschätzt 801 Millionen Personen im gebärfähigen Alter in Ländern, die Abtreibung verbieten oder einschränken. Das legen Daten der kanadischen Organisation Women on Web nahe. Das internationale Team der NGO aus Aktivist*innen, Forschenden und medizinischen Fachkräften gibt Unterstützung bei Fragen zum »selbstbestimmten Schwangerschaftsabbruch« und bietet nach eigener Auskunft »zuverlässige, unvoreingenommene und praktische Informationen über Abtreibungspillen«. Als Resultat können nach einer Online-Beratung und einer Überprüfung durch ein medizinisches Team die Pillen zur Abtreibung innerhalb von 24 Stunden nach Hause geschickt werden. Mittlerweile berät Women on Web in insgesamt 16 Sprachen und ist in fast 200 Ländern erreichbar.

www.womenonweb.org/de

»Ich hatte direkten Einblick in einen laufenden Angriff«

Digitale Überwachung und Spionageangriffe treffen vor allem Politiker*innen, Menschenrechtsaktivist*innen oder Journalist*innen. Der Leiter des Security Labs von Amnesty International **Donncha Ó Cearbhaill** erklärt, wie sein Team solche Rechtsbrüche untersucht und wie man sich schützen kann.

Interview: Lena Rohrbach

Du hast kürzlich eine großangelegte Phishing-Attacke mit aufgedeckt. Über die Nachrichten-App Signal wurden die Smartphones von Diplomat*innen, Journalist*innen, Militärangehörigen und Politiker*innen angegriffen. Betroffen war auch Bundestagspräsidentin Julia Klöckner – und du selbst. Was ging dir durch den Kopf, als du den Angriff bemerkst hast?

Ich habe schon viele Angriffe untersucht, war aber nie selbst betroffen. Es war deshalb eine ziemliche Überraschung, als eines Morgens eine angebliche »Signal Support«-Nachricht in meiner App landete. Ich hatte nicht nur den Screenshot eines Angriffs vor mir, sondern direkten Einblick in einen laufenden Angriff. Wir fanden dann heraus, dass die Angreifer Russisch sprachen und dass sie versuchten, in großem Umfang Menschen auszuspionieren, die Zugang zu sensiblen Informationen haben könnten. Zu diesem Zeitpunkt waren das bereits mehr als 13.000 Signal-Nutzer*innen.

Wie untersucht das Security Lab von Amnesty eine Attacke mit Spionagesoftware?

Wir haben in den vergangenen zehn Jahren auf Basis zahlreicher von uns untersuchter Fälle eine eigene Methodik zur

Analyse von Spionagesoftware, also Spyware, entwickelt. Anfangs waren wir darauf angewiesen, dass Betroffene Anzeichen verdächtiger Aktivitäten bemerkten und an uns weiterleiteten. Wir versuchten dann herauszufinden, ob es sich um Spam, Cyberkriminalität oder eben einen Spyware-Angriff handelte. Das funktioniert gut, solange Spyware hauptsäch-

lich über schädigende Links verbreitet wurde, die Betroffene anklicken mussten, um sie zu aktivieren. Doch dann wurde Spyware wie zum Beispiel Pegasus des Unternehmens NSO Group zunehmend über sogenannte Zero-Click-Angriffe installiert, die auch ohne Klick der Zielperson funktionieren. Wir mussten also unser Vorgehen überdenken, weil es in



solchen Fällen kein offensichtliches Warnsignal für Betroffene gibt. Uns wurde klar, dass wir gezielt nach Aktivist*innen, Journalist*innen und anderen Personen suchen müssen, die wahrscheinlich im Fokus solcher Angriffe stehen würden – also Personen, die aufgrund ihrer Arbeit ohnehin häufig Bedrohungen, Verleumdungskampagnen oder rechtlichen Schikanen ausgesetzt sind. Manchmal entdecken wir bekannte Spyware-Links in Datenbanken oder ungewöhnliche Einträge in den Systemprotokollen eines Geräts. Wir suchen nach Spuren, die auf einem normalen Android- oder iPhone-Gerät nicht auftauchen sollten. Anhand welcher konkreten digitalen Spuren wir Spyware wie Pegasus erkennen, hat sich im Lauf der Zeit verändert. Inzwischen warnen auch Unternehmen wie Apple und Meta Nutzer*innen, wenn sie vermuten, dass diese Ziel von Spyware geworden sein könnten. Das ist enorm hilfreich für unsere Arbeit.

Deine Arbeit war grundlegend für das Pegasus-Projekt, das 2021 enthüllte, wie die Spionagesoftware für Menschenrechtsverletzungen genutzt wird. Führt dies zu Konsequenzen?

Durch das Pegasus-Projekt wurde der Öffentlichkeit bewusst, wie verbreitet und drastisch das Problem ist. Ob Oppo-

sitionspolitiker*innen in Polen, Journalist*innen in Ungarn oder studentische Aktivist*innen in Indien – alle können potenziell überwacht werden. Selbst wenn man nicht persönlich betroffen ist, wirkt es einschüchternd, wenn sensible Informationen von Anwält*innen gehackt oder private Nachrichten von Journalist*innen geleakt werden. Wir haben auch gezeigt, dass die Bedrohung Ländergrenzen überschreitet, selbst wenn die eigene Regierung diese Werkzeuge nicht missbraucht. Zugleich wurden Regierungen, die das taten, kaum zur Rechenschaft gezogen. Immerhin wurden Personen, die für den Einsatz der Predator-Spyware des Unternehmensverbunds Intellexa in Griechenland verantwortlich waren, verurteilt. Die Regierung und die Geheimdienste haben aber jegliche Mitverantwortung bestritten. Es gibt eine große Lücke beim Rechtsschutz. Um diese zu schließen, müssten Regierungen ernsthaft aufklären, Transparenz herstellen und die Betroffenen entschädigen.

Wie sieht die Zukunft digitaler Überwachung aus?

Wir werden das Problem nie ganz lösen. Während Tech-Firmen und Expert*innen Wege finden, um Geräte besser zu schützen, suchen die Angreifer*innen nach neuen Taktiken. So wird inzwischen die physische Infektion häufiger genutzt: Wenn zum Beispiel ein*e Aktivist*in bei einem Protest festgenommen wird, kann die Polizei das Telefon beschlagnahmen und Spyware installieren. Unsere Recherchen haben gezeigt, dass das zahlreichen Umweltaktivist*innen und Studierenden in Serbien passiert ist. In Deutschland ist es manchen Polizeibehörden unter bestimmten Voraussetzungen erlaubt, in Gebäude einzudringen, um Spyware zu installieren. Wir rechnen damit, dass es künftig mehr Social-Engineering-Angriffe geben wird, also die gezielte Täuschung von Nutzer*innen wie beim Phishing.

Was könnte Menschen besser vor unrechtmäßiger Überwachung schützen?

Dass unsere Geräte infiziert werden können, liegt vor allem auch daran, dass ihre Software in alten und unsicheren Programmiersprachen geschrieben ist. Das macht es sehr schwer, alle Sicherheitslücken zu finden und zu schließen. Die Hersteller versuchen, kritische Teile des

»Es gibt eine große Lücke beim Rechtsschutz. Um diese zu schließen, müssten Regierungen ernsthaft aufklären, Transparenz herstellen und die Betroffenen entschädigen.«

Donncha Ó Cearbhaill, Amnesty Security Lab

Softwarecodes neu zu schreiben. Aber das in großem Umfang zu schaffen, war bis vor Kurzem unmöglich. Die Entwicklung von KI bringt zwar viele Probleme mit sich, aber durch KI, die auf Programmieren spezialisiert ist, ist es vielleicht endlich möglich, unsichere Software neu zu schreiben. Das könnte sich langfristig sehr positiv auf unsere digitale Sicherheit auswirken.

Was können Nutzer*innen tun, um sich besser zu schützen?

Das Wichtigste ist, alle Updates immer sofort vorzunehmen. Dank automatisierter Angriffe können heute selbst wenig erfahrene Angreifer*innen gezielt Personen attackieren, die veraltete Software verwenden. Meine zweite Empfehlung ist, einen Sicherheitsmodus zu verwenden, wenn er für das Smartphone verfügbar ist – bei Apple den Lockdown Mode, bei Android das Erweiterte Sicherheitsprogramm bzw. den Advanced Protection Mode. Beide blocken viele der häufigsten Angriffsmethoden ab. Zudem würde ich empfehlen, auf Computer und Smartphone einen Werbeblocker zu nutzen, denn Werbung kann Standortdaten und Surfverhalten an Werbenetzwerke und Datenhändler weitergeben. Diese Daten werden immer wieder an Überwachungsfirmen oder staatliche Stellen verkauft. Darüber hinaus sind Werbeanzeigen häufig Einfallstore für Betrugsmaschinen und verleiten Menschen dazu, schädliche Programme zu installieren. Das lohnt sich also – unabhängig davon, ob man sich selbst als Ziel von Überwachung oder Angriffen betrachtet. ♦



Donncha Ó Cearbhaill ist ein irischer Cybersicherheitsforscher und leitet das Security Lab von Amnesty International. Er untersucht digitale Überwachung und gezielte Angriffe auf Journalist*innen, Aktivist*innen und andere zivilgesellschaftliche Akteur*innen.

Foto: Sebastian Gabriel / Hubert Burda Media / pa



**IHRE SPENDE –
UNSERE ARBEIT**



**KRITIK AN DER REGIERUNG
BRINGT MUTTER INS GEFÄNGNIS**



ROKIATOU DOUMBIA

📍 MALI

**NACH SCHEINPROZESS:
8 JAHRE HAFT**



AYACHI HAMMAMI

📍 TUNESIEN

**DEMOKRATIEBEWEGUNG IM KEIM ERSTICKT –
AKTIVIST HART BESTRAFT**



OWEN CHOW

📍 HONGKONG

**EINSATZ FÜR KINDER FÜHRT
ZU ANKLAGE WEGEN TERRORISMUS**



MARWA ARAFA

📍 ÄGYPTEN

MACH MIT BEIM BRIEFMARATHON

Der Amnesty-Briefmarathon ist die größte Menschenrechtsaktion der Welt. Egal, wie du mitmachst: Du kannst Menschen auf der ganzen Welt befreien, ihre Rechte sichern, ihnen Hoffnung geben und sogar ihr Leben retten. Wenn dein Brief oder deine Mail mit Hunderttausenden anderen aus aller Welt ankommt, kann deine Botschaft viel bewegen. Jeder Brief zählt! Denn jeder Brief kann dabei helfen, Folter zu verhindern, Menschen vor unfairen Prozessen zu schützen und Leben zu retten.

Die unzähligen Briefe zeigen den Betroffenen und ihren Familien, dass sie nicht allein sind. Und sie machen Regierungen Druck.

**AMNESTY
INTERNATIONAL**



**KORRUPTIONSKRITIKERIN
IN HAFT**

RUTH LÓPEZ
📍 **EL SALVADOR**

**INDIGENE AKTIVISTIN
VERFOLGT UND ANGEKLAGT**

DARIA EGEREVA
📍 **RUSSLAND**

**VERSCHLEPPT UND VERSCHWUNDEN, WEIL ER
DIE REGIERUNG KRITISIERT HAT**

HUMPHREY POLEPOLE
📍 **TANSANIA**

**LANGE HAFTSTRAFEN SOLLTEN SIE
ZUM SCHWEIGEN BRINGEN**

**IMAAAN MAZARI-HAZIR
UND HADI ALI CHATTHA**
📍 **PAKISTAN**

SCHREIB FÜR FREIHEIT

BRIEFMARATHON
12. 11. – 22. 12. 2026
SEI DABEI!



Schreib für Freiheit – jeder Brief zählt!
amnesty.de/briefmarathon



Geschichte eines Rechtsbruchs

Nach der Machtübernahme der Taliban versprach die deutsche Bundesregierung gefährdeten Afghan*innen und Ortskräften, die für deutsche Einrichtungen gearbeitet hatten, Schutz. Doch als Alexander Dobrindt Bundesinnenminister wurde, zog er die Aufnahmezusagen zurück. Wie Hunderte andere sitzen Majid und seine Familie seither in Pakistan fest – und kämpfen vor deutschen Gerichten.

Von Christian Jakob (Text) und Abdul Majeed Goraya (Fotos)

Er wolle in der Nacht sprechen, schreibt Majid in einer WhatsApp-Nachricht. Tagsüber kümmere er sich um seinen Vater, der krank sei, und um seine Kinder. Ihnen müsse er vieles erklären. Das Wichtigste sei, »die Stimmung nicht kippen zu lassen«. Kaum etwas dürfte in Majids Lage schwieriger sein. Er und seine Familie sitzen in Peschawar fest, einer Stadt im Nordosten Pakistans, nur wenige Kilometer von der Grenze zu Afghanistan entfernt. Wenn dort die Nacht anbricht und seine Familie schläft, erzählt Majid von seiner Situation. Sein Englisch ist gut, die Videoverbindung stabil. Er heißt anders, möchte aber seinen Namen nicht öffentlich genannt wissen.

Majid studierte in Masar-e Scharif, ganz im Norden Afghanistans, Wirtschaft. Ab 2008 arbeitete er für verschiedene Nichtregierungsorganisationen. Masar-e Scharif war während jener 20 Jahre, in denen westliche Staaten versuchten, die Taliban von der Macht in Afghanistan

fernzuhalten, einer der wichtigsten Stützpunkte der Bundeswehr sowie deutscher Organisationen. Majid arbeitete für vom Westen finanzierte NGOs, etwa die Afghan Human Rights Research and Advocacy Organization. Deren Website ist heute tot, »dauerhaft geschlossen« heißt es auf Google Maps. Oder die Afghan Women Right Organization, deren Webseite noch online ist. Einer der letzten Blogeinträge lautet: »Wir hören Eure Gebete.«

Nach der Machtübernahme der Taliban im August 2021 beschloss die damalige Bundesregierung nach und nach vier Aufnahmeprogramme für ehemalige Ortskräfte und gefährdete Afghan*innen: das »Ortskräfteverfahren«, die »Menschenrechtsliste«, das »Überbrückungsprogramm« und das »Bundesaufnahmeprogramm«. Tausende Afghan*innen konnten auf diesem Weg nach Deutschland einreisen. Doch im Juli 2025 stoppte der frisch ins Amt gekommene Bundesinnenminister Alexander Dobrindt (CSU) die Aufnahmeprogramme. Diese würden »aktuell abgewickelt«, heißt es heute auf der Website des Ministeriums. Fast die Hälfte der 2.308 Afghan*innen, die zum Zeitpunkt der Regierungsübernahme von Union und SPD mit einer Aufnahmezusage aus Zeiten der Vorgängerregierung in Pakistan lebten, durften plötzlich nicht mehr nach Deutschland kommen. Zu ihnen gehören Majid und seine Familie.

Eines der Projekte, für die er gearbeitet

hatte, wurde vom Auswärtigen Amt, der Kreditanstalt für Wiederaufbau und der Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) finanziert. Den Taliban galt Arbeit für solche Projekte als Verrat. Als sie an die Macht kamen, empfahl unter anderem ein früherer Vorgesetzter Majids bei der GIZ, ihn »aus dringenden humanitären Gründen« in Deutschland aufzunehmen. Der deutsche Konsul in Masar-e Scharif leitete die Empfehlung weiter, berichtet Majid. Am 29. Januar 2024 bekam Majid die Zusage, bei der Deutschen Botschaft in Islamabad vorzusprechen zu dürfen. Die GIZ organisierte die Ausreise. Im Frühjahr flog er mit sechs seiner Familienmitglieder aus Masar-e Scharif nach Pakistan. Von dort aus könne die Familie über das Ortskräfteprogramm nach Deutschland ausreisen, hieß es. Zuvor müssten allerdings noch Sicherheitsüberprüfungen abgeschlossen werden. Danach sollten die Visa folgen, dann die Tickets.

Von Islamabad nach Peschawar

Mitte 2025 schloss die pakistanische Regierung die Unterkunft in Islamabad, in der Majids Familie und Hunderte weitere Afghan*innen auf ihre Ausreise nach Deutschland warteten. Die GIZ brachte sie in einem Hotel in Peschawar unter.

*»Alle hatten Zusagen, alle wurden widerrufen.«
Majid über die Situation
von 187 Afghan*innen
in Peschawar*

Zunächst mussten sich Majid und seine sechs Familienmitglieder zwei Zimmer teilen, später hatten sie mehr Platz. Dreimal am Tag gab es Essen aus der Hotelküche. Das Internet funktionierte, Bargeld gab es nicht. »Zero cash«, sagt Majid. »Wir können nichts selbst kaufen.« Das Hotel verlassen durften sie nur in Notfällen, etwa für einen Krankenhausbesuch.

Das größte Problem sei die Lage seiner Kinder, sagt Majid. Seit 2024 können sie keine Schule besuchen. Ein Privatlehrer, den er anfangs fand, sei nicht mehr da. »Wir können mit der GIZ nur per E-Mail in Kontakt treten, wir wissen nicht, wo die zuständigen Mitarbeiter sind.« Fragte er bei der GIZ nach, wie es weitergehe, bekam er stets dieselbe Antwort: Man habe keine Informationen, mit der Aufnahmeentscheidung habe man nichts zu tun. Der Kontakt zur Deutschen Botschaft war komplett abgerissen. Dass Dobrindt die Aufnahmezusagen zurücknehmen wollte, erfuhr Majid von ehemaligen Kollegen, die mittlerweile in Deutschland leben.

Nach der Machtübernahme der Taliban gründeten Aktivist*innen den Verein Kabul Luftbrücke. »Wir wollten nicht zusehen, als die Bundesregierung ihrer Verantwortung gegenüber bedrohten Afghan*innen nicht gerecht wurde«,

heißt es in deren Selbstdarstellung. »Damals haben wir angefangen, gefährdete Afghan*innen nach Deutschland zu evakuieren – und tun das bis heute.« Die Kabul Luftbrücke macht deutsche Medien immer wieder auf die Lage der noch immer mehr als 600 Afghan*innen in Pakistan aufmerksam. Ende 2025 reiste ein ARD-Team nach Peshawar und interviewte einige der Wartenden.

Nachdem Dobrindt die Aufnahmezusagen widerrufen hatte, sammelte der Verein mehr als 100.000 Euro an Spenden. Gemeinsam mit der Gesellschaft für Freiheitsrechte organisiert die Kabul Luftbrücke nun die juristischen Klagen von Menschen, deren Aufnahmezusage zurückgezogen wurde. Majid gehört zu ihnen. Der Kontakt zum Anwalt bestehe per Mail, berichtet Majid. »Er hält uns auf dem Laufenden.« Doch genaue Informationen gebe es nicht. »Niemand kann sagen, wie das ausgeht.«

Anfang November 2025 erhielt Majid die erste offizielle Mail aus Deutschland. Wenn er nicht weiter versuche, die von der Ampelregierung in Aussicht gestellte Aufnahme in Anspruch zu nehmen, bekomme er 13.000 Euro, falls die Familie nach Afghanistan zurückkehre oder in ein anderes Land ausreise – für das sie

Bereits Ende 2023 kündigte Pakistans Regierung an, möglichst viele Afghan*innen abzuschieben.

sich aber selbst ein Visum beschaffen müsse. Zwischen November und Dezember 2025 kamen vier weitere E-Mails mit demselben Angebot, berichtet er. In ein Drittland auszureisen, sei aussichtslos, glaubt Majid. »Wo sollen wir denn hin?« Kein Land werde ihnen ein Visum geben. Nachdem er das Angebot zweimal abgelehnt hatte, hob das Bundesinnenministerium im Dezember 2025 die Aufnahmezusage auf. 187 Menschen seien damals in dem Hotel in Peshawar gewesen, ehemalige Ortskräfte wie er, Journalist*innen und Angehörige der Justiz. »Alle hatten Zusagen, alle wurden widerrufen.«

Auch das noch: Ein Grenzkonflikt

Aber auch Pakistan will Menschen wie Majid nicht mehr im Land haben. Bereits Ende 2023 kündigte die Regierung an, Afghan*innen massenhaft abzuschieben.

**Einkaufen als Abwechslung:
Majid in den Fluren des Hotels.**





Immerhin Internet: Majid im Austausch mit deutschen Behörden und dem Anwalt.

Schätzungen zufolge wurden seither mindestens Hunderttausende Afghan*innen zur Rückkehr gezwungen; das Afghanistan Analysts Network nennt sogar die Zahl von zwei Millionen Menschen. Im Juli 2025 stoppte die Regierung die Visa-verlängerung aller legal in Pakistan lebenden Afghan*innen. Auch die Visa von Majid und seiner Familie wurden nicht verlängert. Im Dezember 2025 gab es die erste Polizeirazzia im Hotel. Bis Februar folgten drei weitere Razzien. »Uns haben sie nicht geholt, aber andere«, sagt Majid.

Im Netz sucht er nach Online-Unterstützung für die Kinder. Und er begleitet seinen Vater zu Behandlungen ins Krankenhaus. Zwischendurch ruft ihn der Vater eines afghanischen Freundes an, der als Ortskraft für die USA tätig war. Nun sitzt der in Pakistan im Gefängnis und wartet auf seine Abschiebung. Und es gibt weitere Probleme: Schon lange schwelten Feindseligkeiten zwischen den islamistischen Taliban in Afghanistan und dem Nachbarland Pakistan. Im Februar 2026 eskalierte die Situation. Die Armeen beider Staaten griffen sich gegenseitig an. Pakistans Verteidigungsminister Khawaja Asif sprach von einem »offenen Krieg« mit dem Nachbarland. Der Krieg sei nun deutlich zu spüren, sagte Majid Ende März während eines Gesprächs. »Die

Spannungen nehmen zu.« Es gebe viele Gerüchte. Wer untergetauchte Afghan*innen der pakistanischen Polizei melde, bekomme 10.000 Rupien Kopfgeld, heißt es. Dass Menschen in dem Hotel in Peschawar auf ihre Ausreise nach Deutschland warten, sei den Behörden zwar bekannt. Doch wer weiß, ob sie das weiterhin schützen, sagte Majid.

Wenige Tage später schickte er eine WhatsApp-Nachricht. Es ist der Text einer neuen E-Mail, die die GIZ an die Wartenden verschickte: Wer keine gültige Einreiseerlaubnis nach Deutschland habe oder kein laufendes Verfahren bei der Deutschen Botschaft in Islamabad nachweisen könne, dessen Unterstützung werde »voraussichtlich eingestellt«. Wer nach Afghanistan oder legal in ein Drittland ausreise, könne weiterhin Hilfe bekommen. »Nach der Ankunft in einem Drittland kann nach einer individuellen Prüfung eine zusätzliche einmalige finanzielle Unterstützung gewährt werden.« Konkrete Beträge nannte das Schreiben nicht. Wer nach Afghanistan gehe, bekomme neben einer einmaligen finanziellen Unterstützung »gegebenenfalls Unterkunft, Verpflegung sowie medizinische und psychosoziale Betreuung für bis zu drei Monate«. Zunächst bot die GIZ an, einen Flug mit »KamAir (Direktflug)« nach

Kabul zu buchen. »Genaue Details erhalten Sie nach der Buchung der Tickets. Die Kosten für die Ausreisegenehmigungen, die Flugtickets und den Flughafentransfer werden übernommen. Der Flug wird voraussichtlich in den kommenden Wochen stattfinden.« Das Angebot gelte bis »Dienstag, 31.03., 17:00 Uhr.« Ansonsten ende die derzeitige Unterstützung »spätestens am Dienstag, den 7. April 2026.« Die Mail endete »Mit freundlichen Grüßen, AFG-PAK-Einsatzgruppe«. Doch weil die Visa der Familie ausgelaufen waren, konnte sie keinen Flug mehr antreten und hätte über den gefährlichen Landweg zurückkehren müssen.

Das Angebot sei »eine Form von Erpressung«, sagt Theresa Bergmann, Asienreferentin von Amnesty International in Berlin. »Menschen werden gezwungen, zwischen Geld und Überleben zu wählen.«

Immer umfangreichere Sicherheitsprüfungen

Die GIZ verweigert auf Anfrage jede Auskunft und verweist an die Bundesregierung. Im März hatte der frühere Direktor für Sicherheits- und Risikomanagement



Bewaffneter Wachdienst:
Hotel in Peshawar.

der GIZ in Afghanistan, Michael Rohschürmann, der Bundesregierung vorgeworfen, Ortskräfte und andere gefährdete Afghan*innen im Stich gelassen zu haben. Die Menschen seien in Pakistan »sich selbst überlassen«, schrieb Rohschürmann in der Tageszeitung Die Welt. Es gebe für sie keinerlei psychologische Betreuung. Die Menschen, die nicht schon vorher traumatisiert waren, seien es jetzt. Das nehme er allen Beteiligten der vorherigen und der aktuellen Bundesregierung übel.

Viele, die sich schon lange mit diesen Fällen befassen, sagen, dass die Unterstützung für die Aufnahme von Afghan*innen bereits im März 2023 deutlich nachgelassen habe. Damals erhob das Magazin Cicero den Vorwurf, die Bundesregierung hole »Scharia-Richter« nach Deutschland (siehe Amnesty Journal 04/23). Das Blatt berief sich auf den Brief eines deutschen Diplomaten aus Islamabad an das Auswärtige Amt. Demnach seien rund die Hälfte der afghanischen Justizangehörigen, deren Aufnahme in Deutschland geplant sei, »keine Richter und Staatsanwälte mit klassischer Ausbildung«, sondern »Absolventen von Koranschulen«.

Cicero machte daraus »Islamisten«, und schnell fanden sich Unionspolitiker*innen, die der damaligen Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) vorwarfen, »unsere Sicherheitsinteressen« zu vernachlässigen. Weitere Belege gab es nicht.

Auch die Anschläge in Mannheim im Mai 2024 und in Solingen im August 2024 wirkten sich auf die gesellschaftliche Atmosphäre aus. Der Druck des Bundesinnenministeriums auf das Auswärtige Amt habe sich in der Folge erhöht, sagt Theresa Bergmann. »Es wurden immer umfangreichere Sicherheitsprüfungen verlangt, man hat es immer schwerer gemacht.«

Im Fall Majids ergab die Sicherheitsprüfung keine Bedenken. Doch Dobrindt fühlte sich an die Zusagen seiner Vorgängerin schlicht nicht mehr gebunden. Im Frühjahr 2026 klagte Majid darauf, dass das Auswärtige Amt seiner Familie Visa für die Einreise nach Deutschland ausstellen müsse. Bis März wurden in Deutschland mindestens 501 Klagen gegen die vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge widerrufenen Aufnahmezusagen eingereicht.

Das Berliner Verwaltungsgericht gab Majid in erster Instanz recht. Der Rechtsstreit ging vor dem Oberverwaltungsgericht (OVG) Berlin-Brandenburg weiter.

Dieses Gericht gab im März 2026 im Kern der aktuellen Bundesregierung recht: Sie dürfe Afghan*innen eine sogenannte Aufnahmeerklärung gemäß Paragraf 22 des Aufenthaltsgesetzes, die die Ampelregierung aus »dringenden humanitären Gründen« gewährt habe, wieder entziehen.

Nach dieser Entscheidung stoppte die GIZ die Unterstützung für Majids Familie. Sie musste die Hotelkosten selbst bezahlen. Nachdem sein Anwalt Widerspruch gegen das Urteil eingelegt hatte, zahlte die GIZ dann doch weiter. Majids Fall liegt nun dem Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe vor, dort wurden bis Ende Juli 2026 rund 30 weitere Klagen von ehemaligen Ortskräften und anderen Betroffenen eingereicht.

Ständig neue Razzien

In dem Hotel in Peshawar kam es zuletzt immer wieder zu Razzien. Majid konnte zum Glück eine Bestätigung vorzeigen, die belegt, dass seine Familie weiterhin von Deutschland finanziell unterstützt wird. »Die Polizisten sagten, sie würden das mit der zuständigen Behörde klären.« Inzwischen musste die Familie, aus Gründen, die hier zu ihrer Sicherheit nicht näher benannt werden, in ein anderes Hotel in Peshawar umziehen.

»Niemand kommt mehr rein, egal um welchen Preis.«

Theresa Bergmann,
Amnesty Deutschland

Auch hier leben Majid und seine Angehörigen wie eingesperrt, denn ihre Visa sind ausgelaufen, die pakistanische Regierung verlängert sie nicht. Geraten sie außerhalb des Hotels in eine Polizeikontrolle, droht ihnen die Abschiebung. »Die Kinder können ins Restaurant im Erdgeschoss gehen, sonst nirgendwohin«, sagt Majid. Seine Schwester sei in einem fragilen psychischen Zustand. Schon 2015 hatte die Familie versucht, sie für eine medizinische Behandlung nach Deutschland zu bringen. Ohne Erfolg. »Als sie 2024 hörte, dass wir vielleicht in Deutschland aufgenommen werden, war sie die Glückliche in unserer Familie«, sagt er. Das Warten mache ihr nun umso mehr zu schaffen.

Ende Juni 2026 setzte die pakistanische Regierung allen Afghan*innen ohne Visum eine letzte Frist. Bis zum 10. Juli

müssten sie das Land verlassen haben. Danach würde die Polizei mit Razzien nach Afghan*innen suchen und diese abschieben. Die Frist verstrich, Majids Familie geschah nichts. Aber bleibt das auch so?

Ein Sprecher des Bundesinnenministeriums teilte Mitte Juli auf Anfrage mit, dass alle Anträge aus dem »Ortskräfteverfahren«, der »Menschenrechtsliste« und dem »Überbrückungsprogramm« abgearbeitet seien. Lediglich aus dem Bundesaufnahmeprogramm würden noch Anträge von etwa 50 Personen bearbeitet. Bis wann diese abgeschlossen seien, sei offen. In Pakistan würden noch »mehrere hundert Personen« Unterstützungsleistungen erhalten, deren Aufnahmehzusagen oder -erklärungen aufgehoben worden seien. Diese Unterstützung sei vorübergehend und »ein freiwilliges Angebot, auf das kein Anspruch besteht«.

Wenn Gerichte in laufenden Verfahren aber eine Zusicherung für weitere Zahlungen »erbitten« oder eine entsprechende Entscheidung erlassen würden, »kommt die Bundesregierung diesen nach«.

Der Umgang mit den afghanischen Ortskräften zeige, dass die Bundesregierung »den Rechtsstaat aushöhlt«, sagt

Theresa Bergmann. Mit solchen Methoden treibe Bundesinnenminister Dobrindt seine »Migrationswende« voran. »Es ist ganz klar, dass es hier um das Signal geht: Niemand kommt mehr rein, egal um welchen Preis.«

Ende Juli 2026 schickte Majid eines Abends eine aufgeregte Nachricht mit einem Link zu einer Terminankündigung aus Karlsruhe. »Morgen entscheidet das Gericht«, schrieb er.

Am nächsten Tag gab es tatsächlich ein erstes Urteil – im Fall einer anderen Ortskraft. »Auch wenn der Exekutive zulässigerweise ein weiterer Entscheidungsspielraum eingeräumt ist, so ist sie im Rechtsstaat niemals »völlig frei«, hieß es darin. »Sie ist an allgemeine rechtsstaatliche Grundsätze wie das Willkürverbot gebunden.« Soll heißen: Dobrindt durfte die Zusagen für die afghanischen Ortskräfte nicht pauschal zurückziehen. Er hätte dies individuell begründen müssen.

Doch wie die Regierung den Beschluss aus Karlsruhe auslegen wird, und wie sie die Ablehnungen in den Einzelfällen begründen wird, ist offen.

Majid setzt nun alle Hoffnung auf ein Urteil aus Karlsruhe in seinem Fall. Ob und wann das kommt, ist offen. »Jetzt können wir nur noch warten«, sagt er. ♦



Neue Unterlagen, weiter warten:
Majid in der Hotelbar.



GRAPHIC REPORT: WESTJORDANLAND

Alles Palästinensische auslöschen

Von Oliver Grajewski

Israelische Siedler*innen terrorisieren palästinensische Gemeinschaften im Westjordanland mit Überfällen auf Dörfer und Häuser.



GRAPHIC REPORT: WESTJORDANLAND

Alles Palästinensische auslöschen

Von Oliver Grajewski

Israelische Siedler*innen terrorisieren palästinensische Gemeinschaften im Westjordanland mit Überfällen auf Dörfer und Häuser.



GRAPHIC REPORT: WESTJORDANLAND

Alles Palästinensische auslöschen

Von Oliver Grajewski

Israelische Siedler*innen terrorisieren palästinensische Gemeinschaften im Westjordanland mit Überfällen auf Dörfer und Häuser.

Diese gewaltsame Vertreibung geht aus einem Bericht hervor, ...

... den Amnesty International im Juni 2026 veröffentlichte ...

Diese gewaltsame Vertreibung geht aus einem Bericht hervor, ...

... den Amnesty International im Juni 2026 veröffentlichte ...

... und der belegt, wie israelische Behörden die Annexion des Westjordanlandes...

... mit einer staatlich gesteuerten Politik ethnischer Säuberung beschleunigen.

... und der belegt, wie israelische Behörden die Annexion des Westjordanlandes...

... mit einer staatlich gesteuerten Politik ethnischer Säuberung beschleunigen.

... und Zwangsvertreibungen von Palästinenser*innen aus der Zone C ermöglicht.

Dieses Gebiet umfasst mehr als 60 Prozent des besetzten Westjordanlandes.





In Khirbet Zanuta betrieben palästinensische Beduin*innen unter der militärischen und administrativen Kontrolle Israels jahrelang Viehzucht und Landwirtschaft.

New structures and roads



Satellitenbilder, Interviews und digitale Beweise belegen seit März 2025: ...

... Khirbet Zanuta existiert nicht mehr. Das Dorf wurde zerstört, die Menschen wurden von Siedler*innen vertrieben.



Amnesty untersuchte 27 Beduin*innen- und Hirt*innengemeinschaften in Zone C, die zwischen 2023 und 2025 vertrieben wurden oder von Vertreibung bedroht sind.



Außerdem analysierte Amnesty mehr als 420 Videos und Bilder sowie amtliche Dokumente und Gerichtsakten und sprach mit zahlreichen Palästinenser*innen.



Amnesty fordert, dass Staaten mit Einfluss auf Israel jeglichen Handel und jede Form von finanzieller Unterstützung beenden.

Den ganzen Bericht finden Sie unter [amnesty.de/westjordanland](https://www.amnesty.de/westjordanland)



GEORGIEN

Kafka in Tbilisi

Seit fast zwei Jahren sitzt der georgische Schauspieler Andro Chichinadze in Haft. Er hatte Ende 2024 gegen den prorussischen Kurs der Regierung protestiert. Tausende wurden damals verletzt oder festgenommen.

Aus Tbilisi von Tigran Petrosyan

»Ich stehe hier für Georgiens europäische Zukunft.« Andro Chichinadze

Die Notlüge, die Lika Guntsadze ihrem Enkel seit fast zwei Jahren erzählen muss, schmerzt: »Dein Vater ist in Frankreich und dreht einen Film.« Der Junge ist inzwischen fünf Jahre alt, er will wissen, wo sein Vater, der Schauspieler Andro Chichinadze, ist. Das letzte Mal hat er ihn 2024 gesehen.

Sein Vater steht jedoch nicht vor einer Filmkamera in Frankreich, sondern sitzt in einem georgischen Gefängnis. Im Dezember 2024 wurde der inzwischen 30-jährige Chichinadze in der georgischen Hauptstadt Tbilisi festgenommen. »Kollektive Störung der öffentlichen Ordnung« lautete die Anklage, die neben ihm 18 weitere Personen betraf. Am 3. September 2025 verurteilte ihn ein Gericht zu zwei Jahren Haft.

Der wahre Grund für Chichinadzes Verurteilung ist ein anderer: Wie Tausende Georgier*innen lehnte auch er die Entscheidung der prorussischen georgischen Regierung ab, den EU-Beitrittsprozess auszusetzen. Zudem wollte die Regierung mit Zensurmaßnahmen auch die Kulturszene des Landes auf einen russlandfreundlichen Kurs bringen. Deshalb ging Chichinadze im November und Dezember 2024 auf die Straße. »Ich stehe hier gemeinsam mit meinen Freunden für Georgiens europäische Zukunft«, sagte der Schauspieler vor dem Parlamentsgebäude an der Rustaweli-Allee im Zentrum der Hauptstadt. »Heute muss landesweit gestreikt werden, damit diese Zukunft nicht gefährdet wird.« Das Online-Medium On.ge verbreitete seine Worte. Am nächsten Tag wurde er inhaftiert.

Die georgischen Sicherheitskräfte gingen brutal gegen die proeuropäischen Proteste vor. Tausende Menschen wurden verletzt oder festgenommen. Viele von ihnen sitzen bis heute im Gefängnis. Menschenrechtsorganisationen wie Amnesty International bewerten das Verfahren gegen Andro Chichinadze und andere Demonstrant*innen als politisch motiviert.

Chichinadze ist desillusioniert und zog in seinem Prozess Vergleiche zu Franz Kafkas Roman »Der Prozess«. Wie Josef K. stehe auch er vor Gericht, ohne zu begrei-

fen, weshalb und was mit ihm eigentlich geschehe. »Der Roman handelt von Unwissenheit, vom Gefühl der Absurdität«, sagte Chichinadze im Gerichtssaal. »Ich habe mich immer gefragt, wie sich dieses Gefühl in der Wirklichkeit anfühlt – und nun habe ich es erlebt.«

Für seine Mutter Lika Guntsadze ist all das kaum zu begreifen. »Ich denke ständig, dass ich gleich aufwache und alles vorbei ist«, sagt sie. »Aber leider ist es nicht so. Inzwischen leben wir in einer Diktatur.« Etwas Hoffnung geben ihr die Gefängnisbriefe, die sich auf dem Couchtisch stapeln, die kleinen Herzen, die ihr Sohn fast am Ende jeder Seite zeichnet, seine Handschrift und die Anrufe aus seiner Zelle, die teils nur wenige Sekunden dauern dürfen. Seine Stimme und sein Tonfall würden ihr alles bedeuten, sagt sie, denn daran erkenne sie, wie es ihm wirklich gehe.

Im Dezember jährt sich Chichinadzes Inhaftierung zum zweiten Mal. Wenn die Behörden keine Vorwände finden, könnte er dann das Gefängnis verlassen. Aber wer kann das schon wissen? »Ich weiß nicht, welche Provokation sich die Regierung noch einfallen lassen könnte«, sagt seine Mutter.

Theater wird zum Protestzentrum

Auch seine Freund*innen vermissen Chichinadze. »Andro musste nie laut sein, um aufzufallen«, sagt sein Schauspielkollege Kakha Kintsurashvili. »Er hat eine besondere Ausstrahlung, durch die sich die Blicke der Menschen fast wie von selbst auf ihn richten.« Chichinadze war nicht nur politisch engagiert. Als Freiwilliger der georgischen Stiftung Laughter Therapy besuchte er, verkleidet als Clown, Kinderkrankenhäuser, vor allem Krebsstationen.

Kintsurashvili und Chichinadze sind seit 2023 befreundet. Noch kurz vor Chichinadzes Inhaftierung standen sie gemeinsam auf der Bühne des Wasso-Abaschidse-Theaters in Tbilisi. Das Stück »Ich sterbe wie ein Land« handelte von Besatzung, Staatszerfall und der untrennbaren Verbindung von Demokratie, Staatlichkeit und Menschenrechten. In einer Schlüsselszene zerschlug ein Schauspieler einen Fernseher und brachte einen georgischen Politiker damit symbolisch zum Schweigen.

Nach Chichinadzes Inhaftierung wurde das Theater zu einem Zentrum des Protests. Gemeinsam mit Schauspie-

ler*innen, Regisseur*innen und anderen Kulturschaffenden forderte Kintsurashvili die Freilassung seines Kollegen. »Wir protestieren nicht, weil Andro unser Freund ist, sondern weil er unschuldig ist.« Das Ensemble streikte, zog mit einem Manifest durchs Land und machte mit Szenen aus dem Stück »Ich werde das Meer überqueren« auf die politische Lage aufmerksam. Darin kämpfen sowjetische Dissident*innen um ihre Freiheit.

Mehr als ein Jahr lang hing Chichinadzes Porträt mit dem Spruch »Freiheit für die Gefangenen des Systems!« an der Fassade des Theaters. Als die Behörden das Banner im Februar 2026 trotz des Widerstands des Ensembles entfernen ließen, verließen Kintsurashvili und weitere Schauspieler das Theater.

Der Schauspieler Irakli Kvirikadze hat Chichinadze bei gemeinsamen Dreharbeiten und im Ferienort Gudauri im Kaukasus besser kennengelernt, bei langen Gesprächen und reichlich Wein: »Er ist sehr solidarisch mit anderen Menschen. Gerade für einen Künstler halte ich das für eine besonders wichtige Eigenschaft.« Die Kulturszene sei wichtig, sagt er, denn »Kunst ist immer ein Akt der Befreiung«. Sie befreie den Menschen, während Zensur das genaue Gegenteil bewirke. Deren Folgen seien im Kulturbetrieb des Landes längst sichtbar. »Alles, was die regierende Partei »Georgischer Traum« kritisch hinterfragt, wird unterdrückt.«

Inzwischen hat die Regierung auch Kvirikadze im Visier. Wegen seiner Teilnahme an den Protesten belegten ihn die Behörden mit einer Geldstrafe von rund 15.000 Euro. Weil er die Summe nicht zahlte, wurden seine Bankkonten gesperrt. »Vielleicht muss ich stattdessen einige Wochen ins Gefängnis«, befürchtet er. Von der prorussischen Regierung lässt sich Kvirikadze trotzdem nicht einschüchtern. Fast täglich geht er vor das Parlamentsgebäude und demonstriert für eine offene Gesellschaft und einen proeuropäischen Kurs. Den Mut dazu gebe ihm Chichinadze, sagt er. »Er hat gezeigt, dass man standhalten kann. Dadurch haben wir anderen verstanden, dass auch wir dazu fähig sind.« ♦

Sie fordern die Freilassung von Andro Chichinadze und anderen Inhaftierten. Demonstrant*innen in Tbilisi, Januar 2025.

Foto: Jerome Gilles / NurPhoto / pa

»Mir war klar, dass man uns nicht vergisst«

Mehr als drei Jahre verbrachte **Nasta Loika** in belarusischer Haft, teilweise in Isolationszellen. Im März 2026 kam sie im Zuge von Verhandlungen zwischen den USA und Präsident Aljaksandr Lukaschenka gemeinsam mit 250 weiteren politischen Gefangenen vorzeitig frei. Ein Gespräch mit der Menschenrechtsverteidigerin über den Alltag in der Strafkolonie und ihr neues Leben in Polen.

Interview: Cordelia Dvorák

Nach jahrelanger Haft kamen Sie überraschend frei. Wie haben Sie erfahren, dass es Verhandlungen bezüglich Ihrer Freilassung gab?

Am 18. März gegen sieben Uhr morgens wurde ich aufgefordert, meine Habseligkeiten in der Zelle abzuholen, und am nächsten Tag gegen fünf Uhr nachmittags befand ich mich auf litauischem Boden. Während der gesamten Zeit wusste niemand von uns, was vor sich ging. Erst an der Grenze sagte uns John Coale (der US-Sonderbeauftragte für die Verhandlungen zur Freilassung politischer Gefangener in Belarus, Anm. d. Red.), dass wir nun frei seien. Auf belarusischer Seite blieb mein rechtlicher Status völlig unklar. Mir wurde nur eine Identitätsbescheinigung ausgehändigt, aber kein Pass und kein Entlassungsdokument.

Wie war Ihr Tagesablauf in der Haft?

Die Zeit in der Untersuchungshaft war geprägt von Warten, Angst und Sehnsucht. In der Strafkolonie war man hingegen

mit der Arbeit in der Nähfabrik ausgelastet, sechs Stunden täglich, außer sonntags. Hinzu kamen drei Mahlzeiten, vier Appellrunden, Putzen sowie das obligatorische Fernsehen, vorwiegend belarusisches Staatsfernsehen. Wegen der schlechten Ausstattung der Haftanstalten verbrachte man viel Zeit mit Schlangestehen – vor den Toiletten und den Duschen, zum Wasserkochen und Wäschewaschen.

Wegen welcher Verstöße konnte man zusätzlich bestraft werden?

Das Bestrafungssystem war vollkommen willkürlich. Es war verboten, Essen zu teilen oder gemeinsam zu kochen, doch viele Häftlinge taten es trotzdem. In der Strafkolonie gab es selten offizielle Rauchpausen, sodass viele Häftlinge auf den Toiletten rauchten, was schwere Strafen in Form von drei- bis zehntägiger Isolationshaft nach sich ziehen konnte. Man hatte den Eindruck, dass viele Beamt*innen die Verstöße für ihre Statistiken benötigten, vor allem bei uns »Politischen«.

Was waren die schwierigsten Momente, und was hat Ihnen geholfen, sie durchzustehen?

Das Schlimmste waren die 17 Tage, die ich in einer Strafisolationszelle, genannt

Shizo, verbringen musste, weil es komplette soziale Isolation bedeutete und die Zellenbedingungen furchtbar waren, und auch die sechs Monate, die ich in einer Isolationszelle (PKT) verbracht habe. Angeblich hatte ich mich unhöflich gegenüber der Aufsicht verhalten. Ich glaube, es ging darum, mich vor der Entlassung noch mal zu quälen. Wegen »eines Schlucks Kaffee« landete ich in der Strafisolationszelle, und der Aufenthalt dort wurde wegen »Schlafens in der Zelle« verlängert. Was mir in der Haft geholfen hat, war die gegenseitige Unterstützung unter den Gefangenen. Außerdem Yoga, Atemübungen und die innere Überzeugung, dass alles vorübergehen würde. Ich lernte Gedichte und französische Sätze auswendig und wiederholte sie während der Spaziergänge im Hof und in meiner Zelle.

*»Wegen eines Schlucks Kaffee landete ich in der Strafisolationszelle.«
Nasta Loika*



Nasta Loika (37) ist eine der bekanntesten belarusischen Menschenrechtsanwältinnen, die sich besonders für den Schutz von Minderheiten und Migrant*innen eingesetzt hat. Im Oktober 2022 wurde sie willkürlich festgenommen und im Juni 2023 wegen angeblicher »Aufstachelung zu ethnischer, nationaler, religiöser oder anderer gesellschaftlicher Feindschaft oder Zwietracht« zu sieben Jahren Strafkolonie verurteilt. Das Foto entstand im März 2026 nach ihrer Freilassung.

Foto: Iryna Arekhouskaya

Wussten Sie etwas über die Unterstützung für Sie aus dem Ausland, zum Beispiel durch Aktionen von Amnesty International?

Ich hatte keine Kenntnis über einzelne Kampagnen oder Aktionen, aber aufgrund meiner langjährigen Menschenrechtsarbeit war mir klar, dass man uns nicht vergisst.

Als Menschenrechtsanwältin versuchen Sie, auch den nicht-politischen Mithäftlingen rechtlich beizustehen. Wie sah das konkret aus?

Ich konnte ihnen helfen, sich auf ihre Gerichtsverhandlungen so vorzubereiten, dass sie manchmal mildere Strafen erhielten.

Was sind die größten Missstände im belarusischen Strafvollzug?

Es ist ein überaltetes Strafsystem, das noch aus der Sowjetzeit stammt und in Kombination mit unzureichenden Gesetzen und befängenen Richter*innen ineffiziente und unmenschliche Bedingungen schafft. Die Isolationshaft und die Situation von Minderjährigen sind große Probleme. Ich bin auch zutiefst besorgt über den Umgang mit Suchtkranken, die in der Haft keine Therapie erhalten, und über

die Situation von Frauen, denen häufig jegliche Unterstützung ihrer Familien vorenthalten wird. Es gibt auch viele nicht-politische Fälle, bei denen vor allem geschlechtsspezifische Aspekte eine Rolle spielen.

Warum haben Sie für Ihr erzwungenes Exil Warschau gewählt?

Weil es dort schon viele Unterstützer*innen und Strukturen gibt. In Polen scheint es auch einfacher für uns zu sein, eine neue Staatsbürgerschaft zu erhalten. Ich stehe dort auch im Kontakt zu anderen ehemaligen politischen Häftlingen aus Belarus. Wir unterstützen uns gegenseitig.

Ist Ihre Meinungs- und Reisefreiheit derzeit eingeschränkt?

Ich habe keinen Pass, und solange ich darauf warte, dass über meinen rechtlichen Status als politischer Flüchtling entschieden wird, kann ich nur in Polen bleiben. Ich habe Angst, nach Belarus zurückzukehren, da mir dort wieder Haft drohen könnte. Meine Mutter besucht mich deshalb in Polen. Und ich habe beschlossen, nicht mehr öffentlich über die gegenwärtigen Repressionen in der Haft zu sprechen, um die Risiken für meine Mutter

und die politischen Gefangenen, die sich noch in Belarus befinden, so gering wie möglich zu halten.

Was haben Sie sich für die nähere Zukunft vorgenommen?

Ich möchte meine Erfahrungen aus der Haft nutzen, um die Menschenrechtslage in Belarus zu verbessern. Ich möchte auch dazu beitragen, dass alle anderen politischen Gefangenen freigelassen werden, dass in Belarus tatsächlich eine Gefängnisreform stattfindet und dass die Rechte schutzbedürftiger Gruppen gewahrt werden. Außerdem würde ich gerne promovieren. Und Kurzgeschichten schreiben.

Was wünschen Sie sich für Belarus?

Ich möchte, dass in meinem Land das Recht geachtet wird, dass verantwortungsbewusst mit internationalen Rechtsverpflichtungen und Menschenrechtsgarantien umgegangen wird. In diesem Sinne möchte ich zu einem Wandel beitragen und im Grunde genommen das fortführen, was ich schon mein ganzes bewusstes Leben lang getan habe. ♦

Neokolonialismus in der Petrischale

Die USA unter Präsident Trump streben Gesundheitsdeals mit afrikanischen Staaten an. Diese sollen als Gegenleistung für finanzielle Hilfe Gesundheitsdaten preisgeben, die auf dem Pharmamarkt begehrt sind. **Von Frank Odenthal**



Was der politische Ansatz »America First« der Regierung Trump für die Gesundheitspolitik bedeutet, lässt sich derzeit in afrikanischen Staaten beobachten. Im Januar 2026 wurde der Austritt der USA aus der Weltgesundheitsorganisation WHO wirksam. Bereits 2024 hatte das Land die Zahlung seiner Mitgliedsbeiträge eingestellt. Expert*innen befürchten, dass der Austritt schwerwiegende Folgen hat, unter anderem was die Abwehr von Pandemien und den weltweiten Kampf gegen Krankheiten wie Aids oder Malaria betrifft.

Die USA waren der mit Abstand größte Beitragszahler der WHO, sie hatten etwa ein Fünftel des Budgets getragen. »Es ist nicht nur das Geld, das zur Finanzierung von Gesundheitsprogrammen fehlt, sondern es fehlen auch die Ressourcen der USA im wissenschaftlichen Bereich«, sagt Andreas Wulf, Referent für globale Gesundheit und Nothilfe bei Medico International. »Denn die US-Regierung hat auch die Kooperation mit amerikanischen Forschungsinstituten massiv zurückgefahren.«

Zur »America First Global Health Strategy« gehört auch, dass die USA weltweit einer Reihe von Staaten bilaterale Gesundheitsdeals angeboten haben. 35 Länder haben bis Mitte September 2026 zugestimmt, darunter 24 afrikanische Staaten. Sie sollen in den Genuss von US-Fördergeldern kommen, wenn sie als Gegenleistung ihre eigenen Gesundheitsausgaben teils massiv erhöhen und sensible Gesundheitsdaten, vor allem biologische Proben, die den Menschen in den betreffenden Staaten entnommen wurden, über einen Zeitraum von 20 Jahren und länger an US-amerikanische Forschungsinstitute übergeben.

Die begehrten Datensätze sind von großer Bedeutung für die Entwicklung von Medikamenten und Impfstoffen. Sollten US-Pharmaunternehmen diese herstellen, wäre dies begrüßenswert – sollte man meinen. Doch Oyewale Tomori, nigerianischer Professor für Virologie, der bis vor Kurzem für die WHO arbeitete, warnt: »Den Menschen in Afrika bringen neue Medikamente nichts, wenn die Preise dafür so hoch sind, dass sie sich niemand leisten kann.« Es sei zu befürchten, dass diese Gesundheitsdeals vor allem ein

lukratives Geschäft für die US-Pharmaindustrie seien.

Entsprechend groß ist die Kritik an dem US-Vorhaben: »Die Vereinbarung zum Datenaustausch enthält keine Datenschutzgarantien und wirft ernsthafte Sicherheitsbedenken auf. Durch den direkten Zugriff auf nationale Datenbanken, die möglicherweise personenbezogene Daten enthalten, werden sensible Informationen einem potenziellen Risiko für Missbrauch ausgesetzt«, warnten bereits Ende 2025 mehr als 50 afrikanische und internationale zivilgesellschaftliche Organisationen in einem offenen Brief an die Regierungen der Afrikanischen Union.

USA wollen Zugriff auf Rohstoffe

Wie diese bilateralen Verträge aussehen können, zeigt das Angebot der US-Regierung an Sambia. Das Abkommen sollte die Fortführung der Finanzierung von Aids-, Malaria- und Tuberkulose-Programmen mit Abbaurechten an den Bodenschätzen des Landes verknüpfen, vor allem Kupfer und Kobalt. Außerdem sah der Entwurf vor, den USA Daten über Krankheitserreger früher als anderen Ländern zu übermitteln. Gesundheitsexperten wie Oyewale Tomori vermuten, dass US-Pharmakonzernen mit Abkommen wie diesem ein zeitlicher Vorsprung bei der Entwicklung von Impfstoffen und Medikamenten gesichert werden soll. »Hier werden lebenswichtige Programme für Millionen von Menschen mit Rohstoffdeals verknüpft«, sagt Tomori. »Das Auftreten der USA ist unmoralisch. Es erinnert an die Kolonialherren vergangener Zeiten, denen es um die Kontrolle von Afrikas Bodenschätzen ging – auf Kosten der afrikanischen Bevölkerung.«

Das Vorgehen der USA droht Programme wie PABS (»Pathogene Access and Benefit-Sharing System«) zu unterwandern, das als Teil des WHO-Pandemieplans sicherstellen soll, dass der Zugang zu Erregern rechtlich bindend an eine faire Verteilung der daraus entwickelten Impfstoffe gekoppelt wird. Bisher gibt es eine Verpflichtung zur zügigen Weitergabe von Krankheitserregern, um auf den Ausbruch einer Pandemie möglichst schnell reagieren zu können; die Weitergabe der entwickelten Impfstoffe war hingegen nicht verpflichtend. »Wenn die Weitergabe freiwillig ist, ist es oft zum Nachteil derer, die sich die Medikamente nicht leisten können oder die nicht die Kapazitäten haben, sie selbst zu produzieren«, sagt Andreas Wulf von Medico International. »Das ist für viele afrikanische Länder dramatisch.«

Oyewale Tomori empfiehlt einen radi-

»Das Auftreten der USA ist unmoralisch und erinnert an die Kolonialherren.«
Oyewale Tomori, Virologe

kalen Schritt: Afrikanische Staaten sollten überhaupt keine Blutproben und genetischen Daten von Krankheitserregern mehr weitergeben. Auf dem Kontinent gebe es genügend Fachkräfte, um selbst Medikamente und Impfstoffe herzustellen, sagt der ehemalige WHO-Virologe. Es werden bereits viele Medikamente in afrikanischen Staaten entwickelt und klinische Studien durchgeführt, bestätigt Andreas Wulf von Medico International. Das basiere allerdings meist auf Kooperationen afrikanischer Wissenschaftler*innen mit europäischen oder nordamerikanischen Instituten. »Das Problem ist nicht, dass es keine afrikanischen Forscher gäbe, sondern dass die afrikanischen Staaten nicht das Geld haben, die Forschung allein zu finanzieren.«

Die enorme Erhöhung der Gesundheitsausgaben afrikanischer Staaten, wie sie die bilateralen US-Deals vorsehen, sieht Tomori ebenfalls skeptisch. Es sei zwar zu begrüßen, dass afrikanische Regierungen mehr Geld für das eigene Gesundheitssystem zur Verfügung stellen wollten, doch müsse sich erst zeigen, ob die Staatshaushalte eine Erhöhung hergeben würden.

»Man muss den Amerikanern zugutehalten, dass sie zumindest mit offenen Karten spielen«, sagt Oyewale Tomori. Sie formulierten deutlich, dass für sie nur von Interesse sei, was den USA nütze. Tomori sieht nun die betroffenen Regierungen in der Verantwortung. »Sie müssen aufstehen und sagen: So lassen wir uns nicht behandeln.« Einen Schritt in diese Richtung ist Kenia im Dezember 2025 gegangen. Dort setzte der High Court Teile des Abkommens mit den USA außer Kraft, weil es gegen die Landesverfassung verstoße. Die Regierung Sambias konnte sich bis heute nicht auf ein Abkommen mit den USA einigen, weil Washington auf einer Verknüpfung der Gesundheitshilfe mit einem Zugriff auf wichtige Rohstoffe des Landes beharrt. Die Regierungen Ghanas und Simbabwe haben die Verhandlungen mit den USA aus Sorge um die Souveränität ihrer Gesundheitsdaten für beendet erklärt. ♦

»SOLIDARITÄT IST ENTSCHEIDEND«

Äthiopien hat gewählt, Abiy Ahmed bleibt Ministerpräsident. Der Menschenrechtsverteidiger und Autor **Befekadu Hailu** über den Handlungsspielraum der Zivilgesellschaft, die Rolle junger Menschen und Deutschland als Entwicklungspartner.

Interview: Ava Schuster

Was hat sich für die Zivilgesellschaft Äthiopiens in den vergangenen Jahren verändert?

Bis zum ersten Amtsantritt von Abiy Ahmed 2018 wurde die Zivilgesellschaft durch strenge Gesetze kontrolliert. Danach gab es Reformen, die mehr Raum für die Zivilgesellschaft schufen, und viele glaubten an eine demokratischere Zukunft. Dieser Moment hielt jedoch nicht lange an. Nach dem Ausbruch des Tigray-Kriegs gerieten Organisationen, die einen Dialog forderten oder die Regierung kritisierten, zunehmend unter Druck. Im November 2024 suspendierte die Regierung willkürlich zahlreiche Nichtregierungsorganisationen. Die abschreckende Botschaft war erfolgreich: Viele Organisationen verzichteten inzwischen ganz auf öffentliche Kritik an der Regierung. Mit aktuellen Gesetzesreformen droht die Regierung zudem, frühere Formen der Repression wieder einzuführen.

Junge Menschen spielten eine zentrale Rolle in der Protestbewegung, die 2018 einen politischen Wandel ermöglichte. Wie groß ist heute das Vertrauen der Jugend in Politik?

Rund 70 Prozent der äthiopischen Bevölkerung sind jünger als 35 Jahre und bilden damit die Mehrheit der Gesellschaft. Jedoch wurden sie nach der Protestbewegung weitgehend von politischen Prozessen und einflussreichen Positionen ausgeschlossen. Heute sind viele arbeitslos, während andere als Soldat*innen rekrui-

tiert und in die anhaltenden Konflikte zwischen der Regierung und lokalen Milizen geschickt werden. Einige junge Menschen engagieren sich weiterhin politisch, doch nach mehr als einem Jahrzehnt voller Krisen und Konflikte wächst die Erschöpfung.

In Ihrem Buch »Lost in Transition« fragen Sie, was die Welt aus den Erfahrungen in Äthiopien lernen kann. Was ist die wichtigste Lehre?

Dass es keine Abkürzung von der Autokratie zur Demokratie gibt. Demokratie ist eher ein Weg als ein Ziel. Es braucht starke Institutionen, unabhängige Medien und eine aktive Zivilgesellschaft, die Macht wirksam kontrollieren. Viele Menschen in Äthiopien hofften, politischer Wandel könne von einer einzelnen Person erreicht werden. Demokratische Übergänge erfordern jedoch weit mehr. Studien zeigen, dass nur etwa jeder vierte Übergang von einer Autokratie zu einer Demokratie erfolgreich verläuft. Die Erfahrungen in Äthiopien zeigen, wie schnell Hoffnungen auf Reformen scheitern können, wenn demokratische Institutionen schwach sind. Eine weitere Lehre betrifft Social Media-Plattformen. Anfangs gaben sie Menschen eine Stimme, die lange von öffentlichen Debatten ausgeschlossen waren. Mit der Zeit lernte die Regierung jedoch, diese Plattformen wirksamer zu nutzen als ihre Gegner. Das demokratische Potenzial von Social Media sollte deshalb nicht überschätzt werden.

Deutschland ist seit Langem ein wichtiger Entwicklungspartner Äthiopiens. Was erwarten Sie von einem solchen Partner?

Internationale Solidarität ist entscheidend. Sie darf sich jedoch nicht auf

finanzielle Unterstützung beschränken. Entwicklungspartnerschaften sollten an klare menschenrechtliche Bedingungen geknüpft werden. Andernfalls kann Hilfe autoritäre Praktiken stärken, anstatt demokratische Entwicklungen zu fördern. Zivilgesellschaftliche Organisationen in Ländern wie Deutschland spielen dabei eine wichtige Rolle. Sie können ihre eigenen Regierungen zur Rechenschaft ziehen und dazu beitragen, dass internationale Unterstützung Menschenrechte stärkt. ♦



Foto: privat



Wahlen unter Repressionen:
Wenig überraschend wurde Abiy
Ahmed als Ministerpräsident
Äthiopiens bestätigt. Wahllokal
in Addis Abeba, 1. Juni 2026.
Foto: Marco Simoncelli / AFP / Getty Images

ABIY AHMED WIEDERGEWÄHLT

Am 1. Juni 2026 fanden in Äthiopien Wahlen statt. Aufgrund anhaltender Konflikte und Vertreibungen konnten viele Menschen nicht an der Abstimmung teilnehmen. Zudem hatte die Regierung die Repression gegen unabhängige Medien, Oppositionsparteien und die Zivilgesellschaft vor der Wahl verschärft. Die Wiederwahl von Ministerpräsident Abiy Ahmed kam daher wenig überraschend.

Nach dem Amtsantritt von Abiy Ahmed im Jahr 2018 waren zunächst politische Gefangene freigelassen und Reformen eingeleitet worden, die Hoffnungen auf eine demokratische Öffnung weckten. Zuvor war der politische und zivilgesell-

schaftliche Handlungsspielraum in Äthiopien aufgrund autoritärer Herrschaft jahrzehntelang stark eingeschränkt. Von 1991 bis 2018 waren nichtstaatliche und oppositionelle Akteur*innen unter der Regierung der Ethiopian People's Revolutionary Democratic Front (EPRDF) erheblichen staatlichen Restriktionen ausgesetzt.

Die Hoffnungen auf Reformen erfüllten sich jedoch nicht. Zunehmende politische Spannungen zwischen der Regierung und der Tigray People's Liberation Front (TPLF) im Norden des Landes führten im November 2020 zu einem Krieg in der Region Tigray. Er verursachte eine der größten humanitären Krisen des 21. Jahrhunderts; Schätzungen zufolge starben mehr als 500.000 Menschen. Alle Konfliktparteien machten sich schwerer Menschenrechtsverletzungen schuldig, indem sie unter anderem sexualisierte Gewalt systematisch als Mittel der Kriegsführung einsetzten.

Im November 2022 beendete das Abkommen von Pretoria die Kampfhandlungen offiziell. Eine umfassende Aufarbeitung der Menschenrechtsverletzungen blieb jedoch aus. Zugleich dauern die Gewalt und bewaffnete Auseinandersetzungen

an – nicht nur in Tigray, sondern auch in anderen Landesteilen, insbesondere in Amhara und Oromia.

Bei der Wahl im Juni handelte es sich nach Einschätzung des Menschenrechtsverteidigers und Autors Befekadu Hailu mehr um ein Ritual als um einen demokratischen Wettbewerb. Hailu wurde als Mitglied des Bloggerkollektivs Zone 9 Bloggers bekannt, das sich den Einschränkungen der Meinungsfreiheit unter der Regierung der EPRDF entgegenstellte. 2019 gründete er gemeinsam mit anderen das Center for the Advancement of Rights and Democracy (CARD), eine der führenden Menschenrechtsorganisationen Äthiopiens. In seinem Buch »Lost in Transition: Deceit and Conflict in Ethiopia (2014–2022)« zeichnet er Äthiopiens Weg der vergangenen Jahren nach: von der Hoffnung auf politische Reformen bis zur »Ära des Wahnsinns«, die von Gewalt und den Kriegsfolgen in Tigray geprägt ist. ♦

Ava Schuster

Ava Schuster ist in der Amnesty-Koordinationsgruppe Äthiopien und Eritrea aktiv.

*Der Krieg im Norden
des Landes verursachte
eine der größten
humanitären Krisen des
21. Jahrhunderts;
Schätzungen zufolge
starben mehr als
500.000 Menschen.*

Landraub im Paradies

Reiche Brazilianer*innen und internationale Unternehmer haben die brasilianische Insel Boipeba als Ziel ihrer Begehrlichkeiten auserkoren. Doch Teile der Bevölkerung wehren sich gegen den Ausverkauf.

Aus Cova da Onça von Christine Wollowski (Text) und Rafael Martins (Fotos)

Niedrige, bunt gestrichene Häuser leuchten in der Nachmittagssonne. Mangroven ragen aus dem türkisblauen Meerwasser, an der Promenade blühen Sukkulenten in gepflegten Beeten. Zwei Fischer flicken ihre Netze. In den Gewässern vor Cova da Onça tummeln sich Langusten, Muscheln und reichlich Fische wie der Robalo. Fast alle Menschen hier leben vom Fischfang, von ein bisschen Landwirtschaft zur Selbstversorgung und vom Sammeln wilder Mangabafrüchte. Das war schon immer so in dem kleinen Dorf auf der Insel Boipeba im Nordosten Brasiliens. Idyllisch könnte es sein. Doch die Stimmung ist beklemmend, als verberge sich Gefahr in der salzigen Meerluft. Cova hat sich verändert, sagen die Leute. Viel mehr sagen sie nicht.

Angefangen hat alles im Juli 2014, als

die regionale Umweltbehörde Inema die Einheimischen zu einer Anhörung einlud, bei der ihnen ein Unternehmen »ein Projekt« vorstellen wollte. Mangaba Cultivo de Coco Ltda hieß die Firma, die ein riesiges Farmgelände am Südpol der Insel gekauft hatte. Der Name der Firma ließ vermuten, dass es ihr um Mangaba-Früchte und Kokospalmen gehe, doch weit gefehlt: Die Unternehmer, darunter einer der Erben des größten TV-Senders Brasiliens und ein ehemaliger Direktor der brasilianischen Zentralbank, entwarfen einen Tourismusplan: Ein Luxusresort wollten sie bauen, mit Golfplatz, Flug- und Yachthafen. Es sollte fast 20 Prozent der Gesamtfläche der Insel einnehmen, mehr als acht Hektar reine Baufläche umfassen. Fortschritt würden sie bringen, Arbeitsplätze, Chancen für die Jugend.

Die Vorbesitzer des von Mangaba Cultivo de Coco Ltda gekauften Landes hatten sich nur für die Kokosnüsse auf dem Gelände interessiert. Die Bewohner*innen

von Cova konnten überall Brennholz sammeln, Krebse fangen und Maniok anbauen. Die meisten Inselbewohner*innen sind Fischer*innen und Kunsthandwerker*innen, Kleinbäuerinnen und -bauern und Nachfahren geflohener Schwarzer Sklav*innen, die sich in Quilombos genannten Siedlungen auf der Insel niederließen. Nun zweifelten sie. Was würde aus ihren Ernten, wenn aus Ackerfläche Bauland für Luxuswohnungen wird? Was aus ihren Fischen, wenn Yachten das Wasser durchpflügen? Kaum jemand interessierte sich für die Versprechen der Unternehmer. Die Inselbewohner*innen wollten so weiterleben wie bisher. »Mindestens 95 Prozent der Menschen waren dagegen«, berichtet der Fischer Raimundo Esmeraldino Silva, kurz Siri, damals Vorsitzender der Vereinigung der Einwohner*innen.

Die Insel ist 90 Quadratkilometer groß und liegt nur 87 Kilometer Luftlinie von der Großstadt Salvador da Bahia auf dem Festland entfernt. Seit 1992 ist sie Naturschutzgebiet, die Unesco hat sie als



Cova da Onça im Süden der brasilianischen Insel Boipeba: Seit Jahren wehren sich die Bewohner*innen, Nachkommen ehemaliger Sklav*innen, gegen ein geplantes Luxusresort.

Biosphärenreservat und Weltkulturerbe anerkannt. Den Namen Boipeba kannte lange Zeit kaum jemand. Bis um das Jahr 1990 herum die ersten Tourist*innen und Investor*innen hier ein »Paradies« entdeckten: kristallklares Wasser mit Bade-wannentemperatur, in dem sich an seichten Stellen bunte Fische tummeln, imposante Reste tropischen Küstenregenwalds, kilometerlange weiße Sandstrände und Mangroven, wie bei Cova da Onça, wo die Fischer*innen der Insel reichen Fang einholen.

Im August 2014 wurde eine zweite Anhörung anberaumt. Anwesend waren

»Mindestens 95 Prozent der Menschen waren gegen das Luxusresort.«
Raimundo Esmeraldino Silva, Fischer

dieses Mal auch die Bundesstaatsanwaltschaft, die bei Verletzungen von Rechten traditioneller Bevölkerungsgruppen Klagen anstrengen kann, und das Bundesvermögensamt SPU, zuständig für staatlichen Grundbesitz. Hitzige Diskussionen über die Auswirkungen eines solchen Bauvorhabens auf Umwelt und Anwohner*innen ließen die Sitzung bis spät abends dauern. Eine Einigung gab es nicht.

Nationales und internationales Recht missachtet

Der Streit um Ländereien auf brasilianischem Boden ist so alt wie die Präsenz Fremder. Als Pedro Alvares Cabral im Jahr 1500 rund 260 Kilometer Luftlinie südlich von Boipeba landete, berichtete sein Landvermesser Pero Vaz de Caminho in einem Brief an den portugiesischen König von der »Entdeckung dieses Eurer Länder«. Juristisch ist der Brief kein Besitztitel, politisch bedeutet er viel: Es ist der erste entscheidende Satz einer Neuordnung der Welt, in der Portugal Land beschreibt, benennt und beansprucht, das anderen gehört. Seitdem stehen überall in Brasilien immer wieder die Finanzinteressen mächtiger Einzelpersonen oder Gruppen gegen die Rechte von Indigenen, Quilombolas und traditionellen Fischer*innen und Kleinbäuerinnen und -bauern, die erst seit der Verfassung von 1988 gesetzlich verankert sind. Mehr als 500 Jahre nach Cabrals Landung ist nun Boipeba zur Zielscheibe eines neokolonialistischen Modells geworden: Es geht um eine touristische Erschließung ohne Rücksicht auf Naturschutz und traditionelle Gemeinschaften. Sollte das »Projekt« umgesetzt werden, wäre das ein Präzedenzfall für die Umwidmung von

Staatsgebiet und für die Missachtung von nationalem und internationalem Recht. Man kann auch von Landraub sprechen.

Landraub existiert in Brasilien mindestens seit dem 19. Jahrhundert, als das erste Immobilienregister entstand und Spekulanten und Farmer sich mit gefälschten Dokumenten ausgedehnte Ländereien aneigneten, meist aus öffentlichem Besitz. Moderner Landraub betrifft oft Ländereien Indigener oder anderer Gemeinschaften, deren Besitzstatus noch nicht rechtsgültig festgeschrieben ist. Beim »Projekt« der Firma Mangaba Cultivo de Coco geht es um 1.651 Hektar Land, mindestens 330.000 Quadratmeter Wald würden vernichtet. Es steht im Widerspruch zur brasilianischen Verfassung, wonach alle Inseln dem Staat gehören. Es widerspricht der internationalen ILO-Konvention, die »eingeborenen und in Stämmen lebenden Völkern« ein Mitspracherecht bei wirtschaftlichen Vorhaben in ihrem Lebensraum zusichert. Außerdem ignoriert es die Tatsache, dass das Bundesvermögensamt im Oktober 2025 eine Verfügung veröffentlichte, die die traditionelle Nutzung weiter Teile der Insel festschreibt und eine verbindliche Regelung der Landrechte fordert.

Obwohl sich die meisten Einwohner*innen von Cova da Onça gegen die Investor*innen stellten, erlebten sie so manche Herausforderung: Wer zahlt die Reise aufs Festland, um dort Anwalt*innen zu treffen? Wer finanziert Unterbringung und Verpflegung? Wie sollen Menschen, von denen manche kaum lesen können, beurteilen, wie und wann sie sich an welche staatlichen Stellen wenden, um ihre Rechte einzufordern? Die Fischer*innen fanden Unterstützung bei der CPP, einer kirchlich finanzierten



In den neokolonialen Fokus geraten: Fischer am Strand von Tassimirim.

DIE INSEL BOIPEBA IN BRASILIEN



Organisation, die Gemeinschaften bei Landkonflikten beisteht. »Wir haben den Zugang zur Staatsanwaltschaft und zu kostenloser Rechtsberatung erleichtert, haben Schulungen in Bürgerrechten und den Transport nach Salvador organisiert«, erklärt der Rechtsanwalt Marcos Brandão, der seit zehn Jahren für die CPP tätig ist. Als der Fischer Siri öfter Morddrohungen erhielt, musste er die Insel verlassen. Die CPP half auch hier.

Im März 2023 erteilte die Regionalbehörde Inema die Genehmigung für die Anlagen in Cova da Onça. Allerdings in einer Variante ohne Golfplatz und mit zwei »Pensionen« anstelle eines Luxusresorts. Doch da stellte sich die Bundesstaatsanwaltschaft quer, kritisierte das Vorgehen des regionalen Umweltamtes und forderte einen Widerruf der Genehmigung. Dies war als Warnung zu verstehen, anderenfalls kann die Staatsanwaltschaft eine Klage anstrengen. Ein Bericht des Nach-

richtenportals Alma Preta aus dem Jahr 2025 beschuldigt Inema, Einwohner*innen von Boipeba unter Druck gesetzt zu haben, damit sie den Tourismusplänen zustimmen. 2023 hatten Fischer*innen das Inema-Hauptgebäude in Salvador da Bahia besetzt und die Entlassung der Leiterin gefordert, die tatsächlich kurz darauf ihres Amtes enthoben wurde. 2024 bezichtigte die Bundesstaatsanwaltschaft acht führende Vertreter*innen der Inema der Korruption.

Schwerwiegende Fälle von Korruption

»In Brasilien erleben wir institutionellen Rassismus und schwerwiegende Fälle von Korruption«, sagt Rechtsanwalt Brandão, »Konzerne mit Interesse an traditionellen Gebieten, sei es zum Abbau seltener Erden, für Industrie- oder Tourismusprojekte, haben großen Einfluss auf den Staatsapparat.« Je nach Ausmaß und Grad der erwarteten Umweltauswirkungen ist anstatt föderaler Stellen der Bundesstaat zuständig. Er kann Kompetenzen zur Genehmigung von Unternehmensplänen auf die Gemeinde übertragen, wo die Verwaltung, örtliches Unternehmertum und die Leiter*innen regionaler Umweltinstitutionen oft in engem Austausch stehen – dabei sind der Korruption manchmal kaum Grenzen gesetzt.

»Es scheint in Cova still geworden zu sein«, sagt Antônio Bispo dos Santos von der CPP, der die Vorgänge in Cova da Onça seit 2014 begleitet. »Aber das täuscht. Der Zusammenhalt bröckelt«, ergänzt der 48-jährige Pädagoge. Die Bevölkerung ist tief zerrissen zwischen jenen, die weiterhin

dagegen sind, jenen, die dafür sind und einer dritten Gruppe, die sich nicht offen positioniert. Familienmitglieder sprechen nicht mehr miteinander, die Stimmung im Dorf ist frostig, von Feindseligkeiten und Angst geprägt. Wer die Menschen in den Gassen von Cova danach fragt, bekommt nur karge Antworten. Wenn einer etwas sagt, will er anonym bleiben. Die Rede ist von Bestechung und von Drohungen. Bispo dos Santos erklärt: »Weder die öffentlichen Institutionen noch die Gemeindeverwaltung erfüllen ihre Aufgabe, die Natur und die Menschen vor Ort zu schützen.« Einige Bewohner*innen lassen durchblicken, neuerdings gebe es Gewalt durch Mitglieder eines Drogenkartells, es komme häufiger zu Schießereien. Wer sich gegen die Firma Mangaba Cultivo de Coco stelle, würde seines Lebens nicht mehr froh. Die Bedrohung, die bislang nur von außen auf die Gemeinschaft einwirkte, kommt jetzt aus ihrer Mitte. Denn der Vater des örtlichen Kartellchefs arbeitet als Verwalter für Mangaba, das weiß hier jeder. Mehr mag dazu niemand sagen.

Zwölf Kilometer weiter nördlich kämpft Benedito da Paixão Santos um das Land, auf dem er lebt. Bio, wie der Fischer genannt wird, lebt im Sommer mit seiner Familie in einer aus Holzplanken gezimmerten Bar am Strand Cueira in Alt-Boipeba an der Ostküste der Insel. Der schmale Sandstreifen, den er nutzt, gehört nicht ihm, sondern dem Staat, wie alle Strände in Brasilien. Vor Bios Bar liegt das Meer, in dem er fischt. Direkt hinter der Bar verläuft ein Stacheldrahtzaun. Hier will der Italiener Fabio Perini 227

Bainema an der Ostküste der Insel:
Hier will ein italienischer Investor illegal
Luxusgrundstücke verkaufen.

Hektar Land in Parzellen aufteilen und Luxusgrundstücke verkaufen. Der Nachfahre von Papierfabrikanten hat sich vor mehr als 40 Jahren einen Großteil der Insel angeeignet: Er sagt, er habe die Ländereien gekauft, tatsächlich handelt es sich um Staatsbesitz, für den der Italiener höchstens das Nutzungsrecht erlangen könnte.

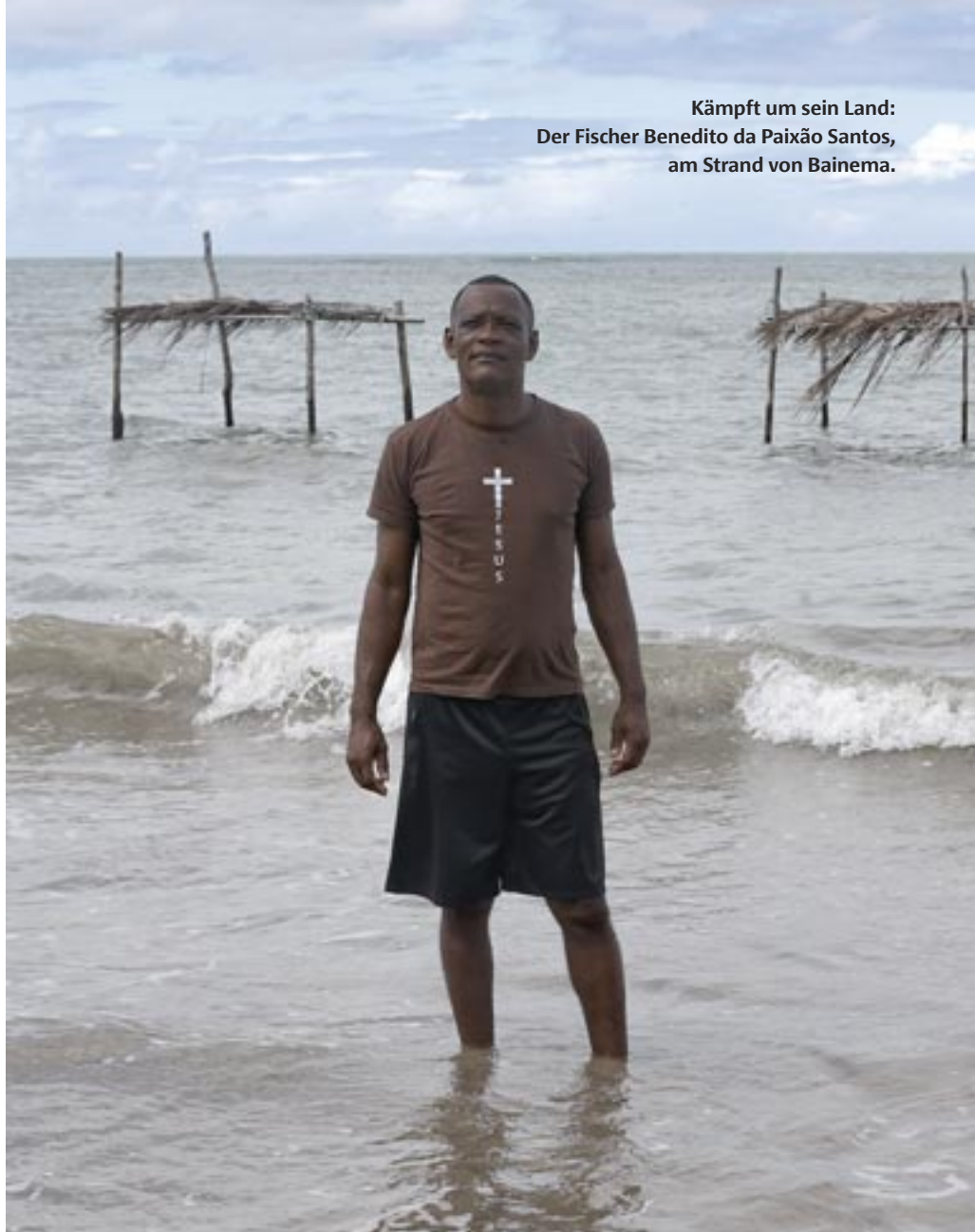
Inzwischen stehen auf vielen Hektar der von ihm beanspruchten Strandgrundstücke Kokosplantagen statt Regenwald. Bio blickt auf die Palmen und sagt: »Der Italiener ist ganz unauffällig hier angekommen, ganz unauffällig hat er die Zerstörung vorangetrieben.« Medienberichten zufolge ist dem Unternehmer seit den 1980er Jahren illegale Abholzung nachgewiesen worden. Küstenregenwald darf nur in Ausnahmefällen und mit Sondergenehmigung unter Nachweis von sozialem oder öffentlichem Interesse abgeholzt werden. Die Abgaben für die Nutzung von Staatsgrund soll Perini seit Jahren nicht bezahlt haben. Zurzeit stockt sein Vorhaben, Luxusgrundstücke am Strand auszuweisen und zu verkaufen: Die Bundesstaatsanwaltschaft hat es 2025 als Landraub klassifiziert.

»Die Widerstandsbewegung hat Erfolge erzielt«, sagt Raísa Geribello von der Vereinigung Salve Boipeba (Rettet Boipeba), in der Insulaner*innen sich für soziale Gerechtigkeit und den Erhalt der Natur und Kultur der Insel zusammengeschlossen haben. Sie erreichten in Rekordzeit eine Zertifizierung von Cova da Onça als Quilombola-Gebiet, wodurch eine legale Fremdnutzung verhindert wird. Zuletzt bescheinigte das Bundesvermögensamt dem Gebiet zudem, es sei »von sozialem Interesse« und dürfe ausschließlich von Quilombolas und Fischer*innen bewirtschaftet werden. »Dadurch wird es deutlich schwieriger, das Immobilienprojekt voranzutreiben«, urteilt die Aktivistin Geribello. Dass Fischer*innen und Kleinbäuerinnen und -bauern es schafften, Pläne von Großinvestoren mehr als ein Jahrzehnt lang zu verzögern, ist beachtlich. Sollte ihnen gelingen, sie ganz zu stoppen, wäre das ein Präzedenzfall. ♦

»Weder die öffentlichen Institutionen noch die Gemeindeverwaltung schützen die Natur und die Menschen vor Ort.«

Antônio Bispo dos Santos,
Aktivist der CPP

Kämpft um sein Land:
Der Fischer Benedito da Paixão Santos,
am Strand von Bainema.



Bietet den Landräubern die Stirn:
Aktivistin Raísa Geribello bei einem Treffen
der Gruppe Salve Boipeba (Rettet Boipeba).



TÜRKEI

Wächter*innen der Olivenhaine

Im November richtet die Türkei die Weltklimakonferenz COP31 in Antalya aus. Umweltaktivist*innen in dem Land geraten immer mehr unter Druck.

Von Sabine Küper-Büsch

Landwirt*innen und Umweltaktivist*innen breiten am Rand eines Olivenhains Decken auf dem Boden aus. Darauf stehen Thermoskannen mit Tee, Schüsseln mit eingelegten Oliven, Eier, Gemüsekuchen und Honig aus der Imkerei. Während Transparente gemalt werden, hallt ein Ruf über die Felder: »Hände weg von unseren Olivenbäumen!« Mitten unter den Protestierenden sitzt Nejla Işık. Die 46-Jährige wurde auf dem Höhepunkt des Widerstands gegen einen Braunkohletagebau zur Dorfvorsteherin von İkizköy gewählt. Man kennt sie über die Region hinaus, seit 2023 große Teile des Waldgebietes Akbelen für die Erweiterung des Tagebaus gerodet wurden. Der Wald liegt zwischen zwei Kohlekraftwerken im Landkreis Milas und gilt als Symbol des Widerstands gegen die Kohleindustrie auf Kosten der lokalen Bevölkerung. Seit Jahren kämpfen die Dorfbewohner*innen gegen Rodungen und Enteignungen. »Neben Eichen und Rotbuchen wachsen hier jahrhundertealte Olivenbäume«, sagt Nejla Işık. »Diese Bäume sind unsere Lebensgrundlage.«

An diesem Protesttag geht es um den Prozess gegen ihre Tochter Esra. Die 26-Jährige war Ende März in einem Olivenhain festgenommen worden und saß anschließend 42 Tage lang wegen angeblichen Widerstands gegen Vollstreckungsbeamte in Untersuchungshaft. Rund 300 Umweltaktivist*innen aus der gesamten Türkei reisten an, um sie zu unterstützen. Doch es half nichts: Esra Işık wurde am 8. Juli zu zwei Jahren und einem Monat Haft verurteilt. Nach der Urteilsverkündung sagte sie: »Wir kämpfen hier für die Zukunft unseres Landes und für die Versorgung mit Lebensmitteln. Das ist kein Verbrechen. Wir lassen uns nicht unterkriegen.« Ihre Anwält*innen haben Berufung eingelegt.

Der Konflikt um Akbelen ist längst mehr als ein Streit um einen Wald. Er steht exemplarisch dafür, wie sich in der Türkei lokale Umweltproteste gegen immer mehr Bergbau-, Energie- und Infrastrukturprojekte zu Auseinandersetzungen über grundlegende Rechte ausweiten. Von Akbelen über die Kupfermine von Cerattepe bis zur Goldmine von İliç vernetzen sich Dorfgemeinschaften, Wissenschaftler*innen und Umweltorganisationen. »Die Frauen aus İkizköy und den Nachbardörfern waren früher vor allem mit Landwirtschaft und Hausarbeit beschäftigt. Heute sind sie die Gesichter einer Protestbewegung, die der Regierung Angst macht«, sagt die Klima- und Umweltwissenschaftlerin Deniz Gümüşel.

Als Mitglied des İkizköy-Umweltkomitees und der Plattform »Recht auf saubere Luft« beobachtet sie seit Jahren, wie die Behörden friedlichen Protest immer wieder kriminalisieren. Die Repression beginne häufig lange vor Polizeieinsätzen: mit Enteignungen, beschleunigten Genehmigungsverfahren, eingeschränkten Umweltverträglichkeitsprüfungen und Versammlungsverboten. Wer dennoch protestiere, müsse mit Inhaftierung, Anklagen und langwierigen Gerichtsverfahren rechnen. Amnesty International kritisiert, dass friedliche Umweltverteidiger*innen wie Esra Işık strafrechtlich verfolgt werden, obwohl sie lediglich von ihrem Recht auf friedlichen Protest Gebrauch machen. Menschenrechtsorganisationen weisen seit Jahren darauf hin, dass friedlicher Protest in der Türkei immer häufiger kriminalisiert und zivilgesellschaftliches Engagement erheblich erschwert wird.

Der Fall Hakan Tosun

Eine derartige Eskalation erlebte auch Deniz Gümüşel. Während der Akbelen-Rodungen lebte sie mehr als ein Jahr im Protestcamp. Als im Juli 2023 Bagger und Holzfäller anrückten, blockierten Demonstrierende die Zufahrten. 53 Menschen wurden festgenommen, darunter auch die Klima- und Umweltforscherin. »Sie zogen mich an den Haaren, verdrehten mir den Arm und schlugen mich so stark, dass mein ganzer Körper voller Hämatome war«, erinnert sie sich. Ärzte dokumentierten die Verletzungen. Eine Demonstrantin brach nach dem Einsatz von Tränengas bewusstlos zusammen. Ermittlungen gegen die Sicherheitskräfte wurden später eingestellt, mehrere Aktivist*innen erhielten Bewährungsstrafen.

Auch Deniz Gümüşel wurde angeklagt. Nach ihrer Freilassung untersagte ihr das Gericht, jene Orte zu betreten, an denen sie die Proteste wissenschaftlich begleitete. Anfang 2026 wurde sie wegen angeblichen Widerstands gegen Vollstreckungsbeamte zu fünf Monaten Haft verurteilt; die Strafe wurde auf Bewährung ausgesetzt. Für Gümüşel steht fest: »Im Wald von Akbelen kamen Menschen aus der gesamten Türkei zusammen, weil sie begriffen haben, welches Ausmaß die Landnahme der Industrie inzwischen erreicht hat. Die Regierung hatte Angst, dass daraus ein zweites Gezi wird.« Sie spielt damit auf die wochenlangen, landesweiten Proteste im Jahr 2013 an. Damals hatten Demonstrierende den Taksim-Platz in Istanbul besetzt, weil die Regierung ein Einkaufszentrum in den angrenzenden Gezi-Park bauen wollte.

»Wir kämpfen für die Zukunft unseres Landes und für die Versorgung mit Lebensmitteln. Das ist kein Verbrechen.«

Esra Işık

Bis heute werden Akteur*innen von damals kriminalisiert, manche verbüßen lebenslange Haftstrafen.

In der Türkei führten Bau-, Energie- und Industrieprojekte dazu, dass zwischen 2018 und 2024 rund 1.860 Quadratkilometer Natur- und Agrarflächen dauerhaft verloren gingen – eine Fläche, die mehr als doppelt so groß ist wie das Stadtgebiet Berlins. Unter Druck geraten nicht nur Umwelt- und Klimaaktivist*innen, sondern auch Journalist*innen, die über die Konflikte berichten. Der Dokumentarfilmer und Umweltjournalist Hakan Tosun recherchierte jahrelang zum Bergbau türkischer und internationaler Unternehmen. Nachdem er im Oktober 2025 in Istanbul von zwei Männern angegriffen und schwer verletzt worden war, starb er im Krankenhaus. Der Anwalt der Familie, Hakan Bozyurt, kritisiert die Ermittlungen. Obwohl die mutmaßlichen Täter bekannt gewesen seien, habe es zunächst keine Festnahmen gegeben. Erst nach juristischem Druck sei weiter ermittelt worden. Vor Gericht erklärten die Angeklagten, das Opfer sei alkoholisiert gewesen und habe sie beleidigt. »Es besteht ein erhebliches Missverhältnis zwischen der Härte der Strafverfolgung gegen oppositionelle Aktivist*innen und dem Vorgehen gegen Verdächtige schwerer Straftaten«, sagt Anwalt Hakan Bozyurt. Tosuns Familie wirft den Ermittlungsbehörden Versäumnisse vor.

Wenn sich im November die internationale Staatengemeinschaft zur Weltklimakonferenz COP31 in Antalya trifft, wird sie über Emissionsziele, die Energiewende und Klimagerechtigkeit verhandeln. Für die Menschen in Akbelen steht jedoch eine andere Frage im Mittelpunkt: Wer schützt diejenigen, die Wälder, Wasser und Böden verteidigen? Die aktuellen Konflikte zeigen, dass Klima- und Umweltschutz und Menschenrechte nicht voneinander getrennt gedacht werden können. Klima- und Umweltschutz beginnt mit dem Schutz der Menschen, die ihn vor Ort einfordern. ♦

Wir sind nicht allein

Die türkische Menschenrechtsverteidigerin und Gerichtsmedizinerin **Şebnem Korur Fincancı** beschreibt, wie wichtig die Solidarität der Amnesty-Unterstützer*innen für sie war und wie die Teilnahme an Appellaktionen die Welt verändern kann.

Manchmal fallen aus einem Briefumschlag ein paar Zeilen. Und manchmal eine ganze Welt.

Seit Monaten öffne ich nun schon Kartons. Darin sind Briefe, Karten, die krakelige Handschrift von Kindern, Abziehbilder, Zeichnungen, die zittrige und doch elegante Schrift derer, die bereits viele Jahre hinter sich haben ... Worte, die mich berührt haben, von Menschen im Alter von zwei bis 92 Jahren.

Diese Kartons enthalten nicht nur Briefe, sie enthalten ein gemeinsames Gewissen. Ein Teil einer Solidarität, die wir alle in uns tragen – zusammengebracht durch einen Aufruf von Amnesty. Aus der ganzen Welt: aus Indien, Kanada, Japan und Neuseeland. In verschiedenen Sprachen wiederholt sich immer wieder derselbe Satz: »Du bist nicht allein.«

Genau das vergessen wir manchmal. Wer Menschenrechtsverletzungen erfährt, weiß, dass es dabei nicht nur um Gesetze geht. Es geht auch um das Gefühl

des Verlassenseins. Dass man nicht weiß, ob die eigene Stimme irgendwo Widerhall findet. Und in einem solchen Moment füllt ein Brief von einer dir völlig unbekannten Person dieses Vakuum.

Kann ein Brief die Welt verändern?

Ja, das kann er. Aber vielleicht nicht so, wie wir erwarten. Er kann nicht von heute auf morgen alles verändern. Er allein kann keine Gesetzesänderungen herbeiführen. Aber er verändert einen Menschen. Und wo sich ein Mensch verändert, da beginnt sich die Welt zu verändern.

Schüler und Schülerinnen einer technischen Oberschule in Polen haben mir Briefe geschrieben, nachdem sie sich ein Video angesehen hatten, das ihnen ihre Lehrerin gezeigt hatte. Die Jungen mit Geschichten auf hastig herausgerissenen Notizbuchseiten, Mädchen auf sorgfältig verziertem Papier und mit Sätzen, die ihre Gefühle ausdrückten ... Alle mit unterschiedlichen Perspektiven und Auffassungen. Und doch hatten sie alle eines gemeinsam: Die Fähigkeit, den Schmerz eines anderen Menschen nachzuempfinden.

Das ist es, was wir Solidarität nennen.

Es muss nicht perfekt sein. Es muss nicht makellos sein. Irgendwo benutzt ein

Kind einen Stift für jemanden am anderen Ende der Welt. Das allein ist ein Durchbruch. Menschen auf der ganzen Welt schreiben an jemanden, den sie noch nie getroffen haben. Denn wenn irgendwo Rechte verletzt werden, ist das nicht mehr nur ein lokales Problem. Es ist eine globale Verantwortung. Und diese Verantwortung wird nicht von Staaten getragen, die allzu oft dabei versagen, sondern von den Menschen, füreinander.

Wir leben in einem System, das uns ständig einbläut: Kümmere dich um dein eigenes Leben. Doch die Inhalte dieser Kartons sprechen eine andere Sprache: Menschen werden erst dann zu Menschen, wenn sie sich füreinander einsetzen.

Ein einzelner Brief mag unbedeutend erscheinen. Aber was passiert, wenn viele einzelne Briefe zusammenkommen?

Sie erzeugen Druck.

Sie erzeugen Sichtbarkeit.

Sie halten der Macht etwas entgegen.





Şebnem Korur Fincancı ist eine renommierte türkische Gerichtsmedizinerin, die sich seit Jahrzehnten für den Schutz der Menschenrechte im Land einsetzt. Der Kampf gegen Folter ist ihr besonders wichtig. Den türkischen Behörden ist ihr Engagement ein Dorn im Auge. Sie schikanieren Şebnem Korur Fincancı seit Jahren mit strafrechtlichen Ermittlungen, Inhaftierungen und haltlosen Anklagen. Dennoch macht die Menschenrechtsverteidigerin unbeirrt weiter. Amnesty International unterstützt sie seit Langem. Bei Eilaktionen (Urgent Actions) und beim Briefmarathon 2024 wurden weltweit zigtausend Appelle für sie geschrieben. Mit Erfolg: Im Februar 2025 sprach ein Gericht sie vom Vorwurf der »öffentlichen Verunglimpfung des türkischen Staates« frei.

Foto: privat

Schweigen bereitet den besten Nährboden für Menschenrechtsverletzungen. Und solche Aufrufe durchbrechen dieses Schweigen. Sie erinnern die Staaten an eine schlichte Wahrheit: Dinge, von denen sie meinen, dass niemand sie sieht,

***Ein einzelner Brief
mag unbedeutend
erscheinen. Aber was
passiert, wenn viele
einzelne Briefe
zusammenkommen?
Sie erzeugen Druck.
Sie erzeugen
Sichtbarkeit.
Sie halten der Macht
etwas entgegen.***

können ein Kind auf der anderen Seite der Welt dazu bewegen, einen Stift in die Hand zu nehmen.

Eine in einem Klassenzimmer in Litauen gestellte Schulaufgabe ist in der Tat ein politischer Akt. Eine aus Kanada verschickte Karte kann so bedeutend sein wie eine diplomatische Nachricht. Denn Solidarität ist nicht nur guter Wille – sie ist eine Kraft, die einen Einfluss auf Machtverhältnisse hat.

Der jüngst von Bergleuten errungene Erfolg (sie hatten in Eskişehir wegen ausstehender Löhne und Entschädigungen gestreikt, Anm. d. Red.) hat uns an etwas Grundlegendes erinnert: Rechte werden nicht aus Wohlwollen von oben gewährt; sie werden durch Solidarität von unten errungen. Und Solidarität ist kein reines Schlagwort – sie ist eine Kraft, die Ergebnisse hervorbringt.

Auf meinem Schreibtisch liegen immer noch Tausende Briefe, die geöffnet werden wollen. Ich möchte sie alle behal-

ten. Denn sie sind nicht nur Papier. Sie legen Zeugnis ab. Sie stehen für Solidarität, für Hoffnung. Notizen, die die Menschheit für sich selbst macht.

Aber da stellt sich mir auch eine Frage: Wo bringe ich all diese Hoffnung unter? Vielleicht ist die Antwort ja: Man kann Hoffnung nicht eingrenzen. Denn Hoffnung ist nichts, das man irgendwo aufbewahren sollte. Sie wächst, wenn man sie teilt.

Vielleicht ist das der Grund, warum ein Brief niemals nur ein Brief ist. Die Briefe, die sich auf meinem Schreibtisch türmen, sagen immer wieder dasselbe: Du bist nicht allein.

Manchmal ist genau das der Satz, den ein Regime am meisten fürchtet. ♦

Dieser Artikel erschien zuerst am 30. April 2026 auf Türkisch in der Zeitung Evrensel.



Auf der Suche nach Migrant*innen: Ein Verkehrspolizist kontrolliert die Dokumente eines Kurierfahrers. Moskau, März 2026.

Foto: Alexey Belkin / News.ru / pa

Unter den Augen von Amina

Racial Profiling, digitale Überwachung, Melderegister: Russland will die Zahl der Migrant*innen stark einschränken und verletzt dabei Menschenrechte.

Von Varvara Korotilova*

Polizeikontrollen sind fester Bestandteil des Moskauer Stadtbilds. Fast täglich ist zu sehen, wie Uniformierte einen Mann, seltener eine Frau, abführen.

Oft schirmt gleich ein ganzes Dutzend Polizeikräfte die Festgenommenen vor den Blicken anderer Passant*innen ab. Dennoch ist schwer zu übersehen, dass die Maßnahmen nach dem Prinzip des Racial Profiling ablaufen. Ins Visier nehmen die Sicherheitskräfte überwiegend Menschen, deren äußeres Erscheinungsbild vermuten lässt, dass es sich um Migrant*innen handelt, vorrangig aus Zentralasien und dem Südkaukasus. Die Behörden unterstellen ihnen, gegen geltende Aufenthaltsbestimmungen zu verstoßen.

Russland verfolgt eine restriktive Migrationspolitik, die sich seit dem Anschlag auf den Konzertsaal Crocus City Hall in Moskau im März 2024 noch verschärft hat. Für das Attentat, bei dem 151 Menschen starben, wurden 19 größtenteils aus Tadschikistan stammende Männer verurteilt. Seither stuft der russische Staat Migrant*innen als hochgradiges Sicherheitsrisiko ein. Im Kampf dagegen ist jedes Mittel recht, auch die weitreichende Erfassung biometrischer Daten. Es beginnt mit Fingerabdrücken und einem Gesichtsscan bei der Einreise und reicht über Audioaufnahmen beim Erwerb einer SIM-Karte bis hin zur – formal bislang freiwilligen – Abgabe der eigenen DNA.

Im Jahr 2025 wurden 72.000 Menschen aus Russland abgeschoben. Nach Aussage des russischen Innenministers Wladimir Kolokolzew hätten es bei besserer Finanzierung der Polizei zehnmal so viele sein können. Vor Abschiebung geschützt sind seit Ende Juni ausländische Staatsangehörige, die sich zum Armeedienst verpflichtet haben. Polizeirazzien führten in den vergangenen Jahren dazu, Männer ohne russischen Pass zum Kriegseinsatz in der Ukraine zu nötigen.

Derzeit halten sich in Russland rund sechs Millionen Ausländer*innen auf, mindestens 8,6 Prozent weniger als im Vorjahr. Die Zahl der Einreisen ist rückläufig. Die russische Staatsbürgerschaft hat angesichts des andauernden Kriegs gegen die Ukraine an Attraktivität verloren, weil sich Männer unmittelbar nach dem Erhalt des Passes in das Register für Wehrpflichtige eintragen müssen. Angestiegen ist hingegen die Zahl der Arbeitsgenehmigungen für Menschen aus ehemaligen Sowjetrepubliken, die von der Wehrpflicht befreit sind. Hierzu gehören Usbekistan und Tadschikistan, die den allergrößten Anteil von Arbeitsmigrant*innen in Russland stellen.

Was paradox klingen mag, ist Teil eines 46 Punkte umfassenden Migrationskonzepts der russischen Regierung. Die Maßnahmen sollen Menschen, die nicht offiziell beschäftigt sind, spätestens ab 2030 einen Aufenthalt in Russland unmöglich machen. So sollen Kinder ausländischer Staatsangehöriger, die keine Schule oder andere Bildungseinrichtung besuchen, nicht mehr geduldet werden. Trotz des in der Verfassung verankerten Rechts auf Bildung wird Kindern und Jugendlichen ausländischer Eltern bereits jetzt systematisch der Zugang zum regulären Schulunterricht verwehrt. Schulen verweigern die Aufnahme ausländischer Kinder wegen fehlender Registrierungen am Wohnort, einem ungeklärten Aufenthaltsstatus oder dem seit 2025 verpflichtenden Nachweis über ausreichende russische Sprachkenntnisse. Generell ist eine Bleibeperspektive nur für Ausländer*innen vorgesehen, die »russische traditionelle Werte« teilen. Für alle anderen gilt die Devise: ankommen, arbeiten und nach Beendigung des Beschäftigungsverhältnisses sofort ausreisen. Scharfe Kontrollen und digitale Überwachung sollen helfen, diese Ziele zu erreichen.

Personen werden grundlos erfasst

Insgesamt 27 Gesetzesinitiativen zur Verschärfung der aufenthaltsrechtlichen Bestimmungen für Ausländer*innen hat das russische Parlament in den vergangenen Monaten eingebracht: Ausreisepflicht für volljährige Kinder, Erhöhung von Abgaben, Erweiterung von Abschiebegründen und strengere Vorgaben beim obligatorischen Gesundheitscheck. Die Verabschiedung erfolgt meist einstimmig bei wenigen Enthaltungen. Im Februar brachte die Regierung ein umfangreiches Gesetzespaket ein, das den Aufenthalt von Migrant*innen und ihren Kindern an ihren Steuerbeitrag bindet. Der Parlamentsvorsitzende Wjatscheslaw Wolodin kündigte Ende Juni weitere Einschränkungen bei der Vergabe von Arbeitslizenzen im Gesundheitsbereich an. In 52 von 89 Landesregionen gelten bereits Restriktionen für ausländische Arbeitskräfte – etwa bei Lieferdiensten, Taxiunternehmen oder Apotheken.

Mit den Bestrebungen, Migration zu regulieren, einzudämmen und zu kontrollieren, liegt Russland im globalen Trend. Die russische Praxis missachtet dabei Menschenrechte, nicht nur durch Polizei- und Behördenwillkür.

Seit Februar 2025 führt das Innenministerium ein »Register unter Kontrolle stehender Personen«, das mehr als 850.000 Namen angeblich ausreise-

Der russische Staat stuft Migrant*innen als hochgradiges Sicherheitsrisiko ein.

pflichtiger Migrant*innen enthält. Menschenrechtsaktivist*innen berichten, dass auch Personen massenweise ohne ersichtlichen Grund erfasst würden, was für sie weitreichende Konsequenzen hat: Bankkonten werden blockiert, ein Wohnortwechsel ist untersagt, die Wiedereinreise verboten. Menschen aus ehemaligen Sowjetrepubliken mit visafreier Einreise und ohne festen Wohnsitz in Russland – ausgenommen Belarus – müssen seit Herbst 2025 bei einem Aufenthalt in Moskau und Umgebung die App Amina installieren. Ein perfektes Überwachungsinstrument: Die Betroffenen müssen mittels der App täglich Geodaten ihres aktuellen Aufenthaltsorts übermitteln, sonst droht die Abschiebung.

»Ich finde die App nicht schlecht«, sagt Komilshon* aus Usbekistan, »zumindest entfällt dadurch die Registrierung bei der Polizei.« Diese sei kompliziert, deswegen habe er sich auch schon mal eine gefälschte Meldebestätigung beschafft. Doch die App hat ihre Tücken. Der Usbeke berichtet von einer Mitbewohnerin, die auf der Straße aufgegriffen und festgenommen wurde. Angeblich waren ihre Geodaten trotz fristgerechter Übermittlung nicht in der Datenbank aufzufinden. Unabhängig überprüfen lässt sich die Datenerfassung nicht, obwohl die Behörden mit Transparenz werben. »Wir wissen nicht, wie und ob die App funktioniert, wir wissen nur, dass der gesamte Ablauf nicht abgestimmt ist«, erklärt die Juristin einer nichtstaatlichen Anlaufstelle für Migrant*innen, die aus Sicherheitsgründen nicht genannt werden kann.

Während die Behörden ausgiebig mit neuen Technologien experimentieren, haben sie durch die Kriminalisierung von Menschenrechtsorganisationen dafür gesorgt, dass Migrant*innen dem Machtmissbrauch des russischen Staats schutzlos ausgeliefert sind. ♦

* Im Mai 2025 hat die russische Regierung Amnesty International zur »unerwünschten Organisation« erklärt. Die Autorin und die Personen in diesem Bericht wurden zu ihrem Schutz anonymisiert.

»Wir übernehmen Verantwortung, die der Staat übernehmen müsste«

Die polnische Frauenrechtsaktivistin **Justyna Wydrzyńska** setzt sich mit ihrer NGO Aborcjny Dream Team für sichere Schwangerschaftsabbrüche ein. Trotz der neuen Regierung hat sich die Lage betroffener Frauen* kaum verbessert.

Interview: Karolina Kaltschnee

Sie wurden 2023 zu acht Monaten gemeinnütziger Arbeit verurteilt, weil Sie einer Schwangeren Abtreibungstabletten gegeben hatten. Sie gingen in Berufung. Wie haben Sie argumentiert?

Es ging einerseits darum, dass die Richterin aus unserer Sicht nicht ordnungsgemäß berufen worden war, andererseits um die Frage, ob die Weitergabe von Abtreibungstabletten überhaupt als Beihilfe zu einer Abtreibung nach Artikel 152 des polnischen Strafgesetzbuchs behandelt werden kann. Ich habe ja keine Abtreibung vorgenommen. Die Person entscheidet selbst, wann sie die Tabletten einnimmt und unter welchen Bedingungen. Jemandem Tabletten zu geben, bedeutet noch nicht, dass die Abtreibung tatsächlich stattfindet.

Amnesty setzte sich damals weltweit für Sie ein. Zwei Jahre später wurde das Urteil aufgehoben. Empfinden Sie das als Erfolg?

Nein. Denn mein Fall ist in die politische Auseinandersetzung um die polnische Justiz geraten. Das Berufungsgericht hob das Urteil wegen der Besetzung des vorherigen Gerichts auf. Plötzlich ging es nicht mehr um mich und meinen Fall.

Deshalb war ich frustriert – hätte das Berufungsgericht nicht die Justizkrise in den Vordergrund gestellt, wäre eventuell ein Freispruch möglich gewesen. Stattdessen müssen wir den gesamten Prozess von vorne durchlaufen. Besonders wichtig war für mich beim Berufungsurteil daher die abweichende Meinung einer Richterin. Sie sagte sinngemäß: Wenn der Staat keinen sicheren Zugang zu Abtreibungen gewährleistet und dadurch Menschen sterben, können Handlungen wie meine gerechtfertigt und sogar notwendig sein, um Leben zu retten.

Mit dem Regierungswechsel 2023 verbundenen viele Frauen große Hoffnungen. Haben die sich erfüllt?

Eigentlich nicht. Frauen haben weiterhin erschwerten Zugang zu Abtreibungen in Krankenhäusern, sie fahren deshalb nach wie vor ins Ausland. Dabei könnte die Regierung die Situation verbessern. Die Gefährdung von Gesundheit und Leben ist einer der wenigen legalen Gründe für einen Abbruch und weit gefasst. Die WHO definiert Gesundheit als körperliche und psychische Gesundheit, darunter könnte also auch eine ungewollte Schwangerschaft fallen. Doch die Regierung folgt dieser Definition nicht. Seit 2024 waren wir kein einziges Mal im Parlament. Als die PiS regierte, gab es praktisch keinen Monat, in dem wir nicht im Sejm waren. Die Kommission, die sich mit dem Abtreibungsrecht, mit Entkriminalisierung und

Legalisierung beschäftigen sollte, arbeitet seit mehr als einem Jahr nicht mehr. Sie ist nur noch Fassade.

Was bedeutet das für Schwangere, die eine Abtreibung brauchen?

Ihre Situation hat sich verschlechtert. Der Initiative Aborcja Bez Granic fehlt Geld, uns fehlt Geld. Noch vor einem Jahr konnten wir Schwangere unterstützen, die die Reise ins Ausland nicht selbst bezahlen konnten. Eine solche Reise kostet mindestens 1.000 Euro. Wir mussten inzwischen eine Obergrenze für finanzielle Hilfe festlegen. Betroffene setzen nun Schwangerschaften fort, weil sie sich die Reise nicht leisten können.

Welche Rolle spielt die Ärzteschaft in Polen?

Frauenärzte haben in Polen eine sehr starke Position. Und sie sind eines der größten Probleme beim Zugang zu sicheren Abtreibungen. Ärzte berufen sich auf die Gewissensklausel aus religiösen, moralischen oder ideologischen Gründen und verweigern oder verzögern Behandlungen und Abtreibungen – manchmal sogar, wenn der Fötus keine Überlebenschancen hat.

*»Es kann auch für uns gefährlich werden.«
Justyna Wydrzyńska*



Solidarität mit Justyna Wydrzyńska:
Amnesty-Aktion im März 2023 in Berlin.
 Foto: Paul Lovis Wagner

chance hat. Entgegen geltendem Recht hat die Ärzteschaft eine fiktive Grenze von ungefähr 24 Schwangerschaftswochen geschaffen. Danach werden praktisch keine Eingriffe mehr durchgeführt.

Gibt es Ärzt*innen, die Frauen dennoch helfen?

Ja, aber oft mit weitreichenden Konsequenzen. Eine Ärztin, die auch nach der 24. Woche Eingriffe vorgenommen hat, wurde von dem Europaabgeordneten Grzegorz Braun während ihres Dienstes im Krankenhaus mehrere Stunden in einem Raum festgehalten. Die Patientinnen auf der Station waren dadurch ohne ärztliche Betreuung. Später verlor die Ärztin ihre Stelle. Und vor den Krankenhäusern, in denen sie nun arbeitet, gibt es Demonstrationen.

Sie haben vor eineinhalb Jahren gegenüber dem polnischen Parlamentgebäudes ein Abtreibungszentrum eröffnet. Wie arbeiten Sie?

Unsere Hotline ist zwölf Stunden täglich erreichbar. Schwangere, die einen Abbruch brauchen, können sich bei uns beraten lassen und Abtreibungstabletten einnehmen. In unserem Zentrum haben in eineinhalb Jahren rund 150 Menschen eine medikamentöse Abtreibung durchgeführt. Unser Team besteht aus drei Hauptamtlichen und rund 17 Ehrenamtlichen.

Wie sind heute die Bedingungen Ihrer Arbeit?

Unsere Arbeit ist heute schwieriger als vor dem Regierungswechsel. Weil das Ausland glaubt, die Problematik in Polen sei gelöst, fließen weniger Fördergelder. Und wir werden angegriffen. Seit eineinhalb Jahren demonstrieren regelmäßig Abtreibungsgegner vor unserem Zentrum, es gab vier Anschläge mit Butter säure. Wir haben Kontakt zu Mitgliedern der Regierung; und trotzdem haben wir nicht das Gefühl, geschützt zu werden.

Wie laufen die Proteste ab?

Die Demonstrierenden kommen ein- oder zweimal pro Woche, wir wissen nie, wann. Unser Zentrum liegt in einem 13-stöckigen Wohnhaus, der Lärm trifft auch die Bewohner. Das ist systematische Belästigung. Aus unserer Sicht wollen sie so Druck auf die Eigentümerin ausüben, damit sie unseren Mietvertrag kündigt, der noch bis Ende des Jahres läuft. Ob er verlängert wird, wissen wir nicht. Und auch nicht, was nach der nächsten Wahl passiert. Wir richten uns darauf ein, dass wir umziehen müssen, vielleicht sogar inhaftiert werden. Es kann auch für uns persönlich gefährlich werden.

Was braucht es jetzt?

Wir brauchen Ruhe vor unserem Zentrum. Auch die Menschen in diesem Haus brauchen Ruhe. Ihr wollt protestieren? Dann protestiert – aber leise. Natürlich brauchen wir auch Geld, Aufmerksamkeit, Druck auf die Politik, Berichterstattung aus dem Ausland.

Steht die polnische Zivilgesellschaft zu Ihnen?

Die Gesellschaft unterstützt uns, sie ist solidarisch. Wenn wir Hilfe brauchen, melden sich Menschen. Aber viele sind von der Politik enttäuscht, weil sie Versprechen nicht erfüllt hat. Das gilt insbesondere für junge Menschen und Frauen, die dieser Regierung 2023 zum Wahlsieg verholfen haben. Ich glaube deshalb nicht, dass es bei den nächsten Wahlen dieselbe Mobilisierung geben wird. Viele winken nur noch ab und sagen: Soll passieren, was passiert.

Und Sie persönlich?

Damals hatten wir große Hoffnungen. Uns war klar, dass eine Gesetzesänderung schwierig werden könnte, aber wir hofften zumindest auf konkrete Verbesserungen. Heute bin ich enttäuscht von dieser Regierung. Politikerinnen und Politiker, die uns unterstützt, mit uns Fotos gemacht und sich als Verbündete bezeichnet haben, sind jetzt an der Macht. Trotzdem hat sich für uns nur wenig verändert: Es kommen weiterhin Menschen zu uns, wir begleiten weiterhin Abtreibungen. Damit übernehmen wir Verantwortung für Menschen, die uns ihre Sicherheit anvertrauen. Eine Verantwortung, die eigentlich der Staat übernehmen müsste. ♦

DAS STECKT DRIN: VERFOLGTE HUMANITÄRE HELFER*INNEN

Wer humanitäre Hilfe leistet, riskiert oft Leib und Leben: Laut den Vereinten Nationen sind im vergangenen Jahr so viele Mitarbeiter*innen von Hilfsorganisationen in Kriegs- und Konfliktgebieten angegriffen worden wie nie zuvor. Insgesamt wurden 907 Helfer*innen getötet, verletzt oder entführt, 2024 waren es 833. Die Zahl der Todesopfer sank leicht auf 350, nachdem sie 2024 einen Höchstwert von 387 erreicht hatte. Im laufenden Jahr 2026

wurden bislang weltweit bereits 82 humanitäre Helfer*innen getötet, 97 verletzt und 39 entführt. Betroffen waren vor allem örtliche Einsatzkräfte.

Ein Grund für die zunehmende Gefahr ist den UN zufolge der verstärkte Einsatz bewaffneter Drohnen. So wurden im März 2026 bei Drohnenangriffen in Goma im Osten der Demokratischen Republik Kongo mindestens drei Menschen getötet. Auch im Sudan und in der Ukrai-

ne griffen Drohnen wiederholt Hilfskonvois an. Der mit Abstand gefährlichste Einsatzort für humanitäre Helfer*innen war im vergangenen Jahr der Gazastreifen mit 186 getöteten Mitarbeiter*innen, gefolgt vom Sudan mit 71. UN-Generalsekretär António Guterres nannte das Ausmaß der Gewalt entsetzlich. Er rief die Staaten dazu auf, das humanitäre Völkerrecht zu respektieren und die Täter zur Rechenschaft zu ziehen.

DIE ZAHL: 134

In der honduranischen Gemeinde Cedeño hat sich die Küstenlinie zwischen 2004 und 2026 um 134 Meter zurückgezogen. Das entspricht einem Gebietsverlust von 6,13 Metern pro Jahr. Obwohl Honduras kaum Treibhausgasemissionen verursacht, ist das Land besonders stark von der Klimakrise betroffen.

Sturmfluten, Küstenerosion und der steigende Meeresspiegel beeinträchtigen die Menschenrechte der Einwohner*innen von Cedeño. Darauf weist ein im Juni veröffentlichter Amnesty-Bericht hin. »Die aktuelle Situation ist das Ergebnis jahrelanger

Untätigkeit im Klimabereich, sowohl seitens des honduranischen Staats als auch der internationalen Gemeinschaft«, sagte Ana Piquer, Amnesty-Direktorin für Nord- und Südamerika.

Nur noch wenige Menschen in Cedeño haben Zugang zum Wasserversorgungsnetz, weil dieses bei Sturmfluten beschädigt wurde. Auch die Ernährungssicherheit ist gefährdet, denn die Familien in der Region leben hauptsächlich von der Fischerei. Aufgrund der Sturmfluten können ihre Boote jedoch oft nicht auslaufen. Außerdem gehen die Fänge zurück, weil im Zuge

der Küstenerosion auch die Mangrovenwälder verschwinden.

Aufgrund der hohen Kosten für Trinkwasser und Nahrungsmittel ist die finanzielle Lage vieler Familien angespannt. Auch den Wiederaufbau ihrer bei Sturmfluten beschädigten Häuser müssen sie aus eigener Tasche bezahlen, was häufig zu Verschuldung führt. Amnesty International fordert die honduranische Regierung auf, einen Umsiedlungsplan für Cedeño vorzulegen, der internationalen Menschenrechtsstandards entspricht, ausreichend finanziert ist und die Bevölkerung wirksam beteiligt.

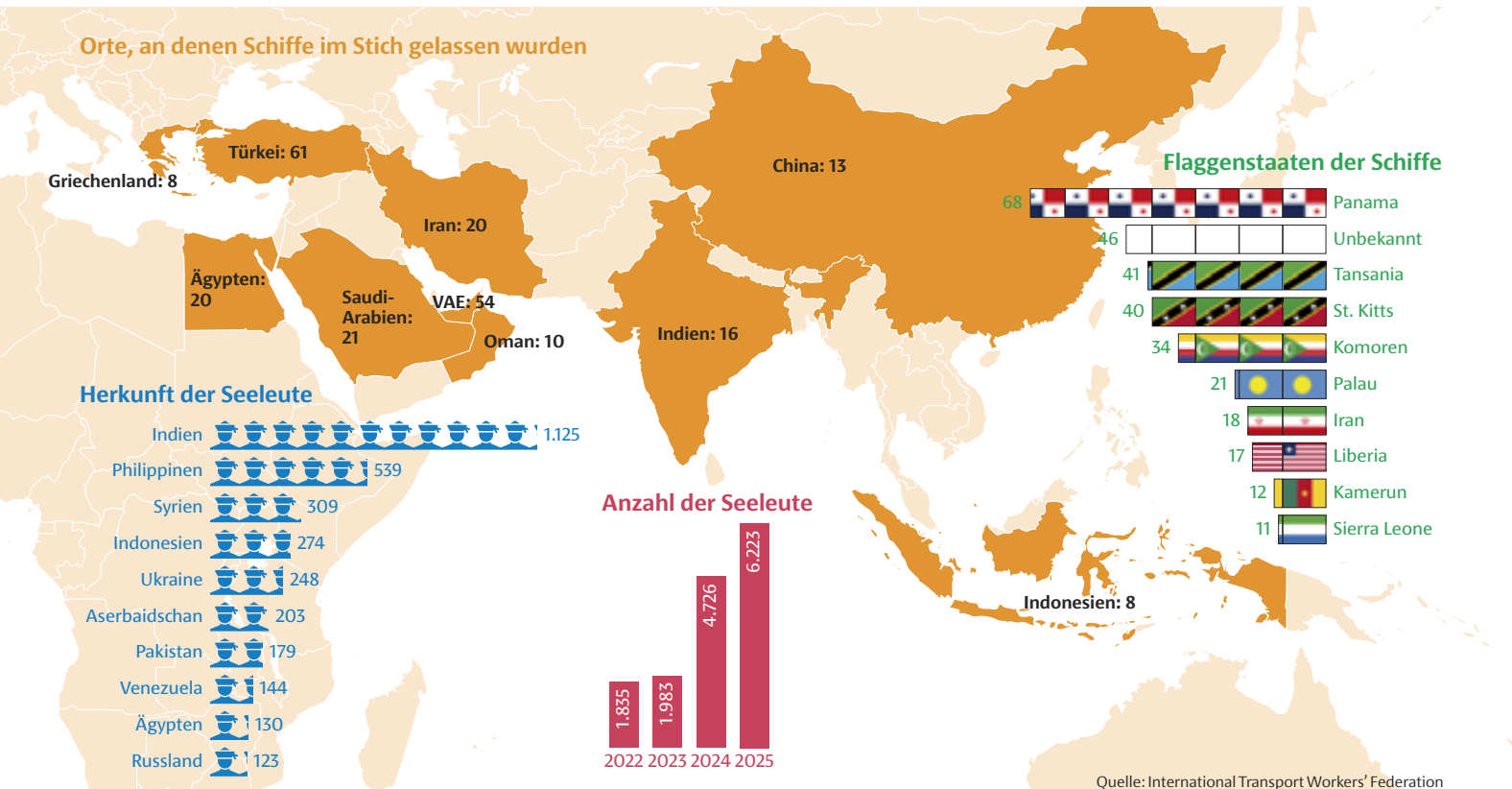
Cedeño an der honduranischen Küste.

Foto: Tomas Ayuso / Bloomberg / Getty Images

SKIZZIERT: SEELEUTE SITZEN FEST

Weltweit sitzen Tausende Seeleute in fremden Häfen oder auf hoher See fest. Sie werden von ihren Reeder*innen zurückgelassen, ohne die Kosten für ihre Heimreise zu übernehmen. Viele erhalten monatelang keine Bezahlung und werden ohne Nahrung, Wasser und menschenwürdige Unterkunft im Stich gelassen. 2025 verzeichnete die Internationale Transportarbeiter-Föderation (ITF) einen Höchststand von 6.223 betroffenen Seeleuten auf insgesamt 410 Schiffen. Die meisten waren Inder*innen, gefolgt von Philippiner*innen und Syrer*innen. Am häufigsten lagen die Schiffe in der Türkei. Derzeit sitzen nach Angaben der ITF zudem mehr als 20.000 Seeleute in der Straße von Hormus fest.

Hauptverantwortlich für die humanitäre Krise auf See ist das System der sogenannten Billigflaggen: Auf einem Schiff gilt das Recht des Staats, dessen Flagge auf dem Schiff gehisst ist. Um Umwelt- und Arbeitsschutzrichtlinien zu umgehen, werden als Flaggenstaaten Länder wie Panama oder Tansania gewählt. Sie führten 2025 mit 68 bzw. 41 betroffenen Schiffen die Negativliste an. Von 46 Schiffen war die Zugehörigkeit nicht bekannt. Die ITF fordert, dass Flaggenstaaten den wirtschaftlichen Eigner eines Schiffs dokumentieren müssen und Schiffe, die wiederholt Seeleute zurücklassen, auf schwarze Listen kommen.



BESSER MACHEN: EIN NETZ FÜR ALLE

Die gemeinnützige Organisation SUPERRR mit Sitz in Berlin setzt sich seit 2019 für eine gerechtere und feministische digitale Zukunft ein. Mehr als 200 FLINTA-Personen (Frauen, Lesben, intergeschlechtliche, nichtbinäre, transgeschlechtliche und agender Personen) aus den Bereichen Kunst, Wissenschaft, Technologie, Journalismus und Aktivismus haben sich zur SUPERRR-Community zusammengeschlossen. Sie wollen, dass alle Menschen gleichermaßen von der Digitalisierung profitieren und ihre Grundrechte gewahrt werden.

SUPERRR hat Leitlinien für einen zukunftsfähigen digitalen Verbraucher*innenschutz erstellt, die dazu aufrufen, »dem Zusammenspiel von Personalisierung, Profiling und digitaler Diskriminierung wirksame Alternativen« entgegenzusetzen und faire digitale Geschäftsmodelle und gemeinwohlorientierte Alternativen zu stärken. In einer Studie hat SUPERRR die »digitale Handlungsfähigkeit des Engagementsektors« in Deutschland untersucht.

Außerdem entwerfen die Aktivist*innen in diversen Online-Publikationen



alternative Zukunftsvisionen für die digitale Gesellschaft und entlarven Mythen rund um Künstliche Intelligenz.

Mehr unter: superrr.net

Überlebende abermals bedroht

Sie flohen vor dem Völkermord im Irak und in Syrien und sind nun von Abschiebung bedroht: Tausende Jesid*innen leben derzeit in Deutschland. **Von Till Schmidt**



Sie gedenken der Opfer des Genozids
von 2014. Sindschar, Irak, August 2024.

Foto: Alessio Mamo / Redux / laif

Was vor zwölf Jahren im Nordirak passierte, erscheint immer noch unwirklich, weil die Brutalität so enorm

war. Nachdem die bewaffnete Gruppe Islamischer Staat (IS) im Sommer des Jahres 2014 Teile Iraks und Syriens unter ihre Kontrolle gebracht hatte, überfiel sie jesidische Dörfer und Städte in der Region Sindschar und startete einen systematischen Vernichtungsfeldzug. Getrieben von Gewaltlust und religiösem Furor ermordete der Islamische Staat mindestens 5.000 jesidische Männer und verschleppte etwa 7.000 Frauen und Mädchen in die Sklaverei. Sexualisierte Gewalt und systematische Vergewaltigungen waren an der Tagesordnung. Bis heute konnten knapp 3.500 Mädchen und Frauen von ihren Peinigern befreit oder freigekauft werden.

»Islamisten betrachten die Jesiden traditionell als ›Teufelsanbeter‹«, erklärt die deutsch-jesidische Autorin Ronya Othmann. »Wir sind für sie vogelfrei.« Othmann hat sich in ihren Büchern und Artikeln vielfach mit dem Genozid an den Jesid*innen, seiner Vorgeschichte und seinen Nachwirkungen auseinandergesetzt. »Obwohl der IS mittlerweile militärisch besiegt ist, setzt sich die Verfolgung und Diskriminierung von Jesiden im Irak und in Syrien fort«, sagt sie.

Bis heute harren etwa 200.000 Jesid*innen, die vor dem IS fliehen konnten, in irakischen Flüchtlingslagern aus. Viele andere konnten ins Ausland gelangen, auch nach Deutschland. Hier existiert mit bis zu 250.000 Menschen die weltweit größte jesidische Diaspora. Weltweit gibt es Schätzungen zufolge bis zu eine Million Jesid*innen. »Bis zum Genozid war das Jesidentum der großen Mehrheit der Deutschen überhaupt kein Begriff«, sagt der Orientalist und Psychologe Jan Ilhan Kizilhan. Es handelt sich dabei um eine eigenständige, monotheistische Religion, deren Wurzeln bis zu vier Jahrtausende zurückreichen. Die Jesid*innen selbst sehen sich mehrheitlich als Kurd*innen.

Kein sicherer Ort

Aufgrund des Völkermords durch den IS stellte das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) 2014 eine sogenannte Gruppenverfolgung von Jesid*innen im Irak fest. In der Folge erhielten mehr als 100.000 geflohene Jesid*innen einen Schutzstatus. 2017 nahm das BAMF seine Einschätzung zurück und begründete das mit einer verbesserten Sicherheitslage vor Ort. Daraufhin lehnten deutsche Behörden mehr Asylanträge jesidischer Schutzsuchender ab. Bundesweit sind

laut Pro Asyl derzeit 5.000 bis 10.000 irakische Jesid*innen ausreisepflichtig und von Abschiebungen in den Irak bedroht.

»Ihre Herkunftsregion ist aber kein sicherer Ort«, sagt Jan Ilhan Kizilhan. In Sindschar seien noch immer fast 80 Prozent der öffentlichen Infrastruktur und der Wohngebäude zerstört. Für die Abgeschobenen bleibt nur ein Leben in den provisorischen Flüchtlingslagern. Die stehen unter finanziellem Druck, vor allem nachdem US-Fördermittel weggefallen sind. Die irakische Regierung möchte die Lager gerne auflösen. »Man würde die geflüchteten Überlebenden in ein genozidales Umfeld zurückschicken. Einiges vor Ort erinnert an die traumatische Verfolgung durch den IS«, sagt Kizilhan.

Für Ronya Othmann sind die drohenden und teilweise bereits erfolgten Abschiebungen Ausdruck von »moralischer Kälte«. Gründe hierfür seien eine gegen Immigration gerichtete Stimmung in Deutschland und der wahltaktische Versuch von Parteien der Mitte, rechtspopulistische Politik zu imitieren. Mit Wut und Unverständnis erzählt sie von einigen jungen Jesiden, die als Überlebende des Genozids nach Deutschland kamen und hier ihr Leben in die Hand nehmen. Für sie steht nun möglicherweise alles auf dem Spiel, was sie sich aufgebaut haben.

Jesid*innen und das Weltrechtsprinzip

Nicht betroffen von den drohenden Abschiebungen sind die 1.100 Frauen und Kinder, denen Baden-Württemberg 2015 über ein Sonderaufnahmeprogramm Zuflucht bot. Jan Ilhan Kizilhan leitete das Programm damals. Im Vordergrund stand, Frauen und Kindern eine sichere Umgebung zu bieten. Das schloss auch eine psychosoziale Versorgung mit ein. »Eine wichtige Komponente der zugesicherten Versorgung war die Familienzusammenführung, doch noch immer gibt es 30 Fälle, in denen Ehemänner darauf warten, nach Deutschland kommen zu dürfen, weil die Voraussetzungen hierfür so streng sind«, sagt Kizilhan.

Bei der juristischen Aufarbeitung des Völkermords nimmt Deutschland eine Vorbildfunktion ein. Im November 2021 verurteilte das Oberlandesgericht Frankfurt am Main ein ehemaliges IS-Mitglied wegen Völkermords und Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu lebenslanger Haft. »Das war das weltweit erste Gerichtsurteil, das die Verbrechen des IS an den Jesiden als Völkermord einstufte«, sagt Teresa Quadt. Sie ist Mitglied der Themenkoordinationsgruppe Völker-

**»Obwohl der IS militärisch besiegt ist, setzt sich die Verfolgung und Diskriminierung von Jesiden im Irak und in Syrien fort.«
Ronya Othmann**

strafrecht von Amnesty Deutschland und hat eine umfassende Dokumentation zu diesem Verfahren mitveröffentlicht.

»Grundlage für den Prozess war das sogenannte Weltrechtsprinzip, das in Deutschland seit 2002 gilt. Damit ist es möglich, Völkerstraftaten unabhängig vom Tatort und der Nationalität des Täters sowie der Opfer zu verfolgen«, sagt Quadt. Das war im Prozess gegen den Iraker Taha Al-J. der Fall. Als IS-Mitglied hielt er im Irak und in Syrien eine jesidische Mutter und ihre Tochter als Sklavinnen. Das fünfjährige Mädchen ließ er qualvoll in der Sonne verdursten.

Nach diesem historischen Urteil folgten die offizielle Anerkennung des Genozids durch den Bundestag sowie weitere Gerichtsprozesse gegen IS-Mitglieder unter Berufung auf das Weltrechtsprinzip, zuletzt im Juli 2026 in München. Doch gibt es Verbesserungsbedarf. Nach Ansicht von Teresa Quadt mangelte es im Gerichtsverfahren gegen Taha Al-J. an psychosozialer Prozessbegleitung für aussagende jesidische Betroffene und an einer »Outreach-Strategie«. »Um die Betroffenengruppen weltweit zu erreichen, gibt es bei ähnlichen Prozessen in anderen Ländern Online-Live-Streams der Sitzungen oder umfassende Übersetzungen auf Englisch – das sollte auch in Deutschland üblich werden.« Menschenrechtsorganisationen und Teile der Politik fordern seit Langem einen bundesweiten Abschiebestopp und eine gesicherte Bleibeperspektive für Jesid*innen aus dem Irak, die nach dem Genozid Zuflucht in Deutschland finden konnten. ♦

Dokumentation der Themenkoordinationsgruppe Völkerstrafrecht von Amnesty Deutschland zum Prozess gegen Taha Al-J.: amnesty-voelkerstrafrecht.de/2026/01/neue-publikation-zu-weltweit-erstem-strafverfahren-wegen-voelkermordes-an-jesidinnen/



Gefährliche Gerüchte

In der ethnisch gespaltenen Gesellschaft des Kosovos führen Hassrede und Diffamierungskampagnen zu Drohungen, Übergriffen und Morden.
Aus Pristina von Serbeze Haxhijaj

Dragana Vukašinović ist soeben in ihr Haus im Nordkosovo zurückgekehrt, nachdem sie ihren Sohn Milan in einem Belgrader Krankenhaus besucht hat. »Ich kann sehen, wie sich sein Gesundheitszustand verschlechtert, aber ich habe immer noch keinen Zugang zu seinem medizinischen Bericht«, erzählt sie. Über ihren Anwalt hat sie beantragt, dass Milan im Ausland behandelt werden darf und anschließend die Möglichkeit erhält, vor Gericht auszusagen. Ihr Sohn wurde am 1. November 2025 im Grenzgebiet zwischen Kosovo und Serbien durch Schüsse schwer verletzt und in ein serbisches Krankenhaus gebracht. Nach einer anhaltenden Medienkampagne wurde er in Haft genommen und wegen Spionage angeklagt. Seither ist er mal im Krankenhaus, mal im Gefängnis.

Nachdem ein Arzt Dragana Vukašinović über den Vorfall informiert hatte, erhielt sie einen Monat lang keine Informationen über seinen Aufenthaltsort. Erst nach sechs Wochen durfte sie ihn besuchen. Zu diesem Zeitpunkt war ihm bereits eine schwer geschädigte Niere entfernt worden, eine weitere Kugel steckte noch in seinem Brustkorb.

Nach Angaben von Dragana Vukašinović wurde ihr Sohn im Jahr 2022 erstmals zur Zielscheibe. Damals hatte er sich geweigert, an einem Boykott teilzunehmen, den die serbische Minderheit im Kosovo initiiert hatte und der sich gegen Milans

Arbeitgeber, das Kosovarische Versicherungsbüro in Nord-Mitrovica, richtete. Danach war Milan Vukašinović mehr als ein Jahr lang Kampagnen serbischer Medien wie TV Pink, Novosti, TV Happy und Naslovi ausgesetzt, die ihn als »Spion der kosovarischen Regierung für 500 Euro« darstellten – 500 Euro waren sein Gehalt.

»In dieser Region ist eine Medienkampagne eine Warnung«, sagt Dragana Vukašinović. Im Oktober 2023 wurde ein Sprengsatz auf das Auto ihres Sohnes geworfen. Ein Jahr später setzte jemand sein Haus in Brand. Trotz der Angriffe erhielt er keinen Polizeischutz. »Er hatte Angst, dass die Bitte um Polizeischutz zu einer noch größeren Stigmatisierung führen würde. Der Mediendruck hatte ihn bereits gebrochen«, sagt sie.

»Öffentliche Lynchjustiz«

Wie im Fall Vukašinović führen Hass- und Diffamierungskampagnen in der Region immer wieder zu Übergriffen und sogar zu Tötungen. Laut Anja Andusić vom Media Diversity Institute Western Balkan hat Hassrede in serbischen und serbischsprachigen Medien ein besorgniserregendes Ausmaß erreicht. Sie spricht von »öffentlicher Lynchjustiz«. »In mehreren Fällen hat eine Sprache, die Personen als Verräter darstellt, zu direkten Angriffen geführt.« Attacken gegen Einzelne und Gerüchte über einen angeblichen Geheimplan der kosovarischen Regierung zur Vertreibung von Serb*innen zielen auf ethnische Spaltung, sagt Shkelzen Osmani, Direktor der Faktencheck-Plattform Hibrid.info. »Solche Darstellungen desinformieren die Bürger, fördern Angst und

interethnische Feindseligkeit und bergen das Risiko, zu Gewalttaten beizutragen.«

Ein prominentes Beispiel ist Oliver Ivanović. Der umstrittene serbische Politiker in Nordkosovo wurde im Januar 2018 ermordet, nachdem ein Kampagnenspot in den serbischen und serbischsprachigen Sendern TV Most, TV Pink und TV Happy ihn als Verräter dargestellt hatte, der gemeinsam mit Kosovo-Albaner*innen gegen serbische Interessen arbeite.

In der ethnisch tief gespaltenen Gesellschaft des Kosovos sind Gerüchte gefährlich, insbesondere wenn sie den Krieg betreffen, der inzwischen fast drei Jahrzehnte zurückliegt. So berichteten im Jahr 2019 mehrere Medien, dass Gani Rama, ein Roma aus Podujeva im Nordosten des Kosovos, wegen des Verdachts festgenommen worden sei, 1999 gemeinsam mit serbischen Paramilitärs Kriegsverbrechen begangen zu haben. Sie veröffentlichten seinen Personalausweis und riefen Zeug*innen seiner angeblichen Verbrechen dazu auf, die Polizei zu kontaktieren. Ein Jahr später starb Rama, nachdem ein Mann ihn eine Treppe hinuntergestoßen hatte.

Bei dem Prozess gegen den Täter entschied ein Gericht in Pristina 2023, bei Ramas Tod habe es sich um einen Unfall gehandelt. Die Medienberichte vor seinem Tod spielten im Prozess keine Rolle. Das Gericht stützte seine Entscheidung auf eine Videoaufnahme des Sturzes ohne Ton. Das Verfahren fand ohne Zeug*innen, Familienmitglieder und den Anwalt der Familie statt. Gegen Rama war nie wegen Kriegsverbrechen ermittelt



Tatort: Milan Vukašinović wurde am 1. November 2025 in seinem Auto durch Schüsse schwer verletzt. Zuvor gab es gegen ihn eine mediale Hasskampagne.

Foto: privat. Mit freundlicher Genehmigung der Familie Vukašinović

»Die Medien richten dich zuerst hin. Meine Familie lebt in Angst, meine Kinder werden schikaniert.«
Radojica Radomirović,
Politiker

worden. »Ich verstehe nicht, warum die Staatsanwaltschaft und das Gericht all diese Medienberichte ignorierten«, sagt Hisni Musa, ein Nachbar von Rama.

Versäumter Schutz

Kriegsbiografien werden als mächtiges Instrument genutzt, um politische Gegner*innen oder öffentliche Persönlichkeiten zu diskreditieren. Für Kosovo-Albaner*innen birgt vor allem der Vorwurf, mit Serbien kollaboriert zu haben, große Gefahr. Der Kosovo-Albaner N. R., der nach zwei überlebten Mordanschlägen anonym bleiben möchte, verließ den Kosovo vor Jahren, nachdem mehrere kosovarische Medien berichtet hatten, er habe gegen seine ehemaligen Guerillakameraden aus Kriegszeiten ausgesagt. »Es war ein Versuch, mich zu beseitigen, mich so wie meine Familie zu entehren«, sagt er.

Der Tod des Polizeibeamten Fadil Sylviqi im Jahr 2021 ist weiterhin Gegen-

stand von Ermittlungen. In den Jahren vor seinem Tod hatten mehrere kosovarische Medien berichtet, der ethnische Albaner habe vor dem Ende der Herrschaft Belgrads über den Kosovo im Jahr 1999 in der serbisch kontrollierten Polizei gedient.

Derzeit wird Radojica Radomirović, Mitglied der ZSPO, der Partei der serbischen Minderheit im Kosovo, von serbischen bzw. serbischsprachigen Medien als Verräter bezeichnet. Er erhält nach eigener Aussage Morddrohungen. »Die Medien richten dich zuerst hin. Meine Familie lebt in Angst, und meine Kinder werden in der Schule schikaniert.«

Kosovo-Serb*innen, die von regierungsnahen Medien in Serbien ins Visier genommen werden, insbesondere jene, die nicht für die eine oder andere Seite Partei beziehen, bleiben oft schutzlos. Tamara Filipović, Generalsekretärin des Unabhängigen Journalistenverbands in

Serbien, warnt, ihr Land habe »seit Jahren ein ernstes Problem mit Straflosigkeit und reagiert nicht wirksam auf gezielte Medienkampagnen«. Hassrede und eine Rhetorik, die Lynchjustiz fördert, falle nicht unter freie Meinungsäußerung. Arbër Vokrri, ehemaliger stellvertretender Minister für lokale Selbstverwaltung, der für die Integration der Serben im Norden des Kosovo zuständig war, kritisiert, auch die kosovarischen Behörden hätten es wiederholt versäumt, Opfer von Hasskampagnen zu schützen.

Besim Kelmendi trat Ende 2025 als kommissarischer Generalstaatsanwalt des Kosovo zurück, nachdem Berichte ihn mit einem berüchtigten serbischen Richter während des Krieges in Zusammenhang gebracht hatten. Belmendi weist die Vorwürfe zurück. »Der Kosovo hat eine Vergangenheit, die oft genutzt wird, um Medienangriffe und öffentliche Lynchkampagnen zu befeuern«, sagt er. Dabei würden die Kriegsbiografie und die berufliche Vergangenheit einer Person instrumentalisiert. »Solche Berichte schädigen nicht nur den Ruf einer Person, sondern gefährden auch ihr Leben.«

Ein Problem, das die Anwältin und Menschenrechtsaktivistin Rina Kika in beiden Ländern sieht. Sie kritisiert, dass »Lynchkampagnen gegen Menschen, die den Regierungen im Kosovo oder in Serbien nicht passen, nicht verurteilt werden«. Dies sei »eine stillschweigende Legitimierung«. ♦

KRITISCH UND VORBILDLICH

Indigene waren in der Medienlandschaft Guatemalas lange unsichtbar. Der Journalist **Carlos Ernesto Choc** zeigt, dass es auch anders geht. *Von Knut Henkel*

Carlos Ernesto Choc ist sehr vorsichtig, was seine aktuellen Recherchen betrifft. Er arbeitete zuletzt intensiv zu Menschenrechtsverletzungen auf Palmölplantagen, aber auch zur Geschichte deutscher Kaffeeplantagen im Norden Guatemalas. In diesem Zusammenhang reiste der Journalist Ende November 2025 auch nach Wien, Berlin und Hamburg. Mehr will er sich nicht entlocken lassen. »Zu gefährlich«, sagt Choc.

Der 43-jährige wurde in der Kleinstadt El Estor am Ufer des Izabal-Sees im Osten Guatemalas geboren und wuchs dort auf. Heute ist er häufig im Norden des Landes unterwegs und beschäftigt sich vor allem mit Umwelt- und Landkonflikten. Zunächst berichtete Choc für regionale Radiostationen, doch wurden denen seine Berichte irgendwann zu brisant – sie fürchteten, Werbekunden zu verlieren. Ende 2016 wechselte der Journalist zu Prensa Comunitaria, einer investigativen Nachrichtenagentur, die über all jene berichtet, die in Guatemala oft keine Stimme haben: Indigene und indigene Gemeinden. Das ist paradox, denn zwischen 44 und 54 Prozent der 18 Millionen Bürger*innen Guatemalas sind indigener Herkunft. Choc ist einer von ihnen, er gehört zur Bevölkerungsgruppe der Maya Q'eqchi'.

2017 berichtete Choc über die Fenix-Nickelmine am Izabal-See. Dessen Wasser war plötzlich stellenweise rot gefärbt. Die Fischer und Fischerinnen, überwiegend Maya Q'eqchi', wandten sich an das Umweltministerium und erstatteten Anzeige gegen den Bergbaukonzern und die Bergbauergesellschaft Solway Investment Group, denn sie befürchteten, der See könne durch Chemikalien verseucht sein. Laboruntersuchungen wiesen später eine Kontamination mit Schwermetallen und Chemikalien nach. Carlos Ernesto Choc überprüfte zuerst die Konzession der Mine und stellte Verstöße fest: »Die lokale Bevölkerung ist nie gefragt worden, ob sie mit der Nickelförderung in der Region einverstanden sei. Das ist jedoch gemäß der ILO-Konvention 169 zum Schutz indigener Völker Vorschrift.«



Foto: Knut Henkel

Zudem hielt der Journalist auf einem Video die Schüsse fest, die den Fischer Carlos Maaz im Jahr 2017 töteten. Choc geriet deshalb ins Visier der Strafverfolgungsbehörden und musste sich jahrelang mit zwei Strafanzeigen auseinandersetzen, eine von der Polizei und eine der Bergbauergesellschaft der Nickelmine. Man warf ihm »Anstiftung zu einer Straftat« und »Teilnahme an illegalen Zusammenkünften« vor. Zwischenzeitlich wurde er sogar per Haftbefehl gesucht und musste untertauchen. Die Menschenrechtsorganisation CALDH unterstützte den Journalisten, beide Strafverfahren wurden 2022 mangels Beweisen eingestellt.

Choc ist kein Einzelfall, derzeit ermitteln die Strafverfolgungsbehörden in Guatemala gegen mehrere Dutzend Journalisten, etliche sind ins Ausland geflohen, viele haben ihren Beruf aufgegeben. Nicht so Carlos Ernesto Choc. 2022 endete seine Mitarbeit bei Prensa Comunitaria, seither ist er als Freiberufler aktiv, auch für internationale Medien. Er knüpfte bereits im Zuge seiner Recherche über die Nickelmine Kontakte zur internationalen Presse, darunter auch zu Forbidden Stories. Inzwischen arbeitet er regelmäßig für das gemeinnützige Recherchenetzwerk mit Sitz in Paris. Auch für seine Recherchen über Palmölplantagen ist Forbidden Stories für ihn der erste Ansprechpartner.

Außerdem hat er in El Estor ein kleines Netzwerk von sieben, acht Kollegen aufgebaut, die einen basisdemokratischen »Journalismus von unten« anstreben. Sein Nachfolger bei Prensa Comunitaria, Juan Bautista Xol, ist beeindruckt vom Werdegang Chocs: »Für mich ist Carlos als indigener Berichterstatter ein Vorbild.« ♦

LITHIUMABBAU IN USA OHNE ZUSTIMMUNG VON INDIGENEN

Die US-Regierung verstößt gegen internationale Menschenrechtsstandards, indem sie den Bau neuer Lithiumminen ohne die freie, vorherige und informierte Zustimmung Indigener Völker vorantreibt und damit deren Kultur, Gesundheit, Wasser und Umwelt gefährdet. Dies zeigt ein im Mai von Amnesty International veröffentlichter Bericht. Es geht um drei große Abbauprojekte: die Thacker-Pass-Lithium-Mine des kanadischen Unternehmens Lithium Americas, die sich bereits im Bau befindet, das Nevada-North-Lithium-Project und das Rhyolite-Ridge-Lithium-Boron-Project. Amnesty recherchierte die Situation vor Ort und sprach mit Angehörigen Indigener Völker. Viele

Interviewte erklärten, dass sie sich von der US-Regierung missachtet fühlten. So erklärte Shelley Harjo, ein Mitglied des Fort McDermitt Paiute und Shoshone Tribes, der von der Thacker-Pass-Mine betroffen ist: »Wir wurden einfach übergangen.«

Angesichts der weltweit steigenden Nachfrage nach Lithium, die durch die Energiewende und den raschen Ausbau von Rechenzentren für künstliche Intelligenz (KI) vorangetrieben wird, hat sich Nevada zu einem Zentrum für den Abbau entwickelt. Der Bundesstaat verfügt über rund 85 Prozent der bekannten Lithiumreserven in den USA. Die Gewinnung und Verarbeitung von Lithium in der trocke-

nen Hochwüste Nevadas birgt erhebliche Umweltrisiken – darunter Grundwasserverknappung, Kontamination und Verlust der biologischen Vielfalt. »Im Wettlauf um sogenannte kritische Mineralien beschleunigt die Trump-Regierung die Erteilung von Bergbaugenehmigungen, schwächt jedoch gleichzeitig die Umweltaufsicht und treibt die Rohstoffgewinnung auf Kosten der Menschenrechte und des Umweltschutzes voran«, sagte Alysha Khambay, Expertin für Wirtschaft und Menschenrechte von Amnesty International.

([amnesty.org/en/documents/amr51/0741/2026/en/](https://www.amnesty.org/en/documents/amr51/0741/2026/en/), siehe auch »Widerstand gegen Landnahme«, Amnesty Journal 02/26)

KRIEGSVERBRECHEN IM SUDAN



Den Gräueln entkommen: Flüchtlinge, auch aus Al-Faschir, in einem Lager. Al-Afad, Sudan, Januar 2026.

Foto: Muhammed Emin Canik / Anadolu / Getty Images

Die paramilitärischen Rapid Support Forces (RSF) belagerten 18 Monate lang die Stadt Al-Faschir im Südwesten des Sudans. Die Belagerung richtete sich gegen die nicht-arabische Bevölkerung der Stadt. Ein im Juli veröffentlichter Bericht von Amnesty International belegt, dass die Zivilbevölkerung von Anfang 2024 bis Oktober 2025 systematisch an der Flucht gehindert, entführt und getötet wurde. Amnesty ordnet die Menschenrechtsverletzungen der RSF als Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Kriegsverbrechen und ethnische Säuberungen ein. Zu den Gewalttaten zählen die Ermordung und

Massakrierung insbesondere von Jungen und Männern, Verschleppung, Inhaftierung, Folter, Vergewaltigung, sexuelle Versklavung und andere Formen sexualisierter Gewalt gegen Mädchen und Frauen. Hunderttausende Kinder wurden vertrieben, unzählige wurden zu Waisen. Außerdem wurden Minderjährige zwangsweise als Soldat*innen rekrutiert. 70 Prozent der Bevölkerung litten unter Mangelernährung, da die humanitäre Versorgung der Stadt verhindert wurde.

Seit April 2023 eskaliert der gewaltsame Kampf zwischen den sudanesischen Streitkräften und den RSF. Seit Beginn des

Konflikts wurden bis zu 14,5 Millionen Menschen vertrieben, zwölf Millionen Menschen, vor allem Frauen und Mädchen, sind von geschlechtsspezifischer Gewalt bedroht. Zwei Drittel der Bevölkerung des Landes leiden unter akuter Mangel- und Unterernährung. Amnesty fordert einen sofortigen Waffenstillstand. ([amnesty.de/pressemitteilung/sudan-al-faschir-rapid-support-forces-rsf-menschenrechtsverletzungen](https://www.amnesty.de/pressemitteilung/sudan-al-faschir-rapid-support-forces-rsf-menschenrechtsverletzungen), siehe auch »Auf der Flucht«, Amnesty Journal 03/26)

KULTUR
THEATER IN DER UKRAINE



Unter widrigen Umständen künstlerisch
tätig zu sein, gibt den Jugendlichen
und Erwachsenen Halt.



Der kleine Prinz im Bunker

Das Kindertheater von Charkiw spielt sogar im Krieg weiter.
Geprobt wird im Keller, aufgeführt auch an der Front.
Text und Fotos: Kang-Chun Cheng



Anton Zhiliyakov (re.) und seine Theatergruppe bei den Proben zu »Mio« im November 2025.

Das Theater liegt Anton Zhiliyakov und seiner Familie im Blut. Der 43-Jährige wurde in Charkiw geboren, der zweitgrößten Stadt der Ukraine, die im Osten des Landes liegt. Er ist ausgebildeter Schauspieler und Direktor des Kinder- und Jugendtheaters. Seine Tochter arbeitet mit dem Tontechniker zusammen, sein Sohn spielt in den Stücken mit, seine Frau und seine Schwägerin unterstützen die künstlerische Leitung des Theaters.

Viereinhalb Jahre nach der Invasion Russlands arbeiten die Schauspieler*innen in der Ukraine weiter – ihre Probe-räume und Bühnen sind Luftschutzbunker, nur wenige Kilometer von der sich ständig verändernden Frontlinie entfernt.

Im November 2025 feierte das Kinder- und Jugendtheater sein 50-jähriges Jubiläum. Anton Zhiliyakovs Schwiegervater hatte es ursprünglich gegründet, um ausgegrenzte Jugendliche zusammenzubringen. »Er ging ins Jugendgefängnis und erschuf diesen Ort zusammen mit

den Kleinkriminellen und straffällig gewordenen Flegeln, die er von dort mitbrachte«, erzählt Zhiliyakov.

Als Russland 2022 den Osten der Ukraine angriff, war die Not enorm groß, und das Theater musste ein Jahr lang pausieren. »Wir sind damals zu Freiwilligen geworden.« Zhiliyakov lud die über 15-Jährigen aus dem Theater dazu ein, bei der humanitären Hilfe und beim Wiederaufbau zu helfen. Monatelang stellten sie Lebensmittelpakete zusammen und brachten sie älteren Menschen in den Gebieten, die die ukrainische Armee zurückeroberte. Die Jugendlichen halfen auch Fenster und Gebäude zu reparieren, die von Raketen und Bomben beschädigt worden waren.

»Am allerbesten war es, in den befreiten Teilen von Cherson, Donezk, Sumy und Charkiw zu spielen und die Kinder dort zum Mitmachen einzuladen«, sagt Zhiliyakov. »Es ist eine Freude, wenn man etwas beiträgt, was man besonders gut kann. Es gibt sicher Freiwillige, die noch mehr Essen verteilen, aber niemand spielt so gut wie wir.«

Das Theater ist für alle Altersgruppen offen. Den Jüngeren schlägt Zhiliyakov bestimmte Rollen vor, die Entscheidung treffen sie aber letztlich selbst. Wichtig sei es, eine Art von Normalität aufrechtzuer-





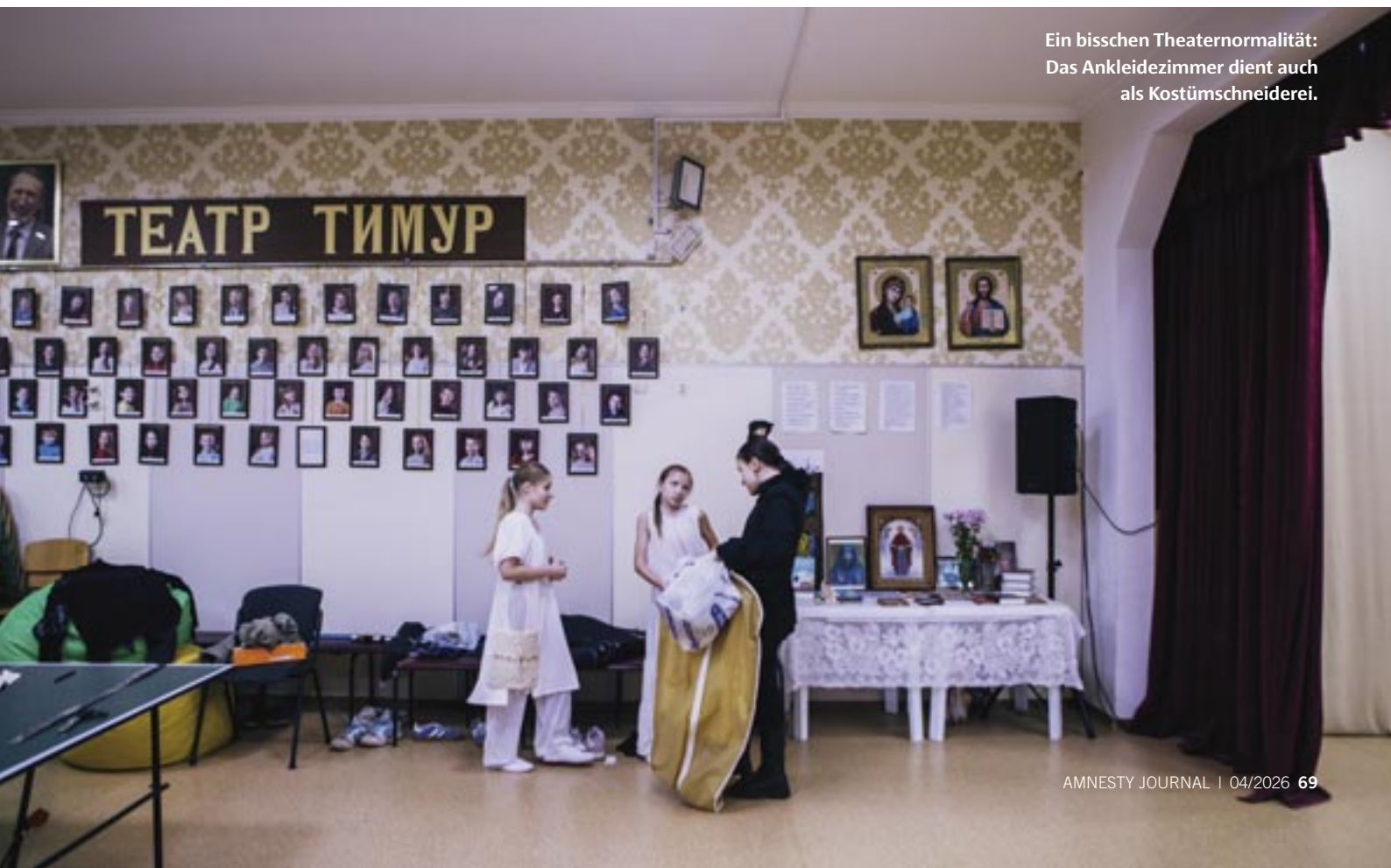
halten, erklärt der Direktor, um die Moral hochzuhalten und trotz der widrigen Umstände Kunst zu produzieren.

Die Proben und Aufführungen des Kinder- und Jugendtheaters finden unterirdisch statt, in einem Keller, der gleichzeitig als Bunker dient. Als sie eine Fassung von »Der kleine Prinz« aufführten, saßen im Publikum viele Soldaten, die am Ende des Stücks in Tränen ausbrachen, erzählt Zhiliyakov, der das beliebte Kinderbuch von Antoine de Saint-Exupéry seine »Langzeitliebe« nennt.

Das Kinder- und Jugendtheater scheut sich auch nicht, den Krieg zu thematisieren. Im November brachte es das Stück »Mio« auf die Bühne, das vom Widerstand eines »Blütenlandes« handelt, nachdem ein Feind einen magischen Wald angegriffen hat. Der elfjährige Yuryslav Holod spielte einen Bürger des Blütenlandes. Die Erfahrung des Krieges habe ihn gelehrt, dass es unerlässlich sei, »immer ein Mensch zu bleiben«, sagt er.

»Mit diesem Stück wollten wir vor allem die aus der Ukraine gestohlenen Kin-

der würdigen«, erklärt Zhiliyakov. Ukrainischen und EU-Angaben zufolge wurden 20.000 Kinder, hauptsächlich aus besetzten Teilen der Ukraine, illegal nach Russland und Belarus verschleppt. Im März 2026 kam die vom UN-Menschenrechtsrat eingesetzte Unabhängige Internationale Untersuchungskommission zur Ukraine zu dem Schluss, dass die gewaltsame Deportation und das Verschwindenlassen ukrainischer Kinder durch die russischen Behörden Verbrechen gegen die Menschlichkeit darstellen. ♦



Ein bisschen Theaternormalität:
Das Ankleidezimmer dient auch
als Kostümschneiderei.

»Hier leben kann nur, wer das Risiko versteht«

Der dokumentarische Filmessay »Do you love me« von **Lana Daher** macht eine Reise durch 100 Jahre libanesisches Filmgeschichte. In einem Land, das seine gewaltvolle Geschichte lieber verdrängt, ist er auch ein Aufruf zu Aufarbeitung und Erinnerungskultur.

Interview: Hannah El-Hitami

»Do you love me« ist eine Collage, die unzählige Schnipsel enthält: aus Spielfilmen, News- und Dokumentarvideos bis hin zu privaten Aufnahmen. Warum haben Sie sich für diese Form entschieden?

Ich wollte aus der Perspektive der Künstler*innen und der Zivilgesellschaft auf die Geschichte blicken, anstatt den Erzählungen von Politiker*innen zu folgen. Im Libanon haben wir kein Nationalarchiv, es gibt keine gemeinsame Geschichtsschreibung. In der Schule wird die libanesischen Geschichte nur bis zu den 1940er Jahren gelehrt, da wir uns nicht darauf einigen können, was während des Bürgerkriegs genau passiert ist. Das führt dazu, dass Informationen unvollständig von einer Generation an die nächste übermittelt werden. Ich hatte das Gefühl, dass die fehlenden Teile in Kino, Musik und Literatur zu finden sein würden.

Was kann Kultur zu einer gemeinsamen Geschichtserzählung beitragen?

Wenn die Regierung und das staatliche Bildungssystem einen Teil der Geschichte aussparen, dann müssen Filmemacher*innen, Autor*innen, manchmal auch Musiker*innen diese Aufgabe übernehmen. Kunst und Kultur füllen die Lücke. Auch wenn wir keine richtigen Geschichtsbücher haben, so haben wir doch ein Filmarchiv, das einen faszinierenden Einblick in unsere Geschichte bietet. Ich habe meinen Film in Beirut auch Jüngeren gezeigt und mit ihnen darüber diskutiert. Und

ich würde damit gerne an Schulen weitermachen.

Wird im Libanon auch privat zu wenig über Vergangenheit gesprochen?

Jede Familie ist anders, aber auf meine eigene und viele andere, die ich kenne, trifft das zu. Ich wurde 1983 in Beirut geboren und wuchs in einer zerstörten Stadt auf. Ich kannte nichts anderes, Trümmer und Einschusslöcher in Hauswänden waren für mich normal. Erst als ich älter wurde, wurde mir bewusst, dass ich selbst schon viele Kriege durchlebt hatte, und ich verstand, was meine Eltern durchgemacht hatten. Ich war erstaunt, dass sie mir nie davon erzählt hatten. Und ich finde es traurig, dass wir heute im Libanon immer noch derselben Bedrohung durch Israel ausgesetzt sind wie schon so oft in den vergangenen 50 Jahren.

Im Film gibt es Szenen, die auf schwierige Dynamiken innerhalb der Familie verweisen: abwesende Väter, ängstliche Mütter. Hat sie das Thema intergenerationalen Trauma beschäftigt?

Dieses Trauma war ein wichtiger Grund dafür, dass ich diesen Film gemacht habe. Ich konnte sehen, dass meine Mutter von Ängsten aus der Zeit des Kriegs geplagt wurde, aber ihr schien das nicht bewusst zu sein. Diese Ängste und dieser Schmerz übertragen sich auf die nächste Generation, auch wenn nicht darüber gesprochen wird.

Was macht es mit einer Gesellschaft, wenn ein kollektives Gedächtnis fehlt oder unterdrückt wird? Im Film sagt ein Mann: »Wir wissen nicht, wer wir sind. Wir sind orientierungslos.«

Der Regisseur Patricio Guzmán aus Chile hat einmal gesagt: »Ein Land ohne Dokumentarfilme ist wie eine Familie ohne Fotoalbum.« Ich denke, dass die Betrachtung der Vergangenheit unglaublich wichtig ist, denn sie beeinflusst auch unsere Zukunft. Sie sorgt dafür, dass wir verstehen, wo wir als nächstes hinwollen. Ich habe diesen Film nicht gemacht, weil ich immer weiter über den Bürgerkrieg sprechen will, sondern weil die Geschichte sich dauernd wiederholt. Solange das passiert, müssen wir weiter darüber sprechen.

Viele dramatische Ereignisse der libanesischen Geschichte wurden nie aufgearbeitet: die Verbrechen während des Bürgerkriegs, viele politische Morde, die Hafenexplosion in Beirut 2020. Wollen Sie deshalb nicht mit der Vergangenheit abschließen?

Die libanesischen Justiz hat niemand jemals für etwas zur Rechenschaft gezogen. Es hat deshalb keinerlei Gerechtigkeit gegeben. Die Menschen zahlen weiterhin den Preis für Entscheidungen, die sie nicht selbst getroffen haben. Ich zeige in meinem Film viele Ausschnitte von sehr harten Momenten unserer Geschichte. Zum Beispiel gibt es eine lange Aufnahme der Hafenexplosion, die die Gewalt dieses Augenblicks festhält. Ich zeige das

»Wir haben keine gemeinsame Geschichtsschreibung.«
Lana Daher



Heimvideos, Kinofilme, Fotosammlungen und Universitätsarchive: Für ihren Film hat Lana Daher insgesamt 20.000 Elemente zusammengetragen.

Foto: Maroun Bagdadi

nicht, um das libanesische Publikum zu retraumatisieren, sondern um zu sagen: Das ist passiert, wir haben das durchgemacht. Es existiert irgendwo immer noch. Und so ist der Film auch ein Aufruf zu Aufarbeitung, Gerechtigkeit, Erinnerungskultur.

Wie und wo haben Sie die Filmschnipsel gefunden?

Es war ein sehr langer, langsamer Prozess. Ich fühlte mich wie eine Archäologin. Ich wollte nur libanesische Quellen nutzen und habe dafür TV- und Radiosender, Universitätsarchive, private Sammlungen und Familienarchive durchforstet. Im Lauf von acht Jahren habe ich insgesamt 20.000 Elemente zusammengetragen, von Audiodateien und Podcasts über Fotos und Ausschnitte aus Büchern bis hin zu Heimvideos und Kinofilmen. Der Film zeigt nur etwa sieben Prozent des gesamten Materials, das ich gesammelt habe. Das älteste Element ist eine private Aufnahme einer Familie aus den späten 1920er Jahren. Das neueste ist von 2025. Mein Archiv umfasst also fast 100 Jahre.

Im Film tauchen sowohl reale als auch fiktive Personen auf. Dennoch fließen die Szenen ineinander, als wäre ihre Erfahrung eine gemeinsame. Was verbindet all diese Personen?

Sie sind verbunden durch die Erfahrung des Ortes, Libanon, Beirut, und durch die schönen Momente, aber auch die Schwierigkeiten, die sie teilen. Wir lieben diesen Ort, aber es ist eine komplizierte Liebe. Es fühlt sich wie eine ständige Achterbahnfahrt zwischen Krieg und Ruhe an. Die Ruhe ist kein Frieden, denn sie ist immer nur temporär, und so leben wir in einem Schwebestand.

Der Film zeigt viel Trauer, Zerstörung und Verlust. Aber es gibt auch Momente der Leichtigkeit und Freude. Wie haben Sie diese Balance gefunden?

Es war mir wichtig, dieses Auf und Ab im Film zu zeigen. Denn das Leben im Libanon ist nicht geradlinig und nicht verlässlich. Die Dinge können sich jederzeit plötzlich ändern, und es ist schwierig, damit umzugehen. Hier kann nur leben, wer dieses Risiko versteht. Darum versuchen so viele Menschen das Land zu verlassen. Sie wollen ihre Kinder nicht hier großziehen. Oder sie bringen ihre Eltern ins Ausland.

Sie wohnen weiterhin in Beirut. Was hält Sie dort?

Es ist eben mein Zuhause. Ich bin hier, weil meine Eltern hier sind, und auch, weil ich an dem Film gearbeitet habe.

Ohne meine Erfahrungen hier hätte ich ihn nicht machen können. Ich denke, aus den schwierigen Situationen kann auch sehr viel Wachstum und Kreativität entstehen. Viele meiner Freund*innen aus der Kulturszene haben das Land verlassen. Aber die, die dageblieben sind, nutzen ihr Umfeld, um etwas zu erschaffen und darüber zu sprechen, was um sie herum passiert. ♦

Lana Daher ist Filmemacherin und multidisziplinäre Künstlerin. Sie studierte Film in London und Kunst und Grafikdesign in Beirut. »Do you love me« wurde 2025 beim Filmfestival in Venedig uraufgeführt, erhielt beim Filmfest Hamburg den Preis »Der politische Film« der Friedrich-Ebert-Stiftung und wurde beim DocPoint Helsinki Documentary Film Festival als bester internationaler Film ausgezeichnet.

Foto: Sami Sorasalmi





Der König ist nackt

Auf den ersten Blick scheint Thailand eine Bastion der Freiheit in Südostasien zu sein. Bei genauerem Hinsehen zeigt sich aber, dass die Menschenrechte stark eingeschränkt sind. Eine selbstbewusste Kunst- und Kulturszene macht immer wieder darauf aufmerksam. **Von Felix Lill**

»Thailand ist mittlerweile eine digitale Diktatur.« Emilie Pradichit

Are we DELUSIONAL?« (»Sind wir zu gutgläubig?«) fragt der Begleittext zu einer Ausstellung in einem alten Gewerbezentrum im Zentrum von Bangkok. In einem großen Raum im vierten Stock werden noch größere Fragen gestellt: »Was heißt es, Bürgerin einer demokratischen Nation zu sein, wenn Luft und Sicht von Mächten kontrolliert werden, die nicht erreichbar sind?« Antworten gibt es hier keine, dafür aber weitere Fragen.

Die Ausstellung »Delusional«, die im Frühjahr 2026 in der Galerie »west eden« zu sehen war, hat einmal mehr gezeigt, wie offen und wie kontrolliert zugleich das Leben in Thailand funktioniert. Die Kontrolle wird in den ausgestellten Fotografien und Videos deutlich, die vom wiederkehrenden Missbrauch der Staatsgewalt erzählen. Offen ist das Land insofern, als Künstler*innen dies immerhin teilweise dokumentieren und öffentlich machen können.

»Verblendet« findet der Fotograf Manit Sriwanichpoom etwa den Glauben, Thailands Bürger*innen seien dem Staat besonders viel wert. Er zeigt sechs riesige Porträts von Menschen, über deren Köpfe Tüten aus Plastik gestülpt sind. Den Anlass für seine Arbeit liefert er gleich mit: In einem Video ist zu sehen, wie die Polizei einem Straftatverdächtigen beim Verhör eine Plastiktüte über den Kopf zieht. Ein entsprechender Fall hatte 2021 zum Tod eines Verdächtigen geführt – und Empörung über Polizeigewalt ausgelöst.

Es dürfte Teile der Regierung empört haben, dass Manit Sriwanichpoom hier suggeriert, die Staatsmacht verletze Thailands Verfassung, die doch offiziell die Menschenrechte schützt, und sie tue dies systematisch im Namen der Nation. Denn die Tüten über den Köpfen der Porträtierten sind in Rot-Weiß-Blau gehalten, den Farben der thailändischen Flagge, die für das Blut des Volkes, die Reinheit des Buddhismus und die Nobilität der Monarchie stehen. Oder eben fürs Ersticken.

Das Spannungsfeld zwischen einer zur Farce verkommenen Demokratie und der zutiefst demokratischen Freiheit der Kunst ist in Thailand allgegenwärtig. Das »west eden« zeigt auch verpixelte Bilder des Demokratiemonuments in Bangkok,

aufgenommen von einem Fernseher mit Signalstörung. Die Botschaft des Fotokünstlers Akkara Naktamna lautet: Die Demokratie hat Sendeprobleme. Dazu dokumentiert er 14 Militärputsche, die die freiheitliche Ordnung seit 1933 immer wieder aushebelten.

Allianz von Königshof und Militär

International wird Thailand eher als Land der Freiheit wahrgenommen: Reisende aus aller Welt kommen hierher, um es sich an seinen Stränden gutgehen zu lassen. Nicht selten geht dies mit Sextourismus einher, der geduldet wird. Das lässt auf eine Offenheit gegenüber trans* Personen und Sexarbeit schließen. Thailand sei ein »Land des Kompromisses«, erklärte der das 71-Millionenland seit 2016 regierende König Vajiralongkorn im Jahr 2020, als es eine Protestwelle gab, die mehr Demokratie forderte. Aber wie weit geht diese Kompromissfähigkeit?

Sie endet, wenn es um Kritik an der Monarchie geht. Thailand ist weltweit berüchtigt für sein Majestätsbeleidigungsgesetz, das lange Gefängnisstrafen vorsieht. »Die heute jungen Menschen fordern es eher heraus«, sagt der 55-jährige Pavin Chachavalpongpun, der nach Königskritik nicht nach Thailand zurückkonnte und heute an der Universität Kyoto in Japan über Südostasien lehrt. Zwar gewannen bei Parlamentswahlen wiederholt politische Kräfte, die die Monarchie eindämmen wollten, doch das Militär, das eng mit dem Hof verbunden ist, putschte sich stets an die Macht zurück. Thailands Jugend will diese Allianz von Königshof und Militär nicht mehr einfach hinnehmen. Junge Leute tummeln sich in königskritischen Facebookgruppen und machen satirisch Stimmung auf der Videoplattform TikTok.

Der Straßenkünstler Headache Stencil, auch als Thailands Banksy bekannt, sprüht monarchiekritische Graffiti an Häuserwände in Bangkok, die oft kurze Zeit später wieder verschwunden, aber in den Online-Netzwerken verewigt sind. 2020 sprayte er das Porträt eines Dissidenten, der aus Kambodscha entführt worden war, samt dem Kommentar »Dead or alive. We are human«. Zuletzt postete Headache Stencil über seinen Instagram-Kanal ein Ölgemälde mit dem

Titel »No Heroes in Bangkok«: Es zeigt ein im traditionellen Stil ornamentiertes Ufo, das viele kleine Menschen aufsaugt. Anderswo erklärte der Künstler, er wünsche sich mehr Widerstand gegen das Majestätsbeleidigungsgesetz.

Doch auch Künstler*innen geraten immer wieder für Majestätsbeleidigung hinter Gitter. 2024 musste der Sänger Chaiamorn Kaewwiboonpan, der unter seinem Künstlernamen Ammy The Bottom Blues bekannt ist, für vier Jahre ins Gefängnis, weil er ein Foto des Königs verbrannt hatte. Seine Aktion richtete sich gegen die Inhaftierung anderer Künstler*innen und Aktivist*innen wegen Majestätsbeleidigung. Das Thema Majestätsbeleidigung bewegt die Gemüter in Thailand auch deshalb, weil König Vajiralongkorn einen verschwenderischen Lebensstil pflegt. Er gilt als weltfremder Playboy, der viel Zeit im fernen Bayern und auf Partys verbringt, während die Allgemeinheit unter hohen Lebenshaltungskosten leidet.

Der Thronfolger auf Pornhub

Die Kunst findet zwar immer wieder Wege, einige Aspekte des öffentlichen Lebens subtil oder offen zu kritisieren, doch bei Kritik am König ist Schluss. Thailand sei eben kein »Land des Kompromisses«, sagt Emilie Pradichit, Direktorin der in Thailand ansässigen Menschenrechtsorganisation Manushya Foundation, sondern mittlerweile »ein Land der digitalen Diktatur«. Dies wurde 2020 deutlich, als zum wiederholten Male ein älteres Video auf der Pornoplattform Pornhub auftauchte, das bei einer Geburtstagsparty des Königs aufgenommen wurde. Zu sehen ist der damalige Thronfolger, der angezogen ist, während seine Partnerin nur mit einer Unterhose bekleidet auf dem Boden kriecht.

Dem Königshof war das Video – das auch als Dokumentationskunst bejubelt wurde – offenbar derart unangenehm, dass Pornhub in Thailand kurzerhand gesperrt wurde. Dies wiederum brachte die große Community der Sexarbeiter*innen, die stark von den Erlösen auf dieser Plattform abhängig ist, gegen den König auf. In der kritischen Kunstszene führte der Vorfall zu der Erkenntnis, dass Kunst nicht schön sein muss und nicht mal als solche gedacht sein muss, um zu wirken. ♦

Der Fotograf Manit Sriwanichpoom benennt unmissverständlich staatliche Gewalt.

Foto: Felix Lill

Verfolgungsgrund: Haar

Die DDR-Behörden betrachteten die Punkszene als dekadent und staatszersetzend. Punks wurden ausgespät, schikaniert, inhaftiert. Die lesbische Kim aus Chemnitz berichtet heute als Zeitzeugin von ihrer zweifachen Diskriminierung. **Von Ulrich Gutmair**

In der DDR war es wie im Westen: Um 1980 herum entdeckten Teenager in Zeitschriften Fotos von Punks in London und waren elektrisiert: So fühle ich mich auch. So will ich aussehen! Auch ein Mädchen aus Karl-Marx-Stadt sah in einer Illustrierten Fotos von Punks und war sofort von deren rebellischer Haltung fasziniert. Außerdem war sie Fan von Kim Wildes »Kids in America«. Aus dem Mädchen wurde Kim, und Kim war ein Punk. Bald kam Punk auch in Form von Kassetten zu ihr. Sie hörte westdeutsche Punkbands mit coolen Sängerinnen: Hans-A-Plast, Bärchen und die Milchbubis, Carambolage. So weit, so typisch. Doch etwas war anders in der DDR: Wer dort Punk war, bekam es mit der Volkspolizei und der Stasi zu tun. Sie hatten den Auftrag, diese »negativ-dekadente« Jugendbewegung zu zerstören.

Kim war in Karl-Marx-Stadt (heute Chemnitz) der erste weibliche Punk und inspirierte viele andere. Der Staatssicherheit galt sie darum schnell als »Inspirator«: Man nahm an, Kim sei die örtliche Chefin dieser staatsgefährdenden Teenager – die doch nur das Bedürfnis hatten, sich selbst auszudrücken und als Individuen wahrgenommen zu werden.

Gut vierzig Jahre später sitzt Kim an einem Sommerabend vor der queeren Kneipe »Himmelreich« in Berlin-Friedrichshain. Ihre Frisur erinnert immer noch an die blonde, hochtoupierete Mähne von Kim Wilde. Kim ist eine fröhliche Person und im Herzen Punk geblieben. Sie habe eine schöne Kindheit gehabt,

erzählt sie. Ihre alleinerziehende Mutter saß nachts an der Nähmaschine, um ihre Töchter mit schicken Kleidern zu versorgen. Dass Kim plötzlich mit Lederjacke herumliefe und noch dazu eine Freundin hatte, hielt die Mutter nur schwer aus. In beiden Teilen Deutschlands quälte viele Menschen die bange Frage: »Was sollen nur die Leute denken?«

Kim nennt sich als Kind Ferdinand. Die ersten Erfahrungen mit Jungs gefielen ihr nicht, ihr ganzer Körper sträubte sich. Doch ist sie in dem Bewusstsein aufgewachsen, dass Homosexualität eine Krankheit sei. Eines Tages sagt sie sich: »Dann bist du eben krank, aber weißt wenigstens, was du bist – und bist glücklich damit. Besser so als anders rum.« Im Nachhinein stellt sie fest, dass sie schon als Kind anders war als die anderen. Anders zu sein hat in der DDR aber einen hohen Preis.

Manche bewundern die Punks dafür, dass die sich trauen, sie selbst zu sein. Von anderen schlägt ihnen Hass entgegen. Als Kim 16 ist, greift eine Gruppe älterer Jungs sie und ihre gleichaltrigen Freunde eines Abends vor der Disco im Freizeitzentrum brutal an. Sie verliert einen Schneidezahn. Die Punks bekommen daraufhin Hausverbot, während die Schläger im Jugendclub weiterhin gern gesehen sind.

Die Freundin als Spitzel

Die Stasi setzt Spitzel auf Kim an. Als sie später, Mitte der 1990er Jahre, ihre Stasi-Akte liest, kommt ihr die Handschrift der Inoffiziellen Mitarbeiterin »Carmen« bekannt vor. Morgens um vier schießt sie aus dem Bett hoch: Da gab es doch dieses Fotoalbum, das eine ihrer Freundinnen

mit Bemerkungen versehen hatte. Kim wird bewusst, dass diese Freundin sie nicht nur ausspähte. Sie machte Kim auch in der ganzen DDR-Punkszene schlecht, unter anderem mit dem absurden Hinweis, dass Kim auch zu Disco tanze, und mit der Verleumdung, sie sei geschlechtskrank. Als Kim ihre Freundin damit konfrontiert, antwortet die mit einem lapidaren: »Du hast sie doch nicht mehr alle.«

Kim und ihre Punkfreund*innen werden ständig von der Polizei kontrolliert und vorgeladen. Sie wissen nie, wie lange sie verhört werden und was noch alles mit ihnen passieren kann. Die erste Punkgeneration spürt die Folgen eines Befehls von Erich Mielke am eigenen Leib: Der Minister für Staatsicherheit hatte den staatlichen Organen 1983 befohlen, »Härte gegen Punks« zu zeigen. Jungs wie Mädchen werden von der Polizei schikaniert, überwacht, in ihrem sozialen Umfeld diffamiert, isoliert und »zersetzt«, wie es im Jargon der Staatssicherheit heißt. Sie werden in miese, teils gesundheitsschädigende Jobs gezwungen oder auf Grundlage verschiedener Gummiparagrafen zu Haftstrafen verurteilt. In staatlichen Anstalten werden sie diszipliniert, misshandelt und zum Teil gefoltert.

So ergeht es auch Kims Kindheitsfreund Frank. Er ist schwul und künstlerisch talentiert. Kim und Frank stellen Badges her – hoch begehrte Ansteck-

»Dann bist du eben krank, aber weißt wenigstens, was du bist.«



knöpfe, auf denen die Namen beliebter Bands stehen – sowie Ohrringe und Ketten. Als Frank seine Malerlehre abbricht, stecken ihn die Behörden in einen Jugendwerkhof, wo er misshandelt und vergewaltigt wird. Eine Psychose bricht aus. Die Krankheit verlässt ihn nie wieder.

Jugendwerkhof und Knast bleiben Kim erspart. Aber die Lage wird für sie so gefährlich, dass sie beschließt, die DDR zu verlassen und nach West-Berlin auszureisen. Sie erinnert sich noch genau daran, wie ihre Freundin sie am Tränenpalast in Ost-Berlin, dem Grenzübergang am Bahnhof Friedrichstraße, anflehte, nicht zu gehen. Es dauert lange, bis Kim den Schock verdaut hat, sich in einem völlig anderen System zurechtfinden zu müssen. »Alles, was du kannst, ist weg«, sagt sie rückblickend. »Ich wünsche keinem Menschen, fliehen zu müssen.«

Zehn Monate muss sie in einem West-Berliner Übergangsheim ausharren, weil sie keine Wohnung findet. Dort gibt es keine eigenen Duschen für Frauen. Wenn

sie ihre Zimmertür nicht sofort hinter sich abschließt, muss sie damit rechnen, dass Männer sie sexuell belästigen. Auch ihr Freund Frank kann eines Tages nach West-Berlin ausreisen, gute Phasen wechseln sich mit schlechten ab. In den guten ist er kreativ und zieht sich schön an, in den schlechten verwarlost er. Er stirbt einige Jahre später an den Folgen von Aids. Als Kim das letzte Mal mit ihm spricht, sagt er, in seinem nächsten Leben würde er gern Opa werden. Noch heute nimmt Franks Geschichte sie sichtlich mit.

Ihre eigene hat sie – zusammen mit 22 anderen Punk-Frauen aus der DDR – im Sammelband »Tanz auf dem Vulkan« erzählt. Zudem stand sie für die Protagonistin des Romans »Mauerpogo« Patin, für den die Autorin Sonja Schultz jüngst den Anna-Seghers-Preis erhielt. Weil Kim sich bereit erklärt hat, dass ihre Stasi-Akte veröffentlicht wird, ist sie eine begehrte Zeitzeugin, die Schulklassen ihre Geschichte erzählt. Auch Gedenkstätten

findet sie wichtig. Die Leute müssten verstehen und fühlen, wie menschenverachtend dieses System gewesen sei. Umso schlimmer findet sie, wie heute die DDR-Geschichte »weichgespült« werde. Einige ihrer Freund*innen kämpften immer noch um ihre Rehabilitierung und Anerkennung als Opfer der DDR-Diktatur.

Sie denke auch oft an die schönen Zeiten, sagt Kim. »Ich war glücklich – so lange, bis ich anfang, mir eine eigene Meinung zu bilden.« Keiner ihrer Punkfreunde sei anfangs politisch gewesen. »Punk fanden wir geil. Manche das Oufit, manche die Mucke, manche beides – egal. Dann aber hieß es, das kommt aus dem Westen, das ist schlecht, das gibt's bei uns nicht!« Ab diesem Moment seien sie von der Stasi beobachtet worden. Das habe sie politisiert. »Hätten sie uns so sein lassen, wie wir waren, hätte es kein Problem gegeben.« ♦

ALBUM ÜBER SCHWARZE BEVÖLKERUNG IN KANADA

Zwischen Gospel und Galgen



Der kanadische Musiker und Künstler Aquakultre erforscht in »1783« die Geschichte des »Black Battalion« aus Nova Scotia, das im Ersten Weltkrieg in Frankreich Schützengräben aushob. Von Thomas Winkler

Am 3. September des Jahres 1783 wurde der Frieden von Paris geschlossen. Das Königreich Großbritannien erkannte darin die Unabhängigkeit der Vereinigten Staaten von Amerika an. Es war das offizielle Ende der Amerikanischen Revolution. 1783 begann auch die Schwarze Geschichte Nova Scotias: Ungefähr 3.000 Afrikaner*innen wurden in die kanadische Provinz evakuiert, weil sie sich auf die Seite der Briten geschlagen hatten – für die Zusage ihrer Befreiung aus der Sklaverei. Auch das ist ein Teil der Geschichte: befreite Sklav*innen, die für die Kolonialmacht kämpften und vor der jungen Demokratie flüchten mussten, um ihre Freiheit nicht wieder zu verlieren.

»1783« hat Aquakultre sein neues Album genannt. Zweieinhalb Jahrhunderte nach der Ankunft der ersten Schwarzen Menschen im Nordosten des Kontinents formt der Musiker, Künstler und Filmemacher ihr musikalisches Erbe zu einem Mosaik. Die Black-History-Oper beginnt auf den Baumwollfeldern des US-amerikanischen Südens, Call-and-Response-Gesänge und erdverbundener Blues verwandeln sich auf dem Weg in den Norden in elegischen Jazz und herzerwärmenden Soul, eine Country-Geige kommt ebenso vorbei wie ein Gospelchor. »Alles, was auf dem Album zu hören ist, findet man hier in der Gegend«, erzählt Lance Sampson, wie Aquakultre eigentlich heißt, per Videoschleife aus seinem Haus in Halifax. »Hier gibt es HipHop, Funk und R&B, und sobald man die Stadt verlässt, stößt man auf Country Music, findet Banjos und Fiedel. Gerade Gospel ist extrem wichtig hier, in der Saint Thomas Baptist Church in North Preston gibt es die besten Sänger und Sängerinnen, die du auf diesem Planeten finden kannst.«

Aber »1783« ist nicht nur ein musikalisches Abbild der Schwarzen Community von Nova Scotia. Das Album hat auch ein historisches Anliegen: Aquakultre will damit eine Geschichte bewahren, die vergessen zu werden drohte, indem er die Geschichten einzelner Menschen erzählt.

Zum Beispiel die seines Ururgroßvaters, die geprägt ist von Rassismus, der »in Kanada genauso stark ist wie in den USA«, sagt Aquakultre. »Er ist nur besser versteckt. In den USA sagen sie dir das N-Wort ins Gesicht. Hier sagen sie dir: Du bist cool und verwenden das N-Wort dann zu Hause am Abendbrottisch.«

Sampsons Ururgroßvater diente im Ersten Weltkrieg im No. 2 Construction Battalion. Die in Frankreich stationierte Einheit war die einzige der kanadischen Armee, die nur aus Schwarzen bestand. Das sogenannte »Black Battalion« durfte jedoch nicht an Kampfhandlungen teilnehmen, sondern wurde für niedere Arbeiten eingesetzt wie das Ausheben von Schützengräben. Nach seiner Rückkehr lebte Daniel P. Sampson wieder in Nova Scotia und machte 1935 Schlagzeilen, als er – obwohl unschuldig – wegen Mordes an zwei weißen Jungen zum Tode verurteilt wurde.

Im Gefängnis lernte er Gitarre

Aquakultre schickt nun einen »Letter To The No 2 Construction Battalion«, er komponiert eine Liebeserklärung an »La Joux«, den Ort im Jura, in dem die Einheit stationiert war. Im epischen »Gal lows«, dem zentralen Song des Albums, imaginiert er die letzten Stunden seines Ururgroßvaters, bevor er am 7. März 1935 gehängt wurde: »City don't give a goddamn about a black boy like me«, singt er – und schlägt so die Brücke in die Gegenwart. Denn in gewisser Weise erzählt der Song auch die Geschichte von Lance Sampson: Er war 15 Jahre alt, als er das erste Mal in den Jugendknast kam, mit 18 dann in ein richtiges Gefängnis. Mit 21 wurde er wegen Drogenhandels und Waffenbesitzes zu fünf Jahren Haft verurteilt. Im Gefängnis lernte er Gitarre spielen und beschäftigte sich ernsthaft mit Musik. Als er nach 18 Monaten wegen guter Führung entlassen wurde, begann ein neues Leben: »Seit ich das letzte Mal entlassen wurde, hab ich mir nichts mehr zuschulden kommen lassen – und darauf bin ich stolz.«

Sampson ist inzwischen 33 Jahre alt und arbeitet seit drei Jahren als Sozialarbeiter. Wenn seine Bewährungsfrist 2028 abgelaufen ist, will er nach Frankreich reisen auf den Spuren des Construction Battalions und seines Ururgroßvaters.

»Warum sollte ich nicht in Frankreich ein paar Verwandte haben?«, fragt er. »Das waren wilde Typen, die sich dort zum Teil gegenseitig umgebracht haben, und keine Kinder von Traurigkeit. In dem Track »La Joux« nehme ich mir die Freiheit, das Was-wäre-wenn durchzuspielen: Hatten Soldaten vielleicht Kinder mit französischen Frauen? Gibt es heute vielleicht noch Nachkommen dieser Soldaten? Dann hätten eine Menge Menschen hier in Nova Scotia womöglich Verwandte in Frankreich, von denen sie noch nie gehört haben.«

»In meiner Jugend habe ich jeden gehasst, der aussah wie ich.«
Lance Sampson

Eine Reise nach Frankreich wäre die Fortsetzung eines größeren Projekts, zu dem auch das Album »1783« gehört. Für einen lokalen Fernsehsender dreht Lance Sampson die Dokumentarserie »Generations: Black Memories of Nova Scotia«: Er besucht andere Mitglieder der Schwarzen Community, macht Musik mit ihnen, lässt sie ihre Geschichten erzählen und dokumentiert so die Alltagskultur. Das Projekt liegt ihm am Herzen, weil er selbst abgetrennt von der eigenen Kultur und Geschichte aufgewachsen ist: »In meiner Jugend habe ich alles gehasst, mein Leben, mein Viertel, Nova Scotia, ich habe mich selbst gehasst – und jeden, der so aussah wie ich«, sagt er. »Ich war auch deshalb so wütend, weil ich kein Gespür für die Community hatte und keine Ahnung von der Geschichte der Schwarzen in Nova Scotia. Heute glaube ich, dass wenn ich mehr darüber gewusst hätte, wenn ich mich mit dieser Geschichte und mit der Community hätte identifizieren können, dann wäre mein Weg anders verlaufen.« ♦



Aquakultre: 1783
(Outside Music/Bertus)

Aquakultre setzt sich auf die Spuren seines 1935 hingerichteten Ururgroßvaters.

Foto: Mo Phung



Die militärische Logik bezweifeln:
Teilnehmer*innen einer Friedens-
demonstration in Bonn im April 2026.

Foto: Ying Tang / NurPhoto / pa

Kritik der Waffen, Waffen der Kritik

Auf den ersten Blick wirken zwei neue Bücher über Krieg und Frieden völlig gegensätzlich. Und doch haben beide mehr zu bieten als schlichte politische Polarisierung. **Von Maik Söhler**

Zwei Autoren sehen sich dieselbe politische Weltlage an – Kriege, militärische Attacken, Aufrüstung um jeden Preis und vermehrte autoritäre Angriffe – und kommen im Hinblick auf Krieg und Frieden zu völlig unterschiedlichen Ergebnissen.

Stephan Anpalagan, Theologe, Stern-Kolumnist und Amnesty-Unterstützer, schreibt in seinem neuen Buch »Für den Frieden«: »Deutschland, das ist meine tiefe Überzeugung, ist ein wunderbares Land mit wunderbaren Menschen, die es verdient haben, gegen alle inneren und äußeren Gefahren verteidigt zu werden. Es bleibt uns in unserer neuen Welt keine andere Wahl, als den Kampf gegen unsere Feinde aufzunehmen und uns zu verteidigen.«

Hartmut Rosa, Soziologe und Politikwissenschaftler, vertritt im Geleitwort des Sammelbands »Kriegsuntüchtigkeit als Chance« die exakte Gegenposition: »Nun will ich keineswegs unterstellen, wer heute kriegstüchtig werden wolle, plane in Wirklichkeit bereits einen Angriffskrieg. (...) Aber er übersieht, dass Kriegstüchtig-

keit den Keim der Aggression immer schon in sich trägt. Dass die immer wieder und wieder zitierte Idee, man müsse kriegstüchtig sein, um den Frieden zu erhalten, genau jene Illusion ist, die seit ca. 6.000 Jahren Kriege hervorbringt.«

Der Untertitel von Anpalagans Buch, »Widerruf meiner Kriegsdienstverweigerung«, gibt dem knapp 200 Seiten umfassenden Werk einen starken Drall ins Plakative, der so gar nicht zum Rest passen will. Denn der Autor hat mehr Fragen als Antworten und stellt überzeugend dar, wie sehr ihn gerade der Zweifel im politischen Denken und Handeln immer wieder antreibt. Er hat einst den Wehrdienst in Deutschland aus Gewissensgründen verweigert und leitet seine damalige Begründung noch einmal ausführlich her. Dies sind die stärksten Passagen des Buchs, weil Anpalagan seine Leser*innen einlädt, an Stationen seines Lebens teilzuhaben, weil er undogmatisch und menschenrechtsorientiert über Kriege und Konflikte spricht und darüber, wie Schwarze Geflüchtete aus Sri Lanka zu »richtig guten Deutschen« wurden. Oder, anders gesagt: wie viel Rassismus der deutschen Integrationsdebatte seit Jahrzehnten innewohnt.

Der Zweifel spielt auch in dem Sammelband »Kriegsuntüchtigkeit als Chance« eine zentrale Rolle: Er bezweifelt militärische Logiken im Detail und im großen Ganzen und bündelt nicht immer leicht zu lesende Beiträge aus der wissenschaftlichen Friedens- und Konfliktforschung, aus dem politischen Friedensaktivismus sowie aus der christlichen Theologie, dem Feminismus und vielen anderen Fachdisziplinen und Milieus. Die Autor*innen sind sich darin einig, dass Krieg und Aufrüstung abzulehnen sind und dass es zahlreiche gesellschaftliche Alternativen zur Waffenbeschaffung gibt. Die Stärke dieses Buchs liegt in seiner Vielfalt und den bedingungslos-pazifistischen Perspektiven auf eine Welt, in der endlich Frieden sein soll. ♦



Stephan Anpalagan: Für den Frieden. Widerruf meiner Kriegsdienstverweigerung. S. Fischer, Frankfurt/M. 2026, 190 S., 18 Euro



Hermann Theisen (Hg.): Kriegsuntüchtigkeit als Chance. Essays gegen den Krieg und für zivile Konfliktlösung. Verlag Graswurzelrevolution, Heidelberg 2026, 272 S., 28 Euro

BÜCHER

Die im Schatten leben

Eingesperrt in einer Wohnung ohne Pass, bis zu 21 Kunden am Tag: Nach Monaten der Ausbeutung entscheidet sich die Sexarbeiterin Brienne, ihre Zuhälterin anzuzeigen. Papiere bekommt sie aber nur für die Dauer des Prozesses, danach muss sie nach Thailand ausreisen – das sie, falschen Versprechen folgend, verlassen hatte. Auch Charlotte aus Kamerun hat keine gültigen Papiere. Ihr Asylantrag wurde abgelehnt, sie lebt zeitweise auf der Straße, traut sich selbst als Schwangere nicht zum Arzt. Dâu aus Vietnam arbeitet in Blumenläden und Imbissen – angewiesen auf ein Netzwerk von Landsleuten, die sie mit Schlafplätzen, Jobs und Essen unterstützen.

In ihrer Graphic Novel »Schattenleben« machen die Zeichnerin Lisa Frühbeis und der Reporter Jonas Seufert deutlich, was es bedeutet, in der Illegalität zu leben. »Sie sollen hier sein und gleichzeitig nicht hier sein«, schreiben sie im Vorwort über das Dilemma von geschätzt Hunderttausenden, die im deutschsprachigen Raum ohne gültige Papiere leben und arbeiten. Systematisch fächern sie das Panorama der Illegalität auf. Die mit harten Linien gezeichneten, filigran ausgearbeiteten Schwarz-Weiß-Panels sind sparsam koloriert. Jeder Geschichte ist eine Farbe zugeordnet und ein Thema, das mit Fakten ergänzt wird: Arbeit, Gesundheit, Abschiebungen, Regularisierung.

Die Autor*innen lassen ihre vier Protagonist*innen anonymisiert ihre Geschichten erzählen, ohne zu werten. Was die politische Behandlung von Menschen ohne Papiere betrifft, beziehen sie jedoch unmissverständlich Stellung: gegen inhumane, absurd teure Abschiebungen, für eine Legalisierung im Land lebender und arbeitender Menschen nach dem Vorbild Spaniens, für eine Legalisierung derer, die Arbeitsausbeutung aufdecken. Dieses schön gestaltete, gut recherchierte Buch sollte in keiner Bibliothek fehlen.



Jonas Seufert, Lisa Frühbeis: Schattenleben. Menschen ohne Papiere erzählen. Reprodukt Berlin 2026, 160 Seiten, 24 Euro

Die neue Verwundbarkeit

»Du Opfer!« Wer so abgewertet wird, gilt den anderen als verweichlichter Schwächling. Oft geht die Phrase mit Homophobie, Sexismus, Behindertenfeindlichkeit und Mobbing einher. Wir sprechen aber auch von Opfer, wenn jemand umkommt oder Schaden erleidet, wenn wir einer Gottheit eine Gabe darbringen oder zugunsten eines Mitmenschen auf etwas verzichten. Das Englische ist differenzierter, es unterscheidet zwischen »sacrifice«, »victim« und »loser«.

Die Bestsellerautorin Alice Hasters setzt sich in ihrem neuen Buch mit diesen Bedeutungsebenen des Opferbegriffs auseinander. Ob im Bundestag, in Talkshows oder unter Aktivist*innen – das Thema ist äußerst präsent. Hasters zeigt: Das ist einerseits gut, weil das Sprechen über das persönliche Geschädigt-worden-Sein dabei helfen kann, Anerkennung für das eigene Leid zu finden – und damit auch den gesellschaftlichen Blick für diskriminierende Strukturen zu schärfen.

Gleichzeitig stellen Menschen ihre eigene Verwundbarkeit oft stark demonstrativ zu Schau: Als mitunter sinnvolle politische Strategie, aber auch im Zuge eines alles und jede*n psychologisierenden Therapiesprechens. Oder mit dem Zweck, im narzisstischen Spiel der digitalen Plattformen Aufmerksamkeit und schnelle Empathie zu generieren. Eine Auseinandersetzung mit der gewandelten Bedeutung des Zeigens von Verwundbarkeit ist daher vielschichtig und herausfordernd.

In Hasters' Buch finden sich viele kluge Gedanken zum Umgang mit Diskriminierung, Privilegien, Verantwortung, Bevormundung und Verletzlichkeit. Ihre Beobachtungen sind lesens-, oft auch diskutierenswert. Ihrem Buch fehlt es allerdings an inhaltlichem Fokus und theoretischer Tiefe. Besonders spannend ist es daher, »Anti-Opfer« zusammen mit anderen aktuellen Büchern zum Thema zu lesen, etwa mit »Opfer. Über Verwundbarkeit als Selbstbild« der Philosophin Maria-Sibylle Lotter.



Alice Hasters: Anti-Opfer. Warum wir Verletzlichkeit verachten. Ullstein Verlag, Berlin 2026, 288 Seiten, 22,99 Euro

Raum einnehmen

»Wahrer, positiver Gedanke: / Mein Wert als Mensch / wird nicht von einer Waage bestimmt.«

Ellie sammelt positive Gedanken, um die negativen loszuwerden, die sie seit ihrer frühen Kindheit begleiten. Vorurteile, Ausgrenzung und psychische sowie physische Formen von Mobbing gehören zu ihrem Alltag, selbst dort, wo sie sich eigentlich sicher und geliebt fühlen sollte: im eigenen Zuhause, bei ihrer Familie. Ihre Mutter setzt Ellie permanent wegen ihres Körpergewichts unter Druck, kontrolliert sie, zwingt sie zu Diäten und drängt sie sogar zu einer Magenverkleinerung. Die beiden älteren Geschwister Elies stehen der Mutter zunächst in nichts nach, allein der Vater hält zu ihr. Unterstützung bekommt sie auch von ihrer besten Freundin, dem neuen Nachbarmädchen und dessen Familie sowie der Therapeutin, die Ellie Doc nennt. Mit ihrer Hilfe gelingt es Ellie schließlich, sich Stück für Stück ihren Platz in der Welt zu erobern, ihren Selbstwert zu erkennen und zum titelgebenden Starfish (Seestern) zu werden:

»Wie ich mich nicht mehr verstecke / oder versuche kleinzumachen. / Wie stolz ich bin, / ich selbst zu sein / und den Raum zu beanspruchen, / den ich brauche. / Ich bin es wert, / gesehen zu werden. / Gehört zu werden. / Wie ein Mensch behandelt zu werden. / Ich werde zum Seestern.«

Lisa Fipps erzählt Ellies Geschichte in freien Versen. Diese wirken aufgrund des reflektierten, selbstironischen Tons zuweilen sogar unbeschwert. In ihrer Offenheit im Umgang mit dem Thema Bodyshaming und auch aufgrund der Härte, mit der Ellies Umfeld ihr begegnet, geht das beim Lesen dann aber doch unter die Haut. Vieles wird nicht auserzählt, und doch werden die Gefühle der Elfjährigen deutlich und ihre Gedanken nachvollziehbar. Dieser Roman richtet sich an junge Menschen, ist aber auch Erwachsenen zu empfehlen.



Lisa Fipps: Starfish. Übersetzt von Meritxell Janina Piel. Hanser Verlag, München 2026, 272 Seiten, 17,50 Euro, ab 11 Jahren

Afrika »verkauft sich schlecht«, doch Queen (Mitte) und Anna recherchieren trotzdem zur AIDS-Epidemie in Kenia.
Foto: Hélène Louvart / Ringel Film



Die Hausangestellte wird zur Kollegin

In »Call Me Queen« erzählt Regisseurin Emily Atef vom Bürgerprotest gegen schlechte medizinische Versorgung während der Aids-Epidemie in Ostafrika. **Von Jürgen Kiontke**

Kenia 1999: Ganz Ostafrika wird von der Aids-Epidemie heimgesucht, kaum eine Familie, in der es keinen Krankheitsfall gibt. In der Umgebung der alleinerziehenden Mutter Queen ist das nicht anders. Viele Menschen in den Blechhütten ihres Wohnorts siechen dahin, die medizinische Versorgung ist unzureichend. Es wäre dringend notwendig, billige Generika antiviraler Medikamente zu importieren, doch das geschieht nicht. Grund ist ein Patentstreit zwischen der Welthandelsorganisation WTO und der um ihre Profite fürchtenden Pharmaindustrie auf der einen und den Regierungen afrikanischer Länder auf der anderen Seite.

Queen braucht dringend einen Job. Über einen privaten Kontakt und mit viel Nachdruck heuert sie bei der irischen Auslandskorrespondentin Anna als Hausangestellte an. »Du wirst mich brauchen«, argumentiert sie gegenüber der skepti-

schen Journalistin, die bisher ganz gut allein zurechtkam.

Auch Anna merkt, dass Aids ein großes Thema in den Medien sein müsste. Täglich sterben Hunderte Menschen, die Unterversorgung ist eklatant – eigentlich müsste internationale Hilfe organisiert werden. Ihr Chefredakteur sieht das aber anders: Afrika verkaufe sich schlecht, im Moment sei Krieg auf dem Balkan, das sei wichtiger. Ein ums andere Mal schiebt er Annas Plänen und Berichten einen Riegel vor.

Zunächst toleriert Anna Queen in ihrem Haushalt eher widerwillig, doch muss sie anerkennen, dass die junge Frau gute Kontakte hat, die viele potenzielle journalistische Stories bieten. Über Queen gelangt sie an Interviewpartner*innen und Informationen aus erster Hand, die sie sonst nie bekommen hätte – aus der Hausangestellten wird eine Kollegin.

Zusätzliche Dynamik erhält das Verhältnis zwischen den Frauen, als Queen an Aids erkrankt. Sie will sich mit ihrem Schicksal nicht abfinden, und Anna hilft ihr, gute Ärzt*innen zu finden. Bald orga-

nisieren die beiden öffentliche Debatten und Demonstrationen vor der WTO-Niederlassung, um eine bessere Gesundheitsversorgung zu fordern. Sie klagen in TV-Interviews die Pharmaindustrie an und machen klar: Hilfe ist da, sie ist bloß zu teuer. »Sie töten uns mit ihrer Preisgestaltung«, so bringt es Queen auf den Punkt. Und Annas Selbstverständnis wandelt sich: Die Berichterstatteerin wird zur Aktivistin.

Emily Atef hat einen ermutigenden Film über zwei Frauen gedreht, deren kulturelle Hintergründe unterschiedlicher nicht sein können. Der Aufbau zivilgesellschaftlicher Strukturen zur Umsetzung des Menschenrechts auf gesundheitliche Versorgung steht ebenso im Fokus wie die aktuelle Frage, ob journalistische Arbeit aktivistisch teilnehmend oder nur beobachtend sein sollte. ♦



»Call Me Queen«. D/F/GB 2026.
Regie: Emily Atef. Mit Denise Gough, Eliane Umuhire.
Kinostart: 15. Oktober 2026

FILM & MUSIK

Nachtschicht in Deutschland

Ein unruhiger Episodenfilm über Rassismus und Diskriminierung in Deutschland kommt von Regisseur Ali Tamim. Der junge Noah wurde bei einer Polizeikontrolle getötet, aber über den genauen Ablauf erfährt man nicht viel. Tamim erzählt die Ereignisse allein durch das Agieren von Noahs verzweifelter Mutter Mariama, die am Telefon mit Verwandten über die Details der Beerdigung spricht. Eingespielt wird die Stimme eines Polizeisprechers, der ihr mitteilt, dass ihr der Zugang zum Leichnam verweigert wird, weil noch kriminaltechnische Untersuchungen laufen.

Der Regisseur wählt einen äußerst plastischen Einstieg: Der Tod des Sohnes stellt nicht nur die Welt, sondern auch die Kamera zeitweise auf den Kopf. Mit zwei weiteren Handlungssträngen führt dieser Film durch den Zeitraum einer Nacht. Der türkische Polizist Ibo wird spät mit seiner Einheit zum Einsatz gerufen. Ein Auto brennt, die Beamt*innen versuchen, Informationen in einem von Migrant*innen bewohnten Haus zu sammeln. Es kommt zu Auseinandersetzungen, in denen Ibo zwischen die Fronten gerät: Mögliche Zeug*innen aus dem heruntergekommenen Plattenbau greifen ihn an, weil er Polizist ist, es kommt zu Tumulten. Seine Kolleg*innen unterstellen ihm mangelnde Neutralität und reproduzieren Vorurteile.

Die Jugendlichen Melek und Musa streichen unterdessen durch die Berliner Straßen, sie sprechen über die Perspektivlosigkeit und die Wut junger Migrant*innen auf Behörden und teure Mieten in ghettoartigen Randgebieten. Er habe Stimmen einen Raum geben wollen, die in den Diskussionen über Integration und Rassismus sonst nicht gehört würden, sagt Ali Tamim, der selbst in Berlin-Neukölln aufgewachsen ist. Seine Darsteller*innen agieren mit Wucht und Präsenz in einem Film, der die Zuschauer*innen mit seiner Energie anspricht und mehr mit Gefühl als Analyse arbeitet.



»Noah«. D 2026. Regie: Ali Tamim. Mit Meriam Abbas, Joyce Sanhá. Kinostart: 1. Oktober 2026

Vertonter Lebensbogen

Die Geschichte des Albums »Joka« beginnt in einem Keller in Israel. Im Haus seiner Eltern findet Gidon Carmel 2018 eine Schachtel mit Briefen seiner Großmutter Joka, die er nie kennengelernt hat. Gidon liest die Briefe, beginnt nachzuforschen und interviewt seinen Vater, Jokas Sohn. Er sammelt Dokumente und Fotos und findet sogar die selbstgeschriebene Lebensgeschichte von Jokas Mutter. Langsam erstebt aus diesen Puzzleteilen eine Geschichte, und in Gidon Carmel wächst die Idee, Joka ein musikalisches Denkmal zu setzen. Die Geschichte Jokas beginnt im ungarischen Gyula. Dort wurde sie geboren, dort wuchs sie auf, bevor sie 1944 nach Auschwitz deportiert wurde. Joka überlebte das Vernichtungslager, emigrierte nach Israel, gründete eine Familie und starb 1979 an Krebs. Zehn Jahre später wurde Gidon Carmel geboren, und fast 30 Jahre später fand er im Keller Jokas Briefe. Nun erzählt der mittlerweile in Berlin lebende Musiker – in Zusammenarbeit mit dem kanadischen Sänger Kyle Morton – die Lebensgeschichte seiner Großmutter in elf berührenden Songs. Immer wieder nimmt Carmel neue Perspektiven ein: Er lässt Joka selbst sprechen, ihre Mutter, ihren Sohn und sogar ihren Bruder, der als Kind in Auschwitz ermordet wurde. Berührend ist auch, wenn in »Bundy the Husband« Jokas Mann zu Wort kommt, der bei Kriegsende 15 Jahre alt war und als einziger seiner Familie den Holocaust überlebte.

Mit dieser Musik, die immer schwer und zähflüssig bleibt, aber auch helle Momente aufscheinen lässt, gelingt es Carmel, die irrsinnige Dimension des Holocaust zu erfassen, indem er den Blick auf ein einzelnes Leben richtet. Ein Song über sich selbst schlägt den Bogen in die Gegenwart. »Gidon the Grandson« schrieb Carmel 2022, genau 80 Jahre nach der berühmten Wannseekonferenz bei Spaziergängen um den Berliner See. Im selben Jahr wurde in einem Krankenhaus in der Nähe Noah geboren: Gidons Sohn und Jokas Urenkel.



Gidon Carmel & Kyle Morton: Joka (Popup Records)

Jenseits aller Schubladen

Nach »Miss Colombia«, dem Album, mit dem sie 2020 ihren Durchbruch feierte, beschwerte sich Lido Pimienta, dass sie in den Plattenläden unter Weltmusik eingeordnet wurde. Warum nicht einfach Pop? Den weltweit wichtigsten Musikpreis Grammy gewann sie in einer Nischensparte mit dem sperrigen Titel »Best Latin Rock or Alternative Album«. Das klang nach Resterampe. Erzürnt nahm sie ein Album auf, das traditionelle Musikstile aus ihrer Heimat Kolumbien wie Cumbia in einen klassischen Orchesterkontext setzte, und wartete gespannt darauf, ob man ihr nun die Schublade »Klassik« gewähren würde. Das passierte zwar nicht, doch das großartige »La Belleza« wurde von der Kritik gefeiert, bekam weitere Preise, und Pimienta wurde mit Björk verglichen. Mit ihrem neuen Werk »Caribena« zieht die 1986 in Barranquilla geborene und mittlerweile in Toronto lebende Sängerin, Musikerin und Komponistin nun weitere Schubladen aus einem Schrank voller Genres, kippt den Inhalt auf den Boden und freut sich über die Unordnung.

»Caribena« erscheint als Doppelalbum mit »La Belleza« – als seien sie von vornherein als Gesamtwerk gedacht gewesen. Tatsächlich denken die neuen Songs den orchestralen Anspruch weiter – und führen ihn zugleich zurück in die Welt des Pop. Das Klangbild ist raumgreifend, mitunter pompös, aber eingängige Melodien und elektronische Beats schmuggeln sich derart geschickt in die Songs, dass sie stets tanzbar sind. Während die Musik immer anschlussfähiger wird, bleibt Pimienta textlich weiter bei ihren Themen. In Songs wie »Tóxica« erörtert sie die Folgen von Rassismus, Frauenfeindlichkeit und Kolonialismus. Und wenn sie in »Marea« zu einem rund rollenden Rhythmus über eine »isla bonita« singt, ist die Sommerstimmung doch von einer filigranen Melancholie durchzogen. Eine Musik, die eurozentrisches Schubladendenken ad absurdum führt und mit feinem Humor kommentiert.



Lido Pimienta: Caribena (Anti/Indigo)

Globale Kooperation im Gegenwind

Im Juni tagte in Berlin die Amnesty-Arbeitsgruppe Global Group on Individuals at Risk, die sich mit der Einzelfallarbeit der Organisation beschäftigt. Zu Gast war auch Sascha Skochilenko, für deren Freilassung sich Amnesty eingesetzt hat. **Von Mascha Rohner**



Wie wirkt Unterstützung am besten? Mitarbeiterinnen von Amnesty im Gespräch.

Foto: Jarek Godlewski

Einmal im Jahr trifft sich die internationale Amnesty-Arbeitsgruppe Global Group on Individuals at Risk (GGI), diesmal im Juni in Berlin. Weltweit versucht Amnesty mit Unterschriftenaktionen wie dem Briefmarathon Betroffene von Menschenrechtsverletzungen vor der Todesstrafe, vor Folter oder unfairen Prozessen zu schützen. Um die Arbeit der internationalen Sektionen Amnestys in diesen Einzelfällen besser miteinander abzustimmen, arbeiten die Mitglieder der GGI vernetzt. Ziel ist, Amnestys Ressourcen möglichst effektiv für Menschen in Gefahr einzusetzen. So kann eine größere Kampagne auch auf die generelle Menschenrechtsverletzung aufmerksam machen, die hinter einem Einzelfall steht.

Gegründet wurde die Arbeitsgruppe 2022 in Oslo, als Kampagnenverantwortliche aus acht Amnesty-Sektionen über erfolgreiche Ansätze in der Einzelfallarbeit berieten und auch darüber sprachen, was noch besser laufen könnte. Seit 2023 ist die GGI eine feste Größe in der Gesamtorganisation. Sie umfasst mittlerweile 14 Sektionen aus fünf Weltregionen und das Individuals at Risk-Team des Internationalen Sekretariats von Amnesty International (IAR Global Team). Die GGI gibt der Einzelfallarbeit von Amnesty so weltweit eine starke Stimme.

Zu den Themen der Arbeitsgruppe zählen unter anderem das verantwortliche Handeln gegenüber Menschen, für die Amnesty sich einsetzt, das Prüfen der

Wirkung einzelner Aktionen sowie die Einbindung von Einzelfällen etwa in der Menschenrechtsbildung. Die Themen werden in Untergruppen bearbeitet. So gestaltet die Gruppe »Capacity Building« beispielsweise Webinare für verschiedene Zielgruppen von Amnesty. Das 2025 gegründete »Helpdesk« berät Kampagnenverantwortliche weltweit bei Fragen zur Einzelfallarbeit.

Zu Gast in Berlin waren auch zwei Menschen, die Amnesty stark unterstützt hat: die russische Aktivistin Sascha Skochilenko, deren Freilassung Amnesty International unter anderem beim Briefmarathon 2022 forderte, und ihre Partnerin Sonia Subbotina, die ebenfalls aktiv für Sascha Skochilenkos Freilassung eintrat. Der gemeinsame Einsatz war erfolgreich: 2024 kam sie frei. Der Austausch diente auch dazu, die Aktionen auszuwerten: Was funktionierte gut, was eher nicht? Das intensive Gespräch war für die Arbeitsgruppe GGI wichtig, um Einzelpersonen in Zukunft noch wirkungsvoller unterstützen zu können.

Durch die knappen Ressourcen bei Amnesty International, den starken politischen Gegenwind beim Thema Menschenrechte und eine Vielzahl autoritärer Angriffe wird es für Nichtregierungsorganisationen immer wichtiger, vernetzt zu arbeiten. Dazu hat das GGI-Jahrestreffen in Berlin seinen Teil beigetragen. ♦



**IHRE SPENDE –
UNSERE ARBEIT**



KLICKEN FÜR AMNESTY

[WWW.AMNESTY.DE/MITMACHEN/PETITION](https://www.amnesty.de/mitmachen/petition)



SCHUTZ FÜR IRANISCHE AKTIVIST*INNEN!

Willkürliche Festnahmen, Folter, Hinrichtungen: Die Menschen in Iran sind staatlicher Repression sowie rechtswidrigen Luftangriffen der USA und Israels ausgesetzt. Die deutsche Regierung hatte sich verpflichtet, iranische »Menschenrechtsverteidiger und vor allem Frauen« zu unterstützen. Dem kommt sie nicht nach. Fordere einen bundesweiten Abschiebestopp und humanitäre Visa für schutzsuchende Aktivist*innen aus Iran!

SOLIDARITÄT JENSEITS DER BUBBLE

Von Julia Duchrow

Überall auf der Welt haben autoritäre Kräfte dasselbe Ziel: Macht ohne Kontrolle. Um es zu erreichen, folgen sie einer Strategie, einer Art Drehbuch. Dazu gehört es, genau jene Regeln, Verfahren und Strukturen anzugreifen, die ihrem erklärten Ziel im Wege stehen: unabhängige Gerichte, freie Medien – oder eine kritische Zivilgesellschaft.

Dass Initiativen, Vereine und Stiftungen Diskriminierung, Korruption oder Umweltverschmutzung anprangern und die Politik zur Verantwortung rufen, ist autoritären Kräften ein Dorn im Auge. Denn sie wollen diskriminieren, sich bereichern und die Umwelt zerstören, ohne dass sie dabei jemand stört. Deshalb säen sie Misstrauen gegen Nichtregierungsorganisationen, auch in Deutschland. Autoritäre Kräfte stellen NGOs als staatsfinanzierte Elite dar, die dem Volk eine Minderheitenmeinung aufzwingen wolle. Außerdem seien sie eine Gefahr für die Demokratie, weshalb man ihnen dringend die Gemeinnützigkeit entziehen müsse.

Diese Behauptungen haben leider auch in Teilen der Unionsparteien Fuß gefasst. Der Umbau des Bundesprogramms »Demokratie leben!« ist eine direkte Folge davon. Viele Organisationen, die sich gegen Rassismus und Queerfeindlichkeit stark machen, sind dadurch in ihrer Existenz bedroht. Und dies in einer Zeit, in der Hasskriminalität massiv zunimmt und eine Partei nach Regierungsmacht

strebt, die offen Rassismus verbreitet und queeres Leben abwertet.

Was es dagegen braucht, ist Solidarität. Doch was heißt das? Laut Duden meint das Wort »unbedingtes Zusammenhalten mit jemandem aufgrund gleicher Anschauungen und Ziele«. Auch der Brockhaus hebt die »Erkenntnis gemeinsamer Interessen, Ziele, usw.« hervor. Können wir nur solidarisch mit jemandem sein, dessen Ansichten wir teilen? Müssen wir Blockaden von Klimaaktivist*innen richtig finden, um zu protestieren, wenn sie unter dem Vorwurf der Bildung einer kriminellen Vereinigung vor Gericht gestellt werden? Müssen wir von den Parolen auf Palästina-Demos überzeugt sein, um Einspruch zu erheben, wenn die Polizei dagegen vorgeht oder palästinasolidarische Menschen als Terrorunterstützer*innen verunglimpft werden?

Nein, denn dann hätten autoritäre Kräfte leichtes Spiel. Wenn wir uns als demokratische Zivilgesellschaft den autoritären Angriffen entgegenstellen wollen, dann mit einem Verständnis von Solidarität, das viele Blumen blühen lässt. Zur Solidarität gehört laut Brockhaus auch die Einsicht, dass eine kleine Gruppe weniger durchsetzungsstark ist als eine große.

Deshalb: Raus aus unseren Bubbles! Wir müssen das große Bild sehen und das Verbindende über das Trennende stellen. Es geht darum, die Meinungs-, Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit zu verteidigen und damit die Räume, in denen eine lebendige und vielfältige Zivilgesell-



Foto: Silke Weinsheimer / Amnesty

schaft existieren kann. Dafür braucht es Solidarität mit allen Menschen und Organisationen, die nicht ins Weltbild autoritärer Kräfte passen und von ihnen diffamiert und angegriffen werden. Das schließt Menschen ein, deren Meinung wir nicht teilen, deren Rechte wir aber verteidigen.

Einen ersten Schritt dazu hat im August das Bündnis »Zusammen für Demokratie« gemacht, mit einer Vereinbarung, die der Zivilgesellschaft den Rücken stärkt. Die Botschaft: Wir stehen an der Seite aller, die sich vor Ort exponieren und angreifbar machen. Wir lassen sie nicht allein, sondern stellen uns schützend vor sie, indem wir Öffentlichkeit schaffen und sie mit Rat und Tat unterstützen. Wir wissen: Die Menschenrechte gelten für alle Menschen oder für keinen. Als demokratische Zivilgesellschaft sorgen wir dafür, dass sie auch in Zukunft geschützt bleiben. Damit das autoritäre Drehbuch nie zur Aufführung kommt. ♦

Julia Duchrow ist Generalsekretärin von Amnesty International in Deutschland

IMPRESSUM

Amnesty International Deutschland e.V.

Sonnenallee 221 C, 12059 Berlin

Tel.: 030-420248-0

E-Mail: info@amnesty.de

Internet: www.amnesty.de

Redaktionsanschrift: Wie Amnesty International

E-Mail: journal@amnesty.de

Adressänderungen bitte an: info@amnesty.de

Redaktion: Maik Söhler (V.i.S.d.P.), Uta von Schrenk, Nina Apin, Tobias Oellig, Pascal Eichhorn, Florian Oswald

Mitarbeit an dieser Ausgabe: Birgit Albrecht, Kang-Chun Cheng, Julia Duchrow, Cordelia Dvorák, Hannah El-Hitami, Oliver Grajewski, Ulrich Gutmair, Serbeze Haxhijaj, Knut Henkel, Christian Jakob, Annette Jensen, Karolina Kaltschnee, Jürgen Kiontke, Varvara Korotilova, Şebnem Korur Fincancı,

Sabine Küper-Büsch, Julia Lauter, Felix Lee, Felix Lill, Dana Müller, Frank Odenthal, Tigran Petrosyan, Wera Reusch, Mascha Rohner, Lena Rohrbach, Till Schmidt, Ava Schuster, Thomas Winkler, Christine Wollowski, Marlene Zöhrer

Layout und Bildredaktion:

Heiko von Schrenk / schrenkwerk.de

Druck und Verlag: betdruckt GmbH, Emmericher Str. 10, 90411 Nürnberg

Spendenkonto: Amnesty International Deutschland e.V., SozialBank AG
IBAN: DE23 3702 0500 0008 0901 00
BIC: BFSWDE33XXX

Das Amnesty Journal bemüht sich um eine diskriminierungssensible Sprache, daher verwenden wir die Schreibweise *weiße* Menschen, um ihre privilegierte Gesellschaftsposition zu kennzeichnen, und die Selbstbezeichnungen Schwarze Menschen sowie People of Color.

ISSN: 2199-4587

Das Amnesty Journal ist die Zeitschrift von Amnesty International in Deutschland und erscheint vier Mal im Jahr.

Der Verkaufspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. Für unverlangt eingesandte Artikel oder Fotos übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung von Amnesty International oder der Redaktion wieder. Die Urheberrechte für Artikel und Fotos liegen bei den Autor*innen, Fotograf*innen oder beim Herausgeber. Der Nachdruck von Artikeln aus dem Amnesty Journal ist nur mit schriftlicher Genehmigung der Redaktion erlaubt. Das gilt auch für die Aufnahme in elektronische Datenbanken, Mailboxen, für die Verbreitung im Internet oder für Vervielfältigungen auf CD-Rom.



FREIHEIT IST EIN WERT, DER BLEIBT.

**Menschenrechte bewahren.
Mit Ihrem Testament!**

**Bestellen Sie jetzt unsere
kostenlose Testaments-Zeitung.**



amnesty.de/inzukunft

**AMNESTY
INTERNATIONAL**

